



3. Heft / 9. Februar 1911

MAX SCHIPPEL · PAUL SINGER



ENOSSE Paul Singer ist am letzten Januartag nach neuem kurzem Krankenlager verschieden. Schon vor mehr als 2 Jahren hatte ihn beängstigend schwer ein heimtückisches Siechtum gepackt, aus dem es kaum jemals eine volle Wiedererholung gibt. Aber der von Natur körperlich starke und rüstige Mann hatte die schlimmsten kritischsten Krankheitsfälle immer wieder von sich abzuschütteln vermocht. In den jüngsten Wochen konnte er sich, obwohl mit geschwächten und schwindenden Kräften, abermals an den Reichstagsitzungen beteiligen, sogar an den Debatten. Dann warf es ihn auf immer nieder. Es ist ein Stück Parteilsgeschichte, das mit ihm versunken ist, und aus dem Leben dieses, wie aller so unheimlich rasch uns verlassenden *Alten* kann man von neuem herauslesen, wie unaufhaltsam schnell wir in kurzer Zeitspanne als politische Organisation gewachsen sind, aber auch, wie ungeahnt schnell alle Verhältnisse um uns und innerhalb unserer eigenen Reihen sich unausgesetzt umwälzen.

Als Paul Singer Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre die nachhaltigsten, richtungbestimmenden geistigen Jugendeindrücke empfing, konzentrierten sich die besten und stärksten Kräfte der politischen Opposition Preußens und Deutschlands noch in den Altliberalen und der Fortschrittspartei. Der Volksmann hieß Virchow, Waldeck und Schulze-Delitzsch, wie später noch Eugen Richter, Duncker und Munckel. Die aus der Bernsteinschen *Urwählerzeitung* hervorgegangene *Volkszeitung* beherrschte in Berlin den Mittelstand und die Massen. Es war nur naturgemäß, daß der aus mittel- und kleinbürgerlichen Verhältnissen sich emporringende tüchtige und fähige Kaufmann der gleichen Strömung sich anschloß. Doch von Anfang an kennzeichnete es seine radikalere Neigungen, daß er dem Flügel, der nach 1866 und 1870 ganz folgerichtig zu den Nationalliberalen hinüberschielte, stets sich innerlich fremd fühlte und sehr bald zu dem kleinen demokratischen Häuflein gehörte, das sich mehr um Guido Weiß, den begabten Publizisten, scharte. Damit war, im Gegensatz besonders zur Richterschen Verbissenheit, auch die freundlichere Stellung zur Arbeiterbewegung schon frühzeitig gegeben; aber sie fand zunächst nur in einzelnen persönlichen Beziehungen Ausdruck.

Unterdes war Singer, im Verein mit seinem Bruder, mit dem er sich bis zum Tod durch gegenseitige treue Zuneigung eng verbunden fühlte, seit seiner

Selbständigmachung im Jahr 1869 zu einem erfolgreichen Großkaufmann und Großfabrikanten aufgestiegen. Es waren damals die glänzenden Aufschwungszeiten der Berliner Konfektion. Doch zweifellos verkörperten sich in Singer nicht gewöhnliche Fähigkeiten für geschäftliche Organisation und Leitung und ebenso eine unermüdlische Arbeitskraft. Mit die besten Leistungen seiner späteren Jahre, in der Gemeindevertretung wie im Reichstag und in der Partei selber, gründen sich auf dieser praktischen Schulung, deren Wert so oft bei uns unterschätzt und übersehen wird, und deren häufigeres Vorhandensein den Parteien der besitzenden Klassen die Entwicklung und das Leben so viel leichter macht. Auch hier blieb aber für Singer persönlich und die damalige Zeit charakteristisch, daß der großgeschäftliche Wirkungskreis niemals den Sinn für gemeinnützige Betätigung beiseite drängte; im ehrenamtlichen Gemeindedienst holte sich Singer die ersten öffentlichen Sporen. Daß er freien privaten Schöpfungen der Fürsorge für die Allerärmsten, wie dem Asyl für Obdachlose, ein ganz besonderes Interesse entgegenbrachte, zeigt auch hier schon frühzeitig seinen sozialen Sinn.

Der Wendepunkt kam mit dem Sozialistengesetz, das ebenso eine Menge modischer Mitläufer plötzlich verscheuchte wie es denkende bürgerliche Demokraten innerlich empörte und zu lebhafterer Anteilnahme an den Arbeiterschicksalen brachte. Guido Weiß hielt während der kritischen Übergangszeit in der *Wage* den Verfolgten stets, nach Möglichkeit ein Plätzchen zur Aussprache offen. Als die *Wage* eingegangen war, lenkte Philipps die *Volkszeitung* in ein ähnliches Fahrwasser, hierbei sehr bald von Mehring unterstützt. Sammlungen für die Ausgewiesenen gingen vielfach von diesen Kreisen aus. Einer der wenigen aber, der just in dieser gefährlichsten und niederdrückendsten Periode vor dem letzten Schritt nicht zurückwich, war Singer: Nach Einführung des Sozialistengesetzes trat er offiziell der Partei bei, genau so, wie er gerade in der schlimmsten Zeit des Antisemitismus seinen Zusammenhang mit seinen Volksgenossen am stärksten betonte und dafür, wie zu erwarten, die giftigsten Angriffe erntete.

Welchen Wert eine vermögende, opferwillige Einzelpersonlichkeit in den ersten — und leider recht lange dauernden — Jahren der vollständigen Desorganisation und Mittellosigkeit der Partei haben konnte, vermögen nur die zu ermesen, die zu gleicher Zeit selber an Ort und Stelle weilten. Jede Ausweisung war meist monatelang, oft jahrelang mit einer vollständigen Haushaltszerrüttung verbunden; mit Vorliebe wurden bekanntlich Familienväter mit der *binnen 24 Stunden* vollstreckbaren Polizeiorder bedacht. Der erste Weg der Betroffenen, ihrer Familien oder der die Unterstützung Leitenden war sehr bald stets zu Singer, und oft ist lediglich dadurch das schlimmste Unheil verhütet worden. Tastende Versuche mit kleinen Parteiunternehmungen begannen von neuem, indes nur, wenn die Geldquelle am Werderschen Markt nicht versagte oder wenigstens für den Notfall später einzuspringen versprach. Die wichtigste Tat nach dieser Richtung war an der Wende von 1883 zu 1884 die Schaffung des *Berliner Volksblatts*, die ohne Singer, dem die Deckung des langanhaltenden Defizits wesentlich zufiel, wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus unmöglich gewesen wäre. Das Blatt selber aber bildete die unentbehrliche Grundlage für den arg gelockerten geistigen Zusammenhang unter den Berliner Arbeitern, für jede Wahlagitation und Wahlbewegung, so schüchtern

das alles zunächst noch ausfiel. Was heute die Gesamtheit spielend übernehmen und in Gang halten kann, das mußte damals der einzelne als schwere Last tragen: das allein schon zeigt den gewaltigen Fortschritt seit jenen Tagen.

Und dem einzelnen, der sich durch Opferwilligkeit das allgemeine Vertrauen erworben hatte, fiel damals noch eine andere Rolle zu, die heute die Gesamtheit direkt oder durch ihre Funktionäre ausübt; die Kontrolle vieler Geschäftsführungen, die stille, kaufmännisch sachkundige Mithilfe bei Neugründungen seitens unerfahrener, tateneifriger Genossen, die sachverständige Nachprüfung aller möglichen Dinge, deren öffentliche Darlegung unter dem Ausnahmegesetz sich verbot, und deren Erörterung im engern Kreis sich auf allgemeine Grundzüge und Zusicherungen beschränken mußte, weil man bei der, vor allem in Berlin unumschränkt herrschenden Spitzelwirtschaft jedes nähere Eingehen zu vermeiden gezwungen war. Die Kontrolle vieler Angelegenheiten bestand zu jener Zeit darin, daß ein einzelner sie vollzog, und daß sein Wort dem auserwählten engern Kreis der Parteigenossen genügen mußte. Auf dessen Autorität und Vertrauensstellung kam es an, ob leidliche Ruhe oder unaufhörlicher nörgelnder Zwist an einem Ort herrschte, und hier hat Singer in der kritischsten Periode jahrelang durch seinen unverdrossenen Fleiß — denn angenehm waren alle diese Aufgaben nicht —, durch seine Geschäftserfahrung, sein Geschick in der Behandlung der in Frage kommenden Elemente im Stillen größern, unersetzlichen Nutzen gestiftet als der Außenstehende meist merkte.

Daß er 1884 von Berlin IV in den Reichstag gewählt wurde, verstand sich schon von selbst. Wenige in der Fraktion haben ihren Platz ähnlich ausgefüllt wie Singer, besonders als er seit Anfang 1888 von der Geschäftsbürde befreit war. Sein ganzer Lebensgang machte ihn für die Kommissionsverhandlungen besonders geeignet; keiner in der Fraktion hat im Lauf seines Lebens wohl so vielen wichtigen Kommissionen angehört. Beim Etat, beim Post-, Handelsrechts-, Börsenfragen war er der gegebene Parteiredner, wurde sein Urteil später selbst von Gegnern geschätzt. Eine unbestrittene Überlegenheit entfaltete er, in den Spuren Max Kaisers wandelnd, in Geschäftsordnungsdebatten. Ein hinreißender Temperamentsredner war er zwar nicht. Aber mitunter hob ihn auch hier der zu behandelnde Stoff über sich selbst hinaus: so bei den Anklagen gegen die Puttkamersche Lockspitzelei und das Treiben der Ihring-Mahlow im Februar 1886. Die damalige Rede bedeutete den ersten großen Höhepunkt in seinem parlamentarischen Leben, und daß der schwer getroffene preußische Polizeiminister einsichtslos-kleinlich genug war bald darauf, am 3. Juli, zur Ausweisung zu schreiten, machte fast mit einem Schlag Singer neben Bebel, Liebknecht und Auer zum populärsten Führer der Sozialdemokratie, nicht nur in Berlin sondern in ganz Deutschland. Noch wirkungsvoller waren die Enthüllungen über die Haupt und Schröder-Zürich im Januar 1888. Als Fraktionsvorstand, als Vorsitzender aller deutschen Parteitage nach dem Fall des Sozialistengesetzes bis zu den letztjährigen Erkrankungen, als Mitvorsitzender auf allen internationalen Kongressen und als Mitglied des internationalen Bureaus hat Singer dann immer die gleich unermüdliche Regsamkeit und Gewandtheit bewiesen.

Nicht genug zu schätzen ist endlich sein Eingreifen in die Gemeindepolitik der Reichshauptstadt. Seine ehrenamtliche Tätigkeit, auch seine langjährige

Mitarbeit bei den Ältesten der Kaufmannschaft, der ununterbrochene Aufenthalt, seit der frühesten Jugend, in Berlin, hatte ihn dafür mehr als jeden andern vorgeschult. Alles war hier im Anfang der achtziger Jahre noch aus dem Rohen neu zu schaffen: den Arbeiterwählern war das erste Verständnis für *kleine* und darum geringgeschätzte kommunale Fragen beizubringen; den ersten Vertretern fehlte zunächst jede Erfahrung auf ihrem ebenso schwierigen wie wichtigen Schaffensgebiet. Den ersten festen Pol bot in der Tat anfangs nur Singers hervorragendere Persönlichkeit und reifere Einsicht. Daß die kleine, aber rasch sich vergrößernde Kommunalfraktion sich in kürzester Zeit trotz aller Anfehdungen, nicht zum wenigsten seitens des, aus der Alleinherrschaft verdrängten alten Kommunalfreisinns, eine geachtete Position errang, ist dem Verstorbenen gleichfalls zu einem ganz wesentlichen Teil zu danken.

Überblickt man all das Gesagte — und unser Überblick macht keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit —, so entrollt sich das Bild eines so umfassenden Wirkens, daß die Lücke, die abermals der Tod in die Parteireihen gerissen, schwer auszufüllen sein wird. Und die hingschiedenen *Alten*, wie Liebknecht, dann Auer, nun Singer, hatten den unwiederbringlichen Vorzug, daß sie in und mit einem kleinen Parteileben großgeworden und darum vielseitiger und enger mit ihm verflochten waren als die Jüngeren, die von vornherein einem weitausgedehnten, täglich sich erweiternden Parteiorganismus gegenüberstehen, und die mehr und mehr nur Teilgebieten und einzelnen Parteiteilen sich in erster Linie widmen können. Die Ausbildung, die Verzweigung und Zusammenfassung der toten Organisation, das Spiel der *Instanzen* muß heute das schaffen und sichern, was dereinst die lebendige persönliche Fühlungnahme noch erreichen konnte. Das liegt im Wesen alles Parteifortschritts. Aber weil solche zentrale Persönlichkeiten, wie die Alten es in der Vergangenheit und bis zur Gegenwart waren, für die Zukunft kaum noch denkbar sind, deshalb empfinden wir es um so schmerzlicher, wenn wir von den wenigen, aus der Parteijugendzeit noch zurückgebliebenen Führern Abschied nehmen sollen.

XX

WILHELM KOLB · EINZELN ODER KOALIIERT?



WABEN wir die Absicht bei den nächsten Reichstagswahlen vor allem den Kampf gegen den aus den Rechtsparteien und dem Zentrum sich zusammensetzenden Block zu führen, so müssen wir dessen eingedenk sein, daß es sich nicht nur darum handelt eine politisch reaktionäre Mehrheit zu beseitigen sondern auch zugleich Richtlinien für die weitere politische Entwicklung zu ziehen. Gelingt es uns lediglich die gegenwärtige absolute Mehrheit zu sprengen, ohne zugleich eine geschlossene andere an deren Stelle zu setzen, so haben wir tatsächlich nichts erreicht; denn auch eine relative Mehrheit von Konservativen und Zentrum genügt, um im ganzen das bisherige System fortzusetzen. Das Grundproblem der innern deutschen Politik faßt man nur dann an, wenn man die Frage stellt: Ist eine aktionsfähige Mehrheit der Linken möglich? Wer diese Fragestellung prinzipiell abweist, für den haben nur die Erfordernisse der Agitation, nicht die der Politik Bedeutung. Solange es als ausgeschlossen gelten muß, daß dem Reaktionsblock der Rechten ein Fortschrittsblock der Linken entgegengesetzt werden wird,

kann von einer Änderung in der deutschen Politik keine Rede sein, wie auch das Stimmenverhältnis der einzelnen Parteien bei der Wahl sich gestalten mag.

Sicherlich stehen der Lösung jener Grundfrage gewaltige, fast unüberwindlich scheinende Hindernisse entgegen. Indes, daß der Gedanke einer taktischen Verständigung zwischen Liberalismus und Sozialismus hüben wie drüben auf Widerspruch, ja auf Spott und Hohn stößt, ist noch keineswegs ein Beweis für dessen praktische Undurchführbarkeit sondern höchstens für die relative Unfähigkeit der Politiker sich ihre Tätigkeit unter anderen Verhältnissen vorzustellen als den ihnen seit zwei Jahrzehnten gewohnten. Es wäre allerdings eine Illusion zu hoffen, daß schon in allernächster Zeit die Dinge in der Reichspolitik sich so gestalten wie sie beispielsweise in Baden in den letzten 5 Jahren sich in ebenso rascher wie logischer Reihenfolge entwickelt haben. Selbst wenn wir im Reich einen Liberalismus von der Art hätten, wie wir ihn eben nicht haben, könnte er doch an den Verhältnissen wenig ändern, solange die Sozialdemokratie sich auf die Dresdener, Nürnberger und Magdeburger Antimodernisten-resolutionen verpflichtet fühlt. Denn die in jenen Beschlüssen niedergelegten prinzipiellen Auffassungen machen es der Sozialdemokratie unmöglich gerade in den Fragen eine praktische Haltung einzunehmen, die für das Zustandekommen einer aktionsfähigen Linkenmehrheit ausschlaggebend sind. Wie glaubt man denn den Kurs der Politik ändern zu können? Entweder man rechnet damit, daß die Sozialdemokratie demnächst selber das Ruder ergreift, oder man akzeptiert den Gedanken einer kooperativen Politik aller Parteien links vom konservativ-klerikalen Block. Daß die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit allein an die Macht gelangen kann, muß dem als Illusion erscheinen, der die soziale Struktur unserer Gesellschaft betrachtet, die denn doch noch ganz andere Umgestaltungen erfahren müßte, ehe man daran denken könnte. Daran würde selbst eine Mehrheit der Sozialdemokratie im Parlament, mag sie aus irgend welchen Zufälligkeiten zustandekommen, nichts ändern können. Auch eine solche könnte dann nicht nach dem Dresdener Rezept verfahren. Glaubte irgend jemand im Ernst, aus Deutschland ließe sich durch Reichstagsbeschluß eine sozialistisch organisierte europäische Insel machen? Weder die Militär- noch die Flottenpolitik, weder die Kolonial- noch die Handels- und Zollpolitik könnte man aus dem Handgelenk heraus *revolutionär* umgestalten. Auch wenn sie im Besitz der Mehrheit wäre, bliebe der Sozialdemokratie nichts anderes übrig als mit Reformen zu beginnen und sukzessive den *kapitalistischen Schutthaufen* abzutragen. Mit der *Expropriation der Expropriateure* müßte man äußerst vorsichtig zu Werke gehn; noch auf lange Zeit hinaus würde auch unter sozialdemokratischem Regime die kapitalistische Ausbeutung weiterbestehen müssen.

Wenn dem aber selbst dann so ist, welche Schlußfolgerung ergibt sich daraus für die Taktik und Politik unserer Partei, solange sie noch nicht einmal die parlamentarische Mehrheit bekommen kann? Doch offenbar keine andere als die: erst einmal den Gedanken eines plötzlichen Zusammenbruchs vollständig aufzugeben und den Weg der Reformen, den sie im Einzelfall so oft beschritt, nun auch mit Bewußtsein zu gehen und zuzugeben, daß die prinzipielle Verneinung der heutigen Ordnung zweck- und sinnlos ist; kurzum: als konsequent reformistische Partei zu handeln und auch zu erscheinen. Solange wir dazu den Mut nicht finden, bleiben wir in der politischen Sackgasse; kein Wahlergebnis, und wäre es noch so glänzend, würde daran etwas ändern. Es ist bekannt, daß die konservativen *Radikalen* in unserer Partei sich vor einer konsequent refor-

mistischen Taktik deshalb so sehr fürchten, weil sie darin eine *Annäherung* an die bürgerliche Gesellschaft und damit deren prinzipielle *Anerkennung* erblicken zu sollen glauben. Es bedarf hier keiner nähern Darlegung mehr, daß dies ein auf ungenügenden begrifflichen Voraussetzungen aufgebauter logischer Trugschluß ist. *Anerkennen* vielleicht die Gewerkschaften das System der kapitalistischen Ausbeutung, wenn sie mit den Unternehmern Tarifverträge abschließen? Oder bedeutet die Anerkennung und Durchführung des Prinzips der Tarifverträge nicht vielmehr die Voraussetzung für die Eroberung der Demokratie in der Fabrik? Der unheilvolle Kardinalirrtum von Dresden etc., das hilflose Hin- und Herschwanken zwischen *revolutionären* Redensarten und reformistischer Tagesarbeit lähmt unsere ganze politische Kraft und setzt unsere Partei selbst dort politisch matt, wo sie, wie in Baden, in der Lage wäre richtunggebend zu wirken.

Daß es in der Reichspolitik eine Reihe von Fragen gibt, bei denen es ungemein schwer ist eine Basis für eine arbeitsfähige Linkenmehrheit zu finden, wird kein vernünftiger Mensch bestreiten. Die sozialdemokratische Partei tritt für Umwandlung der jetzigen Armee in eine Miliz ein. Aber das Milizsystem erfordert eine ganz andere Grundlage der körperlichen und geistigen Ausbildung als wir sie heute haben. Um diese zu ändern, bedürfte es auf alle Fälle erheblicher Zeit. Mit der prinzipiellen Negation des kapitalistischen Klassenstaats ist hier gar nichts getan. Am System des Militarismus ließe sich nur durch die planmäßige Inangriffnahme durchführbarer Reformen etwas ändern. Ein militärisches Reformprogramm würde, davon bin ich überzeugt, weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus großen Anklang finden. Eine einfache radikale Verwerfung des Systems führt aber keinen Schritt weiter. Nicht anders liegen die Dinge auf dem Gebiet der Kolonialpolitik. Glaubt wirklich jemand, daß wir unsere Kolonien verschenken würden, wenn wir zur Macht kämen? Wir würden es auch wohl unterlassen die Kriegsschiffe zu verkaufen oder ähnliche Experimente zu machen. Ein wirkliches Kolonialprogramm, das nicht bloß die agitatorischen Schlagworte der Kolonialgegnerschaft enthält sondern angibt, was mit und in den Kolonien wirklich zu geschehen hat, würde unserer Partei ebenso zugute kommen wie der Politik des Reichs. Daß wir auf dem Gebiet der Agrarpolitik gleichfalls bis heute noch zu keinem Programm, ja überhaupt zu keiner auch nur einigermaßen bestimmten Auffassung gelangt sind, zeigt wieder, daß es unmöglich ist solch komplizierte Phänomene unseren Parteitagsresolutionen entsprechend überhaupt einer Lösung entgegenzuführen. Überall steht uns die Intransigenz vermeintlicher, aber programmatisch festgelegter Prinzipien im Weg.

Für den erfolgreichen Kampf gegen die politische Reaktion und für die Anbahnung einer taktischen und politischen Kooperation zwischen Liberalismus und Sozialismus würde es völlig genügen, wenn unsere Partei, wie es zum Beispiel die italienische Sozialdemokratie getan hat, ein *Minimalprogramm* aufstellen würde, in dem lediglich diejenigen Forderungen enthalten sind, die die unbedingte Voraussetzung für eine im weitern Sinn positive Mitarbeit der Sozialdemokratie bilden. Ein solches Minimalprogramm würde den Liberalismus vor die Alternative stellen sich zu entscheiden, ob er gegen die Sozialdemokratie oder mit ihr politisch arbeiten will. Man vergesse auch nicht, daß ein großer Teil der liberalen Wählerschaft sich aus Elementen zusammensetzt, die ihrer sozialen Stellung nach einem solchen Minimalprogramm, wenn es

wirklich aus empfundenen Bedürfnissen und nicht aus vorgefaßten Meinungen hervorgeht, sympathisch gegenüberstehen würde. Gegen ein schon heute durchführbares Reformprogramm könnte man auch mit den üblichen sozialistenfeindlichen Schlagworten nicht aufkommen.

Man stelle sich doch nur die Entwicklung in den nächsten Jahren vor. Angenommen, die Sozialdemokratie erhält bei den nächsten Reichstagswahlen 100, meinetwegen noch mehr Mandate; und weiter angenommen, dies geschehe auf Kosten der Konservativen, die also geschwächt wiederkehren, während Zentrum und Liberalismus in der bisherigen Stärke bleiben: Was wäre damit praktisch gewonnen? Wenn die Sozialdemokratie sich nicht zur bürgerlichen Linken schlägt, würde die Rechte im Verein mit dem Zentrum nach wie vor das Feld beherrschen, und die Nationalliberalen würden, um nicht abseits zu stehen, ganz oder gelegentlich mitmachen. Die politische Reaktion hätte dann keine schlechte Chance. Sie verliert sie aber in dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie selber in eine eben dadurch ermöglichte Koalition eintritt. Dadurch erst würden die politischen Probleme, von denen die nächste Zukunft der Nation abhängt, aufgerollt werden und im Volk selbst Widerhall finden; in weiten Schichten, die jetzt abseits von der Politik stehen, von der sie sich nichts versprechen, würde man begreifen, daß es sich nun wirklich um aktuelle politische Lebensfragen handelt, deren Entscheidung nicht mehr nur erörtert sondern auch ermöglicht wird. Bleibt die Sozialdemokratie aber in ihrer Einsamkeit, wird, genau wie nach 1903, auch auf einen großen Sieg keine entsprechende politische Aktion unternommen, so ist gerade wie damals der politische Katzenjammer unausbleiblich, der der Reaktion wieder die Hasen in die Küche jagt. Erkennt unsere Partei, daß sie an einem Kreuzweg steht, und daß sie sich entscheiden müßte, welche Richtung sie für die allernächste Zukunft einschlagen will? Oder soll sie nur stehen bleiben, wo sie steht?

XX

EDUARD BERNSTEIN . GIBT ES GRENZEN DER LOHNSTEIGERUNG?



IE Lohnfrage trägt ein doppeltes Gesicht. Dem Arbeiter stellt sie sich in der Regel als ein Interessenkonflikt zwischen ihm und dem Unternehmer oder, da wir es heute meist mit Lohnbewegungen von Gruppen zu tun haben, zwischen Arbeitergruppe und Unternehmergruppe dar, verallgemeinert ausgedrückt als ein Kampf von Arbeitslohn gegen Unternehmergeinn. Erhöhung des Arbeitslohns würde so weit nur Verkürzung des Profits der Unternehmer bedenten. Indes kann sie, wie man weiß, auch etwas anderes, nämlich Erhöhung des Preises der in Frage kommenden Ware oder Leistung heißen. In diesem Fall richtet sich im entsprechenden Verhältnis der Lohnkampf der Arbeiter gegen die konsumierende Allgemeinheit, womit er indes noch keineswegs schlechthin verurteilt wäre. Billigkeit, die durch Hungerlöhne erzielt wurde, ist, unter dem Gesichtspunkt der sozialen Wirkung betrachtet, Ausbeutung von Arbeitern durch das konsumierende Publikum, und eine Erhöhung der auf diese Weise bewirkten Preise durch Steigerung der Löhne ist nicht nur ethische sondern auch volkswirtschaftliche Wohltat. Selbst wo eine Lohnerhöhung teilweise oder völlig auf das Publikum abgewälzt wird, bedarf es noch genauer Prüfung, ob sie als

wirtschaftlich schädlich bezeichnet werden kann. Daß aber auch Fälle denkbar sind, wo Arbeiter sich zu Mitschuldigen einer Ausbeutung des Publikums machen, wird niemand bestreiten.

Im Spätmittelalter zum Beispiel, als an vielen Orten die Zünfte die noch handwerksmäßig betriebene Produktion beherrschten, hieß an allen diesen Orten Lohnerhöhung mit Notwendigkeit stets auch Preiserhöhung; denn mehr noch als die Zunftmeister hielten die Gesellen darauf jede Arbeit ersparende technische Neuerung zu hintertreiben, und mit den Meistern gemeinsam betrieben sie vielfach die Jagd auf Böhhasen und Störer, die billiger arbeiteten als die Zunft. Auf diese Weise wurde das Publikum wahrscheinlich gar manchemal überteuert. Wo handwerksmäßig gearbeitet wird, also namentlich in einer Reihe von Dienste leistenden Berufen, ist das Verhältnis zwischen Lohnbewegung und Preisbewegung auch heute noch ein ähnliches. Die Linie der Preise für das Publikum geht dort der Linie der Löhne der Angestellten ziemlich parallel. Wenn die Arbeitslöhne der Gehilfen im Barbier- usw.-gewerbe nennenswert steigen, muß das Publikum das Rasieren teurer bezahlen.

Anders in der mit Maschinen und ähnlichen technischen Hilfsmitteln betriebenen Industrie. Hier kann, wie der Leser Marx' und Ricardos weiß, eine Lohnerhöhung den Preis der Produkte unberührt lassen, unter Umständen sogar zu seiner Verbilligung führen. Verbesserungen im Arbeitsprozeß, vollkommenere Maschinen, zweckmäßigere Organisation der Arbeit, Verwendung von Chemikalien und chemischen Prozessen, die die benötigte Veränderung der zu bearbeitenden Grundstoffe beschleunigen, machen es möglich den Anteil der menschlichen Arbeit am Einzelprodukt oder der Einzelleistung so zu verringern, daß die Erhöhung ihres Preises durch die Kostenersparnis ausgeglichen wird oder gar hinter ihr zurückbleibt. Nach der marxistischen Formel, gemäß der der Kostpreis jeder Ware aus einem gewissen Bruchteile Lohnkapital (Arbeitslohn) zuzüglich eines gewissen Bruchteils von konstantem Kapital (Material, Werkzeugabnutzung etc.) besteht, kann V (das zur Verwendung kommende Lohnkapital) so lange um die Größen a, b, c, d etc. erhöht werden, ohne daß dadurch der Kostpreis P in die Höhe getrieben wird, als K (der konstante Kapitalteil) gleichzeitig um die Größen $\alpha, \beta, \gamma, \delta$ etc. verringert wird, und diese letzteren Größen jedesmal mindestens ebenso groß oder größer sind als die ersteren. Sind sie jedesmal ebenso groß, so erhalten wir folgende Reihe:

$$\begin{aligned} V + K &= P \\ (V + a) + (K - \alpha) &= P \\ (V + b) + (K - \beta) &= P \\ (V + c) + (K - \gamma) &= P \\ (V + d) + (K - \delta) &= P \text{ usw.} \end{aligned}$$

Das heißt, die Summe der Rechnung ist immer gleich dem ursprünglichen P . Im zweiten Fall ist die sich ergebende Größe von Epoche zu Epoche geringer als das ursprüngliche P , etwa gleich $P - 1, P - 2, P - 3$ usw. Um es an der von Marx oft herangezogenen Baumwollindustrie zu veranschaulichen: Wenn der in einem Kilo Baumwollgarn Nummer 32 verkörperte Materialaufwand samt Maschinenabnutzung usw. 1 Mark, der Lohn für die zu seiner Herstellung verwandte Arbeit auch 1 Mark beträgt, so ist sein Kostpreis 2 Mark, und dieser Kostpreis wird so lange trotz Erhöhung des Lohns um 10, 15, 20,

25 Pfennig unveränderlich bleiben als jedesmal gleichzeitig pro Kilo ebensoviel an Ausgaben für Material und Abnutzung erspart wird, und wird sogar fallen, wenn die betreffende Ersparnis noch größer ist.

Das ist ungemein einfach und wird denn auch leicht begriffen. Es ist ferner leicht zu verstehen, daß die hier gegebene Reihe, wo jedesmal das Zeichen für den Aufschlag auf die ursprüngliche Lohnsumme einen größeren Wert, das Zeichen für die Verkürzung der ursprünglichen Material- usw.-kosten einen mindestens im gleichen Verhältnis geringern Wert darstellt, wenn sie für die Gesamtproduktion zuträfe, eine Entwicklung veranschaulichte, die unausgesetzter wirtschaftlich-sozialer Fortschritt hieße. Es hebt sich das Lohneinkommen der Arbeiter in Geld wie in Waren, der Konsum der Massen kann steten quantitativen und qualitativen Aufstieg erfahren. Wir wissen, daß in der Praxis die Dinge sich leider nicht so glatt machen. *V* erhält nicht regelmäßig steigende Zuschläge, und *K* wird nicht stetig um Beträge verringert, die größer sind als die in der gleichen Epoche etwa erzielten Zuschläge auf *V*. Die Geldlöhne verfolgen freilich im allgemeinen eine aufsteigende Linie; so daß für unsere Betrachtung diejenigen Fälle, wo auch die Geldlöhne fallen, als bloß zeitweilige Abweichungen von einer sich immer wieder durchsetzenden Tendenz außer Betracht bleiben können. Aber die Linie der Kaufkraft des Geldes zeigt trotz aller technischen Fortschritte eine viel unbestimmtere Tendenz. In meinem vorigen Artikel sind bereits einige Faktoren angegeben worden, die diese Unregelmäßigkeit verursachen.¹⁾

Es ist hier der Ort einen Irrtum richtigzustellen, der mir in jenem Artikel unterlaufen ist. Das Buch *Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit*, von dem dort die Rede war und auch in diesem Aufsatz die Rede sein wird, hat nicht, wie irrtümlich angegeben, den Heidelberger Nationalökonom Alfred Weber sondern Herrn Adolf Weber, Professor der Staatswissenschaften an der Handelshochschule Köln, zum Verfasser. Dieser steht aber den sozialpolitischen Kämpfen der Zeit von jeher anders gegenüber als jener, und so müssen denn auch meine Bemerkungen über die theoretischen Unbestimmtheiten des Buches, soweit sie sich auf die Psyche des Verfassers beziehen, entsprechend anders lauten. Es handelt sich nicht, wie ich annahm, um neuerdings erwachsene Zweifel eines Mannes, den man bisher auf der Linken der Sozialpolitiker zu sehen gewohnt war, sondern um Unsicherheiten eines Hochschullehrers, von dem es vielleicht schon zu viel gesagt ist, daß er von jeher sich als Mann der Mitte gezeigt hat. Das Motto aus alten Tagen *Keinem zur Lust und keinem zu Leide, das ist der Mittleren harmlose Freude* würde hier nicht ganz stimmen; denn Professor Adolf Weber hat es, wie man mir mitteilt, im Frühjahr 1910 mit seiner wissenschaftlichen Überzeugung für vereinbar gehalten rheinischen Industriellen bei einem Vorstoß gegen das Recht des Streikpostenstellens Beihilfe zu leisten. Wessen sozialpolitisches Empfinden das erlaubt, von dem können skeptische Äußerungen über den Gewerkschaftskampf, die im Mund Alfred Webers überraschen mußten, nicht im gleichen Maß wundernehmen. Doch ist es nur billig anzuerkennen, daß Professor Adolf Weber im vorliegenden Werk im Vergleich zu den Vertretern des Unternehmertums die Vertreter des Sozialismus und der sozialistisch gerichteten Gewerkschaftsbewegung

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Volkswirtschaft und die Gewerkschaften* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 20 ff.

reichlich, wenn auch nicht immer mit richtiger Würdigung, zum Wort kommen läßt. Alles das ist jedoch rein persönlicher Natur. Es kann wohl die Stellung Webers zu den von ihm aufgerollten Problemen erklären, läßt aber die Frage nach der Bedeutung dieser Probleme und der Zeitgemäßheit ihrer erneuten Erörterung gänzlich unberührt. Der Umstand, daß wir es mit einer andern Persönlichkeit zu tun haben als im oben zitierten Artikel vorausgesetzt wurde, kann nichts an meiner dort ausgedrückten Meinung ändern, daß das Webersche Buch auf eine sachliche Antwort Anspruch hat. Ganz besonders gilt dies von der Frage, in die es ausmündete: die Frage nämlich, wie die Arbeiterbewegung auf die Summe und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zurückwirkt. Für diese wichtige Frage fehlt es der wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus noch durchaus an einer nicht lediglich deduktiven Untersuchung. Sie ist in Abhandlungen verschiedener Art gelegentlich gestreift worden, aber noch niemand hat es unternommen sie eingehend an der Hand der Erfahrungen der Epoche zu behandeln, in der auch Deutschland eine leistungsfähige Gewerkschaftsbewegung verzeichnet.

Auch mein Aufsatz kann die Lücke nicht ausfüllen, er soll nur zu ihrer Ausfüllung anregen. Um an die oben vorgeführte Formel anzuknüpfen, so haben wir gesehen, daß in dem Moment, wo der Zuschlag zu V , dem Lohnaufwand, einen größern Wert darstellt als die Verringerung des Betrags der für Material etc. aufgewandt wurde, der Kostpreis des Produkts P um diese Differenz steigt. Das bedeutet noch nicht unbedingt Steigen des durchschnittlichen Verkaufspreises, da die Differenz auch durch Verringerung des Profits ausgeglichen werden kann, von dem hier bisher abstrahiert wurde. So gut wie eine Reihe anderer Elemente des Preises ist der Profit eine elastische Größe, die sich unter bestimmten Umständen ganz bedeutend zusammendrücken läßt. Aber er ist auch insofern elastisch als dieses Zusammendrücken, das sich in der deduktiven oder spekulativen Theorie als so stark denken läßt, daß es die Profitrate bis auf eine winzige Bruchzahl über Null reduzieren würde, in der Praxis der gegenwärtigen Gesellschaft immer wieder neuen Widerständen begegnet, die die Profitrate nach oben treiben. Nur ist es nicht so sehr die von Ricardo befürchtete Abnahme des Stachels der Kapitalbildung bei stark sinkender Profitrate als vielmehr die durch Ausdehnung der Weltwirtschaft und Kolonialunternehmungen, durch Steigerung der Rüstungen, Zunahme der Staats- und Gemeindeschulden und ähnliches bewirkte Vermehrung der Möglichkeiten anderweitiger Verwertung von Kapitalien, was heute in den vorgeschrittenen Kulturländern dem Sinken des Durchschnittsprofits entgegenwirkt. Wie sich die Dinge in der neuern Zeit gestaltet haben, stehen Profit und Kapitalzins statt in einem gegensätzlichen nahezu in einem Gegenseitigkeitsverhältnis. An einer Stelle drückt der Zins auf den Profit und an einer andern ist es Rückwirkung der Zinshöhe, was dem Sinken der Profitrate entgegenarbeitet.

Das Leihkapital steigt heute fast schneller als das Unternehmungskapital. Der gelehrte Jesuit H. Pesch bringt in seiner *Allgemeinen Volkswirtschaftslehre* folgende Zahlen über das Verhältnis von Leih- und Unternehmerkapital in Preußen, die auf Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern im preußischen Staat beruhen. Von Zensiten mit über 3000 Mark Einkommen wurden in Preußen im Jahr 1905 32,672 Millionen Kapitalvermögen gegen

11,083 Millionen Mark Unternehmungsvermögen versteuert. »Das Mobil- und Leihkapital in Preußen ist also fast 3 mal so groß wie das in industriellen Unternehmungen angelegt«, heißt es darüber in der *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, der Pesch diese Zahlen entnimmt.²⁾ »Wir wachsen also in den *Rentnerstaat* hinein«, sagt in einem vor etlichen Monaten veröffentlichten Aufsatz der bekannte Nationalökonom R. E. May.³⁾ May berechnet das Gesamteinkommen der deutschen Steuerzahler im Jahr 1907 aus in Staatsschulden, Hypotheken, auswärtigen Anleihen und Unternehmungen, deutschen Aktiengesellschaften etc. angelegtem Kapital auf 6½ Milliarden Mark bei einem Gesamteinkommen der mit 3000 Mark und darüber veranlagten Zensiten von 10,6 Milliarden Mark. Es sind das summarische Zahlen, die noch sehr genauer Analyse bedürfen, um ein so wahrheitsgetreues Bild vom Verhältnis zwischen Zins und Profit zu liefern, wie es für den Gegenstand unserer Betrachtung erforderlich wäre. Aber so viel geht doch aus ihnen hervor, daß ein ungeheurer Bruchteil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals der Konkurrenz auf dem Markt der Industrie- usw.-unternehmungen entzogen bleibt, und das industrielle Kapital infolgedessen der Notwendigkeit enthoben ist mit so niedrigen Profiten sich abzufinden wie es dies müßte, wenn der Markt von Kreditpapieren aller Art, die sich dem Anlage suchenden Kapital darbieten, nicht eine so ungeheure Ausdehnung genommen hätte und immer noch nähme. Wir können, die Gesellschaft als Ganzes genommen, bis auf weiteres mit keinem erheblichen Sinken der Profitrate rechnen, wie wir ja auch von einem Sinken des Zinsfußes nur noch recht wenig merken.

In dem Maß aber wie diese Sachlage anhält, in dem Maß wie wir Profit und Zins als wenig wandelbare Größen zu betrachten haben, bleibt die oben gegebene Formel für die Preisbewegung der Güter maßgebend, bleibt der Preis nur so lange von erhöhten Ausgaben für Arbeitslohn ($V + a, b, c, d$ etc.) unberührt als diesen entsprechende Ersparnisse an Material- und Arbeitsaufwand gegenüberstehen. Bürgerliche wie sozialistische Gewerkschaftsfreunde haben dies als die regelmäßige Folge hoher Löhne bezeichnet, indem sie sich darauf beriefen, daß hochbezahlte Arbeiter leistungsfähiger sind, als schlechtbezahlte, und die Unternehmer in die Lage versetzten die Rückwirkung von Unterschieden der Lohnsätze auf die Produktionskosten durch größere Verdichtung der Arbeit, Verwendung besserer Maschinen etc. auszugleichen. Sie können sich dabei unter anderm auf Ricardo berufen, der vor 90 Jahren schon in den *Principles* schrieb, daß technische Verbesserungen oft nicht eher eingeführt werden können, das heißt sich nicht eher bezahlen als die Arbeitslöhne über ein früheres Niveau gestiegen seien. Marx, der diesen Satz zitiert und illustriert, führt ferner auch eine Fülle von Tatsachen dafür an, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit die gleiche Folge einzutreten pflegt. Es existiert eine ganze Literatur von Nachweisen, daß Länder mit hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit solche mit niedrigen Löhnen und langem Arbeitstag in der Konkurrenz schlagen. Von welchem moralischen Wert diese Nachweise für die Arbeiter-

²⁾ Siehe Pesch *Lehrbuch der Nationalökonomie*, 2. Band: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre* / Freiburg 1909/, pag. 390. In diesem materialienreichen 2. Band des großangelegten Werkes werden die bekannten Vorzüge des Verfassers durch Rücksichten auf Lehren der Kirche weniger beeinträchtigt als im 1. Band.

³⁾ Siehe May *Das deutsche Volkseinkommen und der Zuwachs des deutschen Volksvermögens im Jahr 1907* in Schmollers *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft*, 1910, pag. 125.

bewegung und insbesondere die Gewerkschaftsbewegung sein mußten, liegt auf der Hand. Sie erfüllten die Arbeiter und ihre Vorkämpfer mit dem Bewußtsein, daß sie im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in jeder Hinsicht dem Fortschritt dienten, und gaben ihnen wirksame Argumente für die Gewinnung der öffentlichen Meinung gegenüber Unternehmern, die den Lohn- usw.-forderungen Widerstand entgegensetzten.

An dieser Auffassung nun rüttelt die Kritik Adolf Webers, in Angriffen auf sie haben wir den Schwerpunkt seines Buches, sozusagen seine konzentrierte Tendenz zu erblicken. Alles andere darin ist theoretische Vorbereitung dieses Hauptangriffs oder betrifft Nebenfragen, wie Formen und Modalitäten des Klassenkampfes, deren Wertung schließlich doch von seiner sozialökonomischen und kulturellen Wirkung bestimmt wird. Denn in den Augen der Geschichte rechtfertigt zwar nicht der beabsichtigte Zweck, das Wollen, wohl aber das Wirken das Mittel. Wirkt der gewerkschaftliche Klassenkampf im ganzen wirtschaftlich vorteilhaft, worin mindestens die materielle Verbürgung einer auch kulturell wohlthätigen Wirkung einbegriffen ist, so wird man gewiß seine Äußerungen vielleicht zwar nicht schön finden, sie jedoch um der schließlichen Wirkung willen in den Kauf nehmen. Adolf Weber aber tritt dem Glauben an diese Wirkung entgegen. Er bestreitet natürlich nicht, daß hohe Löhne und kurze Arbeitszeit jene vorteilhafte ökonomische Wirkung gehabt haben und haben können, aber er läßt es nur für gewisse Phasen der industriellen Entwicklung und des Arbeiterkampfes gelten, die nach ihm für Deutschland wesentlich der Vergangenheit angehören. Für die Gegenwart und absehbare Zukunft hätten wir eine solche Wirkung nicht zu erwarten. Und zwar aus objektiven wie subjektiven Gründen.

Die objektiven Gründe lassen sich dahin zusammenfassen, daß durch Vergrößerung der Unternehmungen von einer gewissen Grenze ab eine zweckmäßigere Arbeitsteilung nicht mehr zu erwirken und daher auch eine nennenswerte Verbilligung der Produktion nicht mehr zu erzielen sei; fernerhin sei vielfach auch die Technik heute schon so weit vorgeschritten, daß die Hoffnung durch vollkommeneren Maschinen und neue chemische Prozesse erhebliche Verbilligung zu erzielen immer geringer erscheine. Die subjektive Gegenkraft aber stellten die Arbeiterorganisationen dar, die es immer mehr zu ihrer Politik machten den Unternehmern Arbeitsbedingungen aufzuerlegen, durch die die Rückwirkungen verbesserter Technik auf die Gesamtkosten und damit auch auf den Preis wieder aufgehoben würden.

Stimmt das? Daß der zunehmenden Verbilligung objektive Kräfte entgegenwirken, habe ich bereits in meinem vorigen Artikel gezeigt, wobei jedoch die Frage der Technik noch unerörtert blieb. Wie steht es mit dieser? Sind wir hier wirklich sozusagen schon hart an der Grenze unseres Witzes? Gegen solche Annahme spricht, wenn sie allgemein gelten soll, außerordentlich viel. Eines jedoch dürfen wir uns nicht verhehlen. Wenngleich man sich kaum irgendwo mehr als in Bezug auf die Möglichkeiten der Technik vor dem Verkünden eines *Nec plus ultra* in acht nehmen muß, wir vielmehr immer wieder mit der Entdeckung von Kräften und Prozessen zu rechnen haben, die das vordem für unmöglich Erklärte zur Möglichkeit und zum praktisch Wirklichen machen, muß doch als erfahrungsmäßig festgestellt bezeichnet werden,

daß in dem Maß wie eine Industrie in technischer Hinsicht vorgeschritten ist, umwälzende Neuerungen in ihr seltener werden und daher nicht als Faktoren in Rechnung gestellt werden dürfen, auf deren Eintreten im Anschluß auf Erhöhungen des Preises der menschlichen Arbeit mit unbedingter Sicherheit gerechnet werden kann. Hier kann unter anderm die so hoch entwickelte englische Baumwollindustrie als Beispiel dienen. Fortschritte werden auch in ihr noch alltäglich gemacht, aber von Umwälzungen großen Stils, die die Gruppierung der menschlichen Arbeitskräfte nennenswert verschieben, hört man sehr wenig. Im neuesten Jahresbericht des britischen Arbeitsamts findet man folgende Zusammenstellung der Gruppierung der Arbeiter in der britischen Baumwollenindustrie, einer Industrie, in der — ich wiederhole — England unbestritten auf der Höhe der Technik steht, in den Jahren 1895 und 1907. Es wurden gezählt:

Jahr	Männer über 18 Jahre	Frauen und Mädchen über 18 Jahre	Burschen von 14 bis 18 Jahren	Mädchen von 14 bis 18 Jahren	Kinder (Halbzeitler) von 12 bis 14 Jahren
1895	148,724	234,479	42,355	81,815	31,510
1907	163,114	263,252	45,766	85,637	19,051
Zu- oder Abnahme in %	+14,390 + 9,7	+28,773 +12,3	+3,411 +8,0	+3,822 +4,7	-- 12,959 -41,1

Einen Rückgang finden wir nur bei den Kindern, den sogenannten *Halbzeitlern*, und da ist er Folge von politischen Ursachen: der stärkern Anspannung der Fabrik- und Schulgesetze, der Rückwirkung der lebhaften und, wie man sieht, erfreulich wirksamen Bearbeitung der öffentlichen Meinung gegen die Kinderarbeit. Den gleichen Faktoren ist offenbar die Tatsache zuzuschreiben, daß die jugendlichen Arbeiter im Verhältnis weniger zunahmen als die Erwachsenen. Viele Knaben und Mädchen werden jetzt auch mit 14 Jahren noch nicht in die Fabrik geschickt. Wenn die Zuwachsrate der erwachsenen weiblichen Arbeiter etwas größer ist als die der erwachsenen männlichen Arbeiter, so ist einmal der Unterschied viel zu unbedeutend, um auf irgendwelche epochemachende technische Umwälzung hinzudeuten, und dann ganz offensichtlich nicht dadurch entstanden, daß erwachsene Frauen statt erwachsener Männer, sondern dadurch, daß erwachsene Frauen an Stelle fehlender jugendlicher Arbeiter herangezogen wurden. Die Zahl der Frauen und jugendlichen Arbeiter zusammen verhielt sich zu der der Männer 1895 und 1907 fast gleich. Das Verhältnis war in dem einen Jahr 2,40, in dem andern 2,42 zu 1. Und man muß recht weit in der Statistik dieser bedeutenden Industrie Englands zurückgehen, um auf wesentlich andere Proportionen zu stoßen.

Dies ein Beispiel für die relativ ruhige Fortentwicklung der Technik einer Industrie, in der schon längst die Konzentration den Großbetrieb zur Herrschaft gebracht hat. Nun hält der Konzentrationsprozeß freilich nicht inne. Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Konzentrierung der großen Unternehmungen in den hochentwickelten Industrien heute mit der spezifisch marxistischen Konzentrationstheorie oft herzlich wenig zu tun hat, daß sie viel mehr in kommerziellen als in technischen und arbeitsorganisatorischen Notwendigkeiten und Zwecken wurzelt. In einem Aufsatz über das *Gesetz der Massenproduktion* führt Karl Bücher aus, daß — ich zitiere nach

Weber — zwar durch Anwendung vollkommenerer Produktionsverfahren sich die Produktionskosten mit der Zunahme der Produktmasse vermindern; diese Kostenverminderung vollziehe sich jedoch »im allgemeinen langsamer als die Produktionsmasse steigt« und verlangsamt sich »um so mehr, je größer die Masse wird«; schließlich werde »eine Größe erreicht, bei der eine weitere Steigerung der Masse keinen ins Gewicht fallenden Vorteil mehr bieten kann«. Es kann dahingestellt bleiben, ob in irgend einer Industrie jene Grenze tatsächlich schon erreicht ist, auf die der Verfasser der *Entstehung der Volkswirtschaft* hier hindeutet.⁴⁾ Schon das Vorhandensein von Anzeichen, daß wir uns ihr fühlbar nähern und mit einer beträchtlichen Verlangsamung der Produktionssteigerung pro Arbeiter zu rechnen haben, würde eine Mahnung sein die Folgerungen, die sich aus ihr für die Arbeiterkämpfe ergeben, sorgfältig zu untersuchen. Adolf Weber begnügt sich aber nicht mit Betonung dieser rein technologischen Schwierigkeit einer fortschreitenden Verminderung der Produktioskosten. Er geht weiter und behauptet von der kämpfenden Arbeiterschaft, daß sie obendrein den Ausgleich, den intensivere Arbeit für Herabsetzungen der täglichen Arbeitszeit bieten könne, zu hintertreiben, daß sie die Arbeitsleistung pro Arbeiter positiv zu verringern suche. Außer einigen ihm oder Schülern von ihm gemachten Geständnissen von christlichen Arbeiterführern, die er nicht nennt, führt er als Beweis dafür auch Äußerungen aus der Presse der freien Gewerkschaften und anderer Organe der modernen Arbeiterbewegung an, von denen folgender Satz aus einer Artikelserie der *Metallarbeiterzeitung* vom November 1909, betitelt *Die Relativität des Arbeitslohns* hier wiedergegeben sei: »Gerade die Regelung der Intensität ist eine wichtige Frage, die um so brennender wird, je mehr die Arbeitszeitverkürzung Fortschritte macht Er [der Arbeiter] muß sogar zum Angriff übergehen und den Versuch machen durch Verkürzung der Arbeitszeit und Hemmung der Intensität den Preis seiner Arbeitskraft zu erhöhen.« Weiterhin und an anderen Stellen des Buches teilt Weber Vorgänge aus dem Wirtschaftsleben mit, die man als Umsetzung solcher Gedanken in die Praxis bezeichnen könnte. Er wolle jedoch, erklärt er, den betreffenden Arbeitern aus Bestrebungen dieser Art keinen Vorwurf machen. »Das sind Gedanken«, heißt es an der zitierten Stelle vom Artikel der *Metallarbeiterzeitung*, »die man vom Standpunkt des geschäftlichen Interesses einer bestimmten Gruppe von Arbeitern wohl verstehen kann.« Etwas anderes aber sei die wirtschaftliche Wirkung dieser Politik. Auf die Dauer könne sie nur die Wirkung haben die Gesamtsumme der Arbeitslöhne, gemessen an ihrer Kaufkraft, wie man den von Weber gebrauchten Ausdruck *Soziallohn* zu verstehen hat, zu verringern. Unter solchen Voraussetzungen sind dann anscheinend nur zwei Dinge möglich: Entweder es gewinnen bestimmte Schichten der Arbeiterschaft trotzdem absolute Verbesserungen, wofür andere Schichten dann aber um so mehr verlieren müßten, und das bedeutete, daß der Unterschied in den Einkommen von qualifizierten Arbeitern sowie von Arbeitern, die durch besondere Umstände in die Position von solchen gelangt sind, und den Einkommen der breiten, für nichtqualifiziert geltenden Arbeitermasse sich zu jener Kluft erweiterte, wie sie in einigen Industrien Englands zu finden ist. Oder die Arbeiterklasse als Ganzes verliert als Konsument mehr

⁴⁾ Für Zuckerfabriken wird die Grenze auf die Verarbeitung von 15000 Doppelzentnern Rüben pro Tag normiert. Eine noch größere Fabrik erziele keine Verringerung der Kosten für den Doppelzentner.

als sie als Produzent gewinnt. Ein drittes scheint unter dieser Voraussetzung undenkbar, und die Gewerkschaftsarbeit wäre, soweit sie auf Lohnerhöhung gerichtet ist, in der Tat *Sisyphusarbeit*.

Aber mit der Voraussetzung steht es zum Glück schief. Erstens hat im äußersten Fall sicher nur erst eine kleine Minderheit von Unternehmungen jene Höhe technischer und organisatorischer Leistungsfähigkeit erreicht, wo eine Steigerung der Produktivität nur als Folge von unwälzenden Neuerungen noch möglich ist, die auf sich warten lassen; bei der großen Masse der Industrien ist noch reichlich Platz zu Verbesserungen, bis jene Grenze erreicht ist. Zweitens trifft gar manche Preiserhöhung die Arbeiterklasse in minderm Verhältnis wie die besitzenden Klassen, und wo dies der Fall ist, wäre die erstere selbst dann bei einer Lohnerhöhung der Gewinner, wenn der Lohnaufschlag genau im Preis des Produkts oder des Dienstes wiedererschiene. Und drittens sind auch die Möglichkeiten noch nicht erschöpft Lohnerhöhungen durch Hinwirken auf billigere Beschaffung der Arbeitsmaterialien und Verringerung der sogenannten *falschen Unkosten* auszugleichen. Aus allen diesen Gründen braucht die Arbeiterschaft auf den Kampf um Lohnerhöhungen nicht zu verzichten, und sie darf es nicht einmal. Freilich stehen ihr dabei jene Faktoren im Weg, auf die am Eingang dieses Artikels hingewiesen wurde, die Emporschraubung des Zinsfußes und der Profitrate durch die Anleihe-wirtschaft der Staaten, Gemeinden und anderer öffentlichen Unternehmungen, die Ausdehnung der Weltwirtschaft und Verwandtes, wozu auch noch die Belastung der Volkswirtschaft durch die Grundrente kommt. Weber glaubt einen Satz des Schreibers dieses Aufsatzes, in dem von der »Grundrente und den ihr verwandten Renten auf Grund von Besitz, bevorzugter Stellung und ähnlichen Sonderrechten« die Rede war, dadurch zu entkräften, daß er schreibt, diese Renten seien faktisch gar keine Bestandteile des Preises sondern stellten etwas dar, was gewissermaßen bei der Verteilung des Preises übrigbleibe: sie seien »Folge davon, daß die qualitativen Voraussetzungen der Produktion verschieden sind, und daß doch am Markt ein einheitlicher Preis bezahlt wird«. Das trifft aber nur für die Ricardosche Vorzugsrente zu, die ganz etwas anderes ist als die allgemeine Grundrente, die sich überall bildet, wo der Bodenbesitz, wie bei uns in Deutschland, Monopolcharakter trägt. Diese allgemeine Grundrente ist ebenso an der Preisbildung beteiligt wie der Zins (die Rente auf Grund von Besitz) und gewisse indirekte Steuern. Gegen alles das vermag der reine Gewerkschaftskampf direkt gewiß nur wenig. Aber er kann durch seinen Druck den politischen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Faktoren verstärken, die zu jenen Belastungen der Volkswirtschaft führen.

Aber auch wenn die Arbeiter sich dagegen wehren, daß sie Verkürzung der Arbeitszeit mit Steigerung der Arbeitsanspannung bezahlen sollen, sind sie nicht nur als Gruppe sondern meist auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeiterklasse als Ganzes in ihrem Recht. Natürlich kann alles übertrieben werden, und ob das gelegentlich geschehen ist, soll hier nicht weiter untersucht sondern als möglich zugegeben werden. In welcher Wirtschaftsklasse und Wirtschaftssphäre kommen Mißgriffe dieser Art nicht vor? Gewöhnlich folgt ihnen jedoch die Korrektur auf dem Fuß, sei es durch gewerkschaftliche Niederlagen, wie zum Beispiel 1898 beim Kampf der englischen Maschinenbauer, sei es durch örtliche oder materielle Verschiebungen in der betreffenden Industrie.

Das kann mit vielem unverdienten Leid verbunden sein, und deshalb soll man die Sache nicht allzu leicht nehmen. Der leistet der Arbeiterschaft einen schlechten Dienst, der sie über die jeweiligen Möglichkeiten der Verbesserung ihrer Lage in Selbsttäuschungen versetzt. Es gibt keine absoluten Grenzen der Lohnsteigerung; aber es gibt bei einem gewissen Stand der Technik und Leistungshöhe Grenzen, die sich ohne Schaden für alle Beteiligten nicht ignorieren lassen. Wo diese Grenzen jeweilig liegen, ist nicht so leicht zu bestimmen. Aber mit der wachsenden Erfahrung wird die Arbeiterbewegung, die im ganzen ja doch noch recht jung ist, in allen ihren Verzweigungen diese Fähigkeit erwerben. Es liegt kein Grund vor die Fragen zu ignorieren, die Webers Buch aufwirft, und ich behalte mir deshalb vor auf einige davon später noch zurückzukommen. Aber es liegt auch kein Grund zu dem Pessimismus vor, in den Webers Buch ausläuft. Als Ende der neunziger Jahre die *Londoner Times* über Abnahme der Leistungen der Londoner Maurer ähnliche Notschreie ausstieß wie man sie in Webers Buch findet, fragte ich meinen Hauswirt, einen ehrsam Londoner Maurermeister, wie es sich damit verhalte, und erhielt von ihm die Antwort *Bosh*, was ungefähr so viel wie *Dummes Zeug* heißt. Ich glaube, es gibt nicht wenige deutsche Fabrikanten, die auf die gleiche Frage eine ähnliche Antwort erteilen würden.

XX

ARTHUR SCHULZ · IST EINE STEIGERUNG DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN TIER-PRODUKTION MÖGLICH?



Ein voriger Artikel versuchte darzutun, daß die inländische Landwirtschaft den Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung bisher fast völlig, und zwar in normalen Futterjahren zu mäßigen und relativ langsam steigenden Preisen, gedeckt hat, und daß die Eigenfleischversorgung sowohl im allgemeinen national-wirtschaftlichen Interesse wie im besondern dauernden Arbeiterinteresse der Zufuhr von Prairievieh und Frostfleisch vorgezogen werden muß.¹⁾ Es ist nun die Frage zu erörtern, ob dieser an sich erwünschte Zustand auch in Zukunft ohne unbillige Belastung der Konsumenten aufrechterhalten werden kann. Unleugbar werden damit hohe Anforderungen an die Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft gestellt. Bei der Fortdauer der bisherigen Bevölkerungszunahme und einer Steigerung des Fleischverbrauchs um 1 Kilogramm pro Kopf im Jahr wäre eine jährliche Fleischmehrproduktion von etwa 115 000 Tonnen nötig, wenn Deutschland in seiner Fleischversorgung nicht auslandsabhängiger werden will als es bisher ist. Wird in Zukunft der deutschen Landwirtschaft eine entsprechende Steigerung der Viehproduktion möglich sein, ohne daß gleichzeitig die Erzeugungskosten und mit ihnen die Preise unverhältnismäßig anschwellen? Logischerweise kann die Erhaltung der Autarkie in der Fleischversorgung durch Fortschritte auf 3 Gebieten möglich sein: auf dem der Futterbeschaffung, der Futtermittelverwertung und der Tierzucht. Am einfachsten kann der erstrebte Erfolg erreicht werden, wenn es gelingt reichlichere, bessere und billigere Futtermittel zu beschaffen. Es

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Prairievieh- und Frostfleischzufuhr oder Eigenfleischversorgung?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 97 ff.

wäre dabei natürlich erwünscht den Mehrbedarf an Futterstoffen möglichst auf der Bodenfläche des Reichs hervorzubringen, und zwar entweder durch Kultivierung bisher nicht oder nur oberflächlich genutzter Bodenarten oder durch Hebung der Ertragsfähigkeit des schon angebauten Areals. Hierbei kommt es nicht nur auf Quantitäts- und Qualitätssteigerung an sondern auch auf Ertragsicherung und auf Konservierung von Überschüssen reicher Ernten zur Ausgleichung des Nährstoffmangels in mageren Jahren. In zweiter Linie ist als Mittel das nötige Futter zu beschaffen und den Nährstoffbedarf in Fehljahren zu decken die Einfuhr von Futtermitteln aus dem Ausland zu nennen. Außer durch Bereitstellung reichlicher und preiswerter Futterstoffe kann die Tierproduktion dadurch vermehrt und vielfach auch verbilligt werden, daß man eine gegebene Futtermenge besser ausnutzen lernt. Es wird daher ferner zu prüfen sein, ob die Fütterungslehre und die ihr zugrunde liegende Ernährungsphysiologie der Haustiere in den letzten Jahren so bedeutensame Fortschritte gemacht hat, daß von einer allgemeiner werdenden praktischen Anwendung dieser Forschungsergebnisse eine Steigerung und in den bestgeleiteten Betrieben eine Verbilligung der Tierproduktion zu erwarten ist. Endlich kann das Gleichgewicht zwischen dem wachsenden Konsum und der inländischen Produktion dadurch aufrechterhalten werden, daß unsere Landwirte leistungsfähigere, vor allem mit einem bessern Futterverwertungsvermögen ausgestattete und dieses konstant vererbende Tiere heranzüchten lernen. Es wird daher zum Schluß ein Blick auf die neuen Errungenschaften der Tierzuchtlehre und der Züchtungsbiologie zu werfen und zu fragen sein, ob sie den praktischen Zuchtbetrieb so umgestalten und verbessern werden, daß auch von dieser Seite her eine Steigerung der deutschen Tierproduktion und damit eine reichlichere Fleischversorgung zu angemessenen Preisen erhofft werden darf.

Vermehrte Futtererzeugung kann zunächst durch Erweiterung der Anbaufläche erreicht werden. Nach den kürzlich veröffentlichten vorsichtigen Berechnungen des Geheimen Oberregierungsrats Professor Dr. Fleischer vom preußischen Landwirtschaftsministerium kommen im Deutschen Reich 1 026 000 Hektar unkultiviertes Hoch- und Übergangsmoor, 1 032 000 Hektar unkultiviertes Niedermoor und 1 500 000 Hektar kulturfähiges mineralisches Ödland für die Urbarmachung in Betracht.²⁾ Das meist in großen Komplexen besonders in Hannover, Oldenburg, Ostpreußen und Bayern vorhandene Hochmoor kann zum größten Teil nur durch planmäßige Besiedelung erschlossen werden. Die Nutzbarmachung dieser ausgedehnten Flächen ist daher vom Fortgang der innern Kolonisation abhängig. Dagegen können die über ganz Norddeutschland verstreuten Sandheiden bei einigermaßen günstigem Grundwasserstand auch ohne Aufbau neuer Höfe und Begründung neuer Landgemeinden leicht in Wiesen und Weiden umgewandelt werden. Gerade auf Heide land sind ja in den letzten Jahren mehrere gut rentierende Schweineproduktionsunternehmungen entstanden, unter denen der in Geeste bei Meppen errichtete Betrieb der *Harpener Bergwerksgesellschaft* mit einem jährlichen Umsatz von 6- bis 8000 Schweinen der größte ist. Auch in vielen deutschen Mittelgebirgen lassen sich weite noch mit Heidekraut bestandene Flächen in wertvolle Wiesen und Jungviehweiden umwandeln, wie das Beispiel der im

²⁾ Siehe Fleischer *Die Versorgung Deutschlands mit Fleisch und die Kultivierung unserer Moore und Heideböden* / Berlin 1910, pag. 5.

Hohen Venn mittels Gefangenearbeit kultivierten Ländereien lehrt. Nach Fleischers Berechnung könnten diese Mineralböden nach ihrer Urbarmachung als Wiesen durchschnittlich pro Hektar 40 Doppelzentner Heu und als Weiden einen Lebendgewichtszuwachs von 2,5 Doppelzentnern, also insgesamt jährlich 3 750 000 Doppelzentner Marktvielh liefern. Während diese nährstoffarmen Böden immerhin erhebliche dauernde Aufwendungen an künstlichen Düngemitteln, auch an teurem Stickstoffdünger erfordern, lassen sich unsere von Natur stickstoffreichen graswüchsigen Niedermoores, sobald sie erst einmal durch Drainage trockengelegt, umgebrochen und angesät sind, viel billiger unterhalten, da sie nur Zufuhren an Kali und Phosphorsäure benötigen. Auch das Niedermoor läßt sich meist von schon bestehenden Guts- und Bauernhöfen aus in Kultur bringen, braucht also nicht erst besiedelt zu werden. Es sind denn auch auf Niedermoor bereits wahre Musterwirtschaften geschaffen worden, deren bekannteste für das ältere kostspielige Moordammkulturverfahren das Rittergut Cunrau in der Provinz Sachsen und für die neuere Kultivierungsmethode ohne Übersandung die sämtlich in Pommern gelegenen Güter Klein Spiegel, Schmolsin und die Moorversuchswirtschaft Neuhammerstein im Lebamoorsind. Auch die preußische Forstverwaltung, die etwa 100 000 Hektar zur Anlage von Wiesen und Weiden geeignetes Niedermoor besitzt, hat davon bisher rund 7000 Hektar mit bestem Erfolg kultiviert. Ein besonders gelungenes Unternehmen der preußischen Forstverwaltung, die 1900 begonnene Urbarmachung der Niedermoores in der ostpreußischen Oberförsterei Schnecken, hatte ich Gelegenheit mehrere Jahre hindurch aus nächster Nähe zu beobachten; anfangs mit der größten Skepsis: denn in K. Kautskys *Agrarfrage*, meiner damaligen agrarpolitischen Bibel, wird es gerade mit Bezug auf die Moorkultur verurteilt, daß vom Staat große Kosten aufgewandt werden, »um mühsam einige Flecken unfruchtbaren Terrains in Kulturland zu verwandeln.«³⁾ Glücklicherweise kümmerte sich der Pionier der Moorkultur in Ostpreußen, Forstmeister Dr. Storp, nicht um meine Bedenken. Rastlos wurden Vorflutgräben gezogen und Drainagen gelegt; Moorpflüge brachen die binsenbestandene minderwertige Grasnarbe, Tellereggen zerstückelten den von der Pflugschar aufgeworfenen Seggentorf, schwere Walzen schufen aus der lockern, leicht austrocknenden und ausfrierenden Oberflächenschicht ein sicheres Keimbett und einen festen Standort für die Gras- und Kleepflanzen, die nach reichlicher Vorratsdüngung mit Kainit und Thomasmehl unter der schützenden Getreideüberfrucht üppig heranwachsen. Und die selbe Fläche, die 1900 nur 15 bis 20 Rindern eine kärgliche Nahrung bot, ernährte 1909 bereits 1600 Haupt Stall- und Weidevieh, und ein Pächter konnte auf einer Fläche von 19,3 Hektar 88 Ochsen für den Berliner Konsum so anmästen, daß sie durchschnittlich um 142 Kilogramm pro Stück zunahmen. Selten hat die preußische Forstverwaltung ein besseres Geschäft gemacht als mit ihren Moorkultivierungen; denn die rund 7000 Hektar von ihr dem Grasbau zugeführten Niedermoores verzinsten nach Abzug des frühern, meist sehr geringen Ertrags und der sämtlichen Dünge- und Pflegekosten (das auf durchschnittlich 300 Mark pro Hektar sich stellende Meliorationskapital in den Jahren 1904 bis 1906⁴⁾) bei besandeten Wiesen mit 9,6 %,

³⁾ Siehe Kautsky *Die Agrarfrage* / Stuttgart 1899 /, pag. 396.

⁴⁾ Siehe Thiel *Die staatlichen Aufwendungen für die Moorkultur in Preußen* in der vom Verein zur Förderung der Moorkultur herausgegebenen Festschrift *Die Entwicklung der Moorkultur in den letzten 25 Jahren* / Berlin 1908 /, pag. 7.

bei unbesandeten Wiesen mit 19,0 %, in den Jahren 1907 bis 1909⁶⁾ mit 10,4 % und 19,5 %. Wichtiger aber als die Rente, die die Niederungsmoore ihren Eigentümern bringen könnten, ist, was sie für die Fleischversorgung des deutschen Volkes zu leisten vermögen. Den Hektarertrag der Moorwiesen zu 3 Doppelzentner Heu und den Lebendgewichtzuwachs der Moorweiden zu 3 Doppelzentner angenommen, könnten nach Fleischers Berechnung die kultivierbaren Niederungsmoore 2 884 900 Doppelzentner Marktviehlebendgewicht produzieren.⁶⁾

Eine weitere, heute oft nur ganz extensiv genutzte Bodenkategorie, deren Erträge mit geringen Mitteln ganz erheblich gesteigert werden könnten, sind die *Alpenweiden* Südbayerns. Zwar umfaßt das bayrische Almarcal nur 118 000 Hektar (gegen 1 108 000 Hektar des schweizerischen und 1 432 000 Hektar des österreichischen), aber ihre Meliorierung würde, da sich im landwirtschaftlichen Betrieb des Alpengebiets Sömmerung und Winterung die Wage halten müssen, den Gebirgsbauern einen wirksamen Antrieb geben ihre als Frühjahrs- und Herbststationen dienenden Heimweiden und den Futterbau in der Talgüterwirtschaft zu verbessern. Die Meliorierung der bayrischen Almten würde daher mittelbar die Leistungsfähigkeit eines gleich großen Gebiets in den Tälern und im Alpenvorland zur Folge haben. Gegenwärtig erfüllen die bayrischen Almwirtschaften ihre natürliche Aufgabe den Bauern der Ebene, die leider allzusehr zur Stallhaltung des Rindviehs übergegangen sind, gesundes, durch freie Bewegung und gehaltreiche Pflanzenkost gekräftigtes Jungvieh zur Zucht zu liefern und so das Hochreservoir der bayrischen Landesviehzucht zu bilden, ganz und gar nicht. Schuld daran ist ungerechtfertigte Bevorzugung der Jagdinteressen, übertriebene Wildhege und ein leider noch weitverbreitetes, aus der alten Markgenossenschaft durch Mißbrauch entstandenes Besitzrecht. So oft ich auf Wanderungen im bayrischen Gebirge eine verwilderte, mit schlechtnährtem Vieh bestoßene Alp fand, ergab sich bei näherer Erkundigung meist, daß ich eine sogenannte *Berechtigungsalpe* vor mir hatte, das heißt eine Alm, bei der der Staat als Rechtsnachfolger des frühern Grundherrn (meist eines Bischofs oder Abtes) das Eigentum beansprucht, während das Weiderecht einer Gemeinde oder einem Verband Realberechtigter zusteht. Die fast selbstverständliche Folge dieser Trennung von Eigentum und Nutzungsrecht ist, daß nicht bloß Meliorationen, sondern sogar notwendige Instandhaltungsarbeiten unterbleiben. So erklärt sich beispielsweise die von Hübler mitgeteilte erstaunliche Tatsache, daß in den allen Besuchern der bayrischen Alpen wohlbekanntesten Gemeinden Garmisch und Mittenwald je 14,3 und 14,5 Hektar Almland erforderlich sind, um während der 100 Tage dauernden Sömmerung ein Tier zu ernähren.⁷⁾ Unter diesen Umständen könnte eine zeitgemäße Reform der veralteten und nicht selten streitigen Besitzverhältnisse, verbunden mit einer zweckmäßigen Alpwirtschafts- und Meliorationspolitik des Staats die Vieh-

⁶⁾ Siehe *Fleischer*, loc. cit., pag. 8.

⁷⁾ Unter diesen Umständen ist es nicht übertrieben, wenn Oberförster Kraher, der die aus früher ertraglosen Niederungsmooren bestehende Herrschaft Schmolzin in hohe Kultur gebracht hat und deswegen vor Jahresfrist auch in einer Zuschrift an den *Vorwärts* Lob erntete; in der vorhin genannten Feestschrift, pag. 162, schreibt: »Die Leistungsmöglichkeit unserer einheimischen Landwirtschaft in der Erzeugung sowohl von tierischen Produkten als auch indirekt von Brotkorn würde sich durch eine in schnellerm Tempo erfolgende Herrichtung von Niederungs- und Übergangsmoor zu Wiesen und Dauerwäldern in so gewaltigem Maß erhöhen wie dies durch keine andere bodenwirtschaftliche Maßnahme auch nur ähnlich erzielt werden könnte.«

⁸⁾ Siehe Hübler *Die bayrische Almwirtschaftsfrage* | Garmisch 1910 |, pag. 8 ff.

produktionskraft der bayrischen Voralpen ganz außerordentlich heben. Vorbildlich können dabei die Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen sein, die in den letzten Jahren die Alpwirtschaft der Kronländer Salzburg, Kärnten und Vorarlberg wesentlich gefördert haben. Besonders in Kärnten ist durch zahlreiche gutrentierende Alpenmeliorationen der Viehstand vieler Gemeinden quantitativ und qualitativ aufs günstigste beeinflußt worden. So ist auf der Weidegger Feldalpe der Besatz in 2 Jahren von 85 auf 151 Stück Vieh, auf der Schröckenbergalpe von 30 auf 60, auf der Radnig Golzalpe von 60 auf 100, auf der Wakendorfer Alpe von 36 auf 87 Stück gestiegen.⁸⁾ Auch in Bayern sind durch Meliorationen auf den Eigentumsalpen der Pinzgauer Herdbuchgenossenschaft gute Resultate erzielt worden. So konnte auf der 35 Hektar umfassenden Großröchelbergalpe bei Traunstein durch Schwenten und Reuten sowie durch richtige Verwendung des natürlichen Düngers und Anwendung von Thomasmehl und Kaimit der Besatz auf 75 Haupt Rindvieh erhöht werden⁹⁾, so daß also diese Alpe 3omal leistungsfähiger ist als die Gemeindealmen von Garmisch und Mittenwald.

Können auf mineralischem Ödland, Mooren und Alpenweiden mit relativ geringen Kosten auffällige Ertragssteigerungen erzielt werden, so sind die Mehrerträge, die durch Verbesserung der Anbaumethode auf altem Kulturland erreicht werden, zwar weniger überraschend, fallen aber bei der Größe dieser Flächen um so mehr ins Gewicht. Bekanntlich bestand einer der wichtigsten Fortschritte im Ackerbau darin, daß nach Überwindung der Dreifelderwirtschaft die freiwerdenden Brachflächen mit Hackfrüchten besonders mit Kartoffeln, Zucker- und Futterrüben bestellt wurden. Ohne Verringerung der Getreideanbauflächen konnte auf diese Weise im vorigen Jahrhundert durch Hackfruchtbau eine dem Körnerertrag gleichkommende Menge Trockensubstanz erzielt, und so nach der Berechnung Delbrücks im 19. Jahrhundert der Gesamternteertrag Deutschlands vervierfacht werden.¹⁰⁾ Da im Jahr 1907 noch immer 993 355 Hektar Schwarzbrache in Deutschland vorhanden waren, können die Anbauflächen von Kartoffeln, Runkelrüben und von Klee- und Grassaat noch sehr erweitert, und auf diesem bewährten Weg noch erhebliche Futtermengen dem deutschen Boden abgewonnen werden. Von dem Ersatz der Brache durch intensiven Feldbau abgesehen, werden bessere Methoden der Ackerbestellung, Fortschritte in der Behandlung des Stalldüngers, Ausnutzung der Ergebnisse bodenbakteriologischer Forschung, an Umfang und Verständnis zunehmende Verwendung künstlicher Düngemittel, Auswahl ertragreicherer und dem Klima und den Bodenverhältnissen immer besser angepaßter Sorten, endlich die großen Erfolge der Pflanzenzüchtung auch in Zukunft steigende Hektarerträge des Getreides, der Hackfrüchte und Futterpflanzen ermöglichen und, ohne daß die Kosten in stärkerem Verhältnis als die Erträge zu wachsen brauchen, der Viehhaltung reichlichere und bessere Nährstoffe zur Verfügung stellen.

Bei der überragenden Bedeutung, den die künstlichen Dünge-

⁸⁾ Siehe die sehr instruktive Denkschrift des österreichischen Ackerbauministeriums *Alpwirtschaftspolitik in Österreich* (Wien 1908), pag. 71 ff.

⁹⁾ Siehe Groß *Die Genossenschaftsalpen des Verbandes für Reinnacht des Pinzgauer Rindes und Weidergebnisse pro 1908 im Jahrbuch für wissenschaftliche und praktische Tierzucht einschließlich der Züchtungsbiologie*, 1909, pag. 27.

¹⁰⁾ Siehe Delbrück *Die deutsche Landwirtschaft an der Jahrhundertwende in den Preußischen Jahrbüchern*, 1900, pag. 196.

mittel als Produktionselement und Kostenfaktor für die Betriebsführung der deutschen Landwirte gewonnen haben — streuten doch diese 1909 Düngesalze im Wert von 372½ Millionen Mark auf ihre Äcker und Wiesen —, muß in diesem Zusammenhang kurz die Frage erörtert werden, ob nicht dadurch, daß der Kunstdünger, wie erwartet werden könnte, knapper und teurer wird, die Produktionskosten der deutschen Landwirtschaft in Zukunft so gesteigert werden, daß sie in der Getreide- und Vieherzeugung den Wettbewerb jener überseeischen Siedlungskolonien, die sich um den Ersatz der dem Boden entzogenen Nährstoffe noch keine Sorgen machen, trotz des bestehenden Agrarschutzes nicht mehr länger aushalten könnte. Unter den 3 Pflanzennährstoffen, die dem Boden fortgesetzt zugeführt werden müssen, verursacht das Kali dem deutschen Landwirt die geringsten Befürchtungen. Bei den unerschöpflichen Vorräten Deutschlands scheint die Kaliversorgung unseres Bodens zu mäßigen Preisen für alle Zukunft gesichert zu sein. Das erhebliche Steigen des Kaliverbrauches, das seit Jahren zu beobachten ist (in Bayern nahm er von 21 Kilogramm pro Hektar der landwirtschaftlich benutzten Fläche in 1890 auf 276 Kilogramm in 1908, also um 1300 % zu), wird auch in Zukunft anhalten, zumal die Preise infolge des Kaligesetzes nicht unbeträchtlich gesunken sind. Gerade die geringeren Bodenarten Deutschlands werden dadurch auch fernerhin in ihrer Leistungsfähigkeit bedeutend gehoben werden. Mehr Schwierigkeiten macht schon die Deckung des Phosphorsäurebedarfs. Immerhin sind nach lange vergeblichem Suchen nun in den verschiedensten Gegenden der Erdoberfläche sehr reichhaltige Lagerstätten des phosphorsauren Kalks gefunden, die für uns abbauwürdigsten in Algier, Tunis, den Vereinigten Staaten und der Südsee. Die kräftig aufblühende Industrie, die in Deutschland die eingeführten Rohphosphate — im Jahr 1908 Mengen im Wert von 51,5 Millionen Mark — zu Superphosphat verarbeitet, braucht daher für absehbare Zeit mit einer anormalen Verteuerung ihres Rohmaterials nicht zu rechnen und wird der Landwirtschaft auch künftig die Phosphorsäure zu angemessenen Preisen liefern können. Dazu kommt, daß die bei der Entphosphorung des Eisens entstehende, lange als wertlos weggeworfene Thomasschlacke gemahlen ein vorzügliches und verhältnismäßig billiges Düngemittel liefert. Von dem besonders auch für die Wiesendüngung sehr geeigneten Thomasphosphatmehl haben 1908 die deutschen Landwirte 1 300 000 Tonnen gekauft, rund die Hälfte der überhaupt auf der Erde erzeugten Menge.¹¹⁾ Dagegen bereitete die Beschaffung des erforderlichen anorganischen Stickstoffdüngers lange schwere Sorgen. Die für die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts zu erwartende Erschöpfung der Natronsalpeterlager Chiles, aus denen wir 1909 665 450 Tonnen im Wert von fast 120 Millionen Mark bezogen haben, machte sich unliebsam in einem beständigen Steigen der Salpeterpreise bemerkbar, das von 1902 bis 1907 33 % betrug und sich der Grenze näherte, bei der die Salpeterdüngung für manche deutsche Bodenarten nicht mehr rentabel ist. Eine Konkurrenz wurde dem Chilisalpeter lange Zeit nur durch das schwefelsaure Ammoniak bereitete, das bei der Leuchtgasherstellung, der Eisenverhüttung und der industriellen Verwertung des Torfs als Nebenprodukt gewonnen wird. Nun hat sich zwar die deutsche Ammoniakherzeugung, die 85 bis 90 % ihres Fabrikats, im Jahr 1909 bereits 299 409 Tonnen, an die deutschen Landwirte als Dünger hergab, seit 1903 mehr als verdoppelt, aber weil es nur als Nebenprodukt gewonnen wird, sind der Erzeugung des Ammo-

¹¹⁾ Siehe Lassar-Cohn *Die Sicherstellung der Ernährung der Menschheit durch dauernde Erhaltung der Fruchtbarkeit von Äckern und Wiesen mittels künstlicher Mittel* | Hamburg 1910, pag. 18.

niumsulfats bestimmte Grenzen gesetzt, so daß es den Chilisalpeter nie würde ersetzen können. Es ist deshalb von gar nicht zu überschätzender Bedeutung, daß es in den letzten Jahren gelungen ist das Luftmeer auch chemisch zu beherrschen, den Luftstickstoff an Kalk und Karbid zu binden und ihn der Landwirtschaft als brauchbares Düngemittel zur Verfügung zu stellen. Sowohl nach dem Luftverbrennungsverfahren von Birkeland-Eyde und Dr. Schönherr, das unter Ausnutzung der dortigen billigen Wasserkräfte in großen norwegischen Fabriken technisch verwertet wird, als auch nach dem von Frank und Caro erfundenen und von Polzeniusz weiter ausgebildeten Verfahren der Azotierung (Stickstoffangliederung) des Kalziumkarbids läßt sich der Luftstickstoffdünger so billig herstellen, daß er mit dem Chilisalpeter in Wettbewerb treten und bei weiterer Ausbildung der Fabrikationsmethoden dessen Weltmonopol brechen kann.¹²⁾ Der nach der letztgenannten Methode in 4 großen deutschen Fabriken produzierte Kalk- (richtiger Karbid-)stickstoff gelangte im vorigen Jahr bereits in recht erheblichen Mengen in der deutschen Landwirtschaft zur Verwendung. Damit ist diese gegen Eintritt einer Stickstoffnot gesichert und durch Bereitstellung des wertvollsten Pflanzennährstoffs in die Lage versetzt ihre Produktion an vegetabilischem und tierischem Eiweiß zu steigern, ohne allzu große und allzu rasch steigende Summen an das Ausland zahlen zu müssen. Diese Summen sind gegenwärtig recht beträchtlich; denn es betrug die Mehreinfuhr (—) respektive die Mehrausfuhr (+) des Deutschen Reichs in 1000 Mark:

Jahr	Chilisalpeter	Ammoniak und Guano	Phosphate	Kalialsalze	Kalk	Überschuß der Mehreinfuhr
1902 bis 1905	— 89 944	— 11 779	— 18 888	+ 20 233	— 6 733	— 104 657
1907	— 122 259	+ 1 071	— 22 266	+ 60 237	— 12 403	— 90 736
1908	— 111 950	+ 2 515	— 40 788	+ 60 736	— 10 777	— 96 549
1909	— 114 597	— 3 492	— 31 500	+ 72 201	— 13 868	— 89 256

Während die stärkere Verwendung künstlicher Düngemittel immer zugleich eine Steigerung der Gesteungskosten bedeutet, werden durch Züchtung und Auswahl leistungsfähiger, dem Klima und der Bodenbeschaffenheit angepaßter Pflanzensorten bessere Ernteerträge meist ohne erhebliche Mehrkosten gewonnen. Auf diesem Weg erzielte Mehrerträge bedeuten daher nicht bloß eine Zunahme der Produktion sondern in der Regel auch der Produktivität. Als nationalwirtschaftliche Leistung ersten Ranges muß es daher bezeichnet werden, daß es beispielsweise gelungen ist seit Achard den Zuckergehalt der Zuckerrübe mindestens zu verdreifachen, den neuesten besten Kartoffelsorten einen fast doppelt so hohen Stärkegehalt als ihn die Landsorten haben anzuzüchten und in von Lochows Petkuser Roggen, der besten Leistung deutscher Getreidezüchtung, eine Roggensorte heranzubilden, die bei gleichem Arbeits- und Düngeraufwand um ein Drittel höhere Erträge als früher angebaute Spielarten bringt. Auch für die Zukunft sind ähnliche Fortschritte mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, da die Zahl der Pflanzenzüchter wächst, und ihre Methoden sich verfeinern. Neben den von den Staaten Bayern, Württemberg und Baden unterhaltenen Saatuchtanstalten, Weißenstephan, Hohenheim und Hochburg, die die Segnungen der Pflanzenzüchtung dem süd-

¹²⁾ Siehe Immendorff *Luftstickstoff im Jahrbuch der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1909, pag. 153, und Kainer *Der Luftstickstoff und seine Verwertung* / Leipzig 1910, pag. 85 ff.

deutschen Kleingrundbesitz zugänglich machen wollen, arbeiten nach den Angaben Hillmanns zurzeit in Deutschland schon 26 Landwirte in der Züchtung von Roggen, 36 in der von Weizen, 14 von Gerste, 23 von Hafer, 36 von Zuckerrüben, 20 von Futterrüben, 13 von Kartoffeln, 8 von Hülsenfrüchten und 4 von Futterpflanzen.¹³⁾ Die besten Sorten, die sie durch Veredelungsauslese, Formentrennung, Benutzung spontaner Variationen und Bastardierung gezüchtet und konstant gemacht haben, werden besonders durch die großangelegten Sortenanbauversuche der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* im Feldbau auf Versuchsfeldern, die über ganz Deutschland verteilt sind, erprobt. Hierdurch ist für die Bekanntmachung und Verbreitung der sich bewährenden Varietäten gesorgt. Welche Produktivitätssteigerungen dadurch möglich sind, daß die alten abgebauten Sorten durch leistungsfähige Neuzüchtungen ersetzt werden, möge an zwei Beispielen gezeigt werden. Der Petkuser Roggen gab 1909 auf 41 Versuchsfeldern mit 29,17 Doppelzentnern um 3 und 6 Doppelzentner höhere Erträge pro Hektar als die beiden mit ihm konkurrierenden Neuzüchtungen, und die durchschnittlichen Hektarerträge des Roggens im Reich übertraf er sogar um 11 Doppelzentner. In Weihestephan gab 1906 eine in Bayern noch vielangebaute Kartoffellandsorte *Regensburger* pro Hektar 97 Doppelzentner Knollen und 12 Doppelzentner Stärke, die danebenstehende Neuzüchtung *Bismarck* 311 Doppelzentner Knollen und 70 Doppelzentner Stärke, also bei gleichem Aufwand an Land, Kapital und Arbeit nahezu das 6fache.¹⁴⁾ Durch weitere Förderung der Pflanzenzüchtung und des Sortenanbauwesens können daher die Erträge des Ackerbaus noch sehr gesteigert und damit der Viehhaltung um vieles größere und bessere Futtermengen bereitgestellt werden. Neben Quantitäts- und Qualitätssteigerung erstrebt die Pflanzenzüchtung möglichste Ertragssicherung, und gerade in dieser Beziehung hat sie bei der Umzüchtung des aus England importierten sehr ertragreichen, aber wenig winterfesten *Squareheadweizens* große Erfolge erzielt. Weniger ist es bisher gelungen den für Deutschland wichtigeren Hackfrüchten, besonders der Kartoffel, die Eigenschaft der Ertragssicherheit anzuzüchten. Aber hier wird das wünschenswerte Ziel, Vermeidung eines Defizits an Nährstoffen in Mißerntejahren, auf andern Weg erreicht, nämlich dadurch, daß die in der Brennerei nicht verwertbaren oder sonst überschüssigen Kartoffeln durch Trocknung in ein haltbareres, leicht transportables, nahrhaftes und diätetisch wirkendes Futtermittel, die *Kartoffellocke* oder *-schnittel*, umgewandelt werden. Gegenwärtig bestehen in Deutschland bereits etwa 500 Kartoffeltrocknungsanlagen, und die zu erwartende weitere Ausbreitung dieser jüngsten landwirtschaftlichen Industrie wird die für den Produzenten wie den Konsumenten gleich erfreuliche Wirkung haben den Futtermangel in schlechten Kartoffelerntejahren abzuschwächen und endlich ganz auszugleichen. Eine größere Konstanz der Vieh-, besonders der Schweinehaltung und damit schließlich auch der Vieh- und Fleischpreise wäre die weitere Folge.

Sollte durch Meliorierung von Mooren, Heiden und Almen, Steigerung der Ertragsfähigkeit des alten Kulturlands und endlich durch die Wandlungen in der Zucker- und Spiritusindustrie, die aus Mangel an Absatz für ihre Hauptprodukte die Ausbeute der Rüben und Kartoffeln einschränken und immer mehr

¹³⁾ Siehe Hillmann *Entwicklung der Pflanzenzüchtung im Jahrbuch der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1909, pag. 3.

¹⁴⁾ Siehe Kleßling *Über die Bedeutung der Saatwahl und Saatgutzüchtung für die Landwirtschaft* /Berlin 1910/, pag. 9.

darauf bedacht sind möglichst nährstoffreiche Rückstände an Melasse, Zuckerschnittzeln und Schlempe für Verfütterungs- und Mästungszwecke zu gewinnen,¹⁵⁾ noch nicht genügend Viehfutter bereitgestellt werden können, so muß in noch höherem Maß als bisher das Ausland in Anspruch genommen werden. In den letzten Jahren betrug die Mehreinfuhr Deutschlands an Futtermitteln — wobei zu beachten ist, daß Gerste auch zur Bierbereitung dient, und daß die Futterrohstoffe nur etwa zur Hälfte ihres Werts als Futterstoffe in Ansatz gebracht werden dürfen — in 1000 Mark:¹⁶⁾

Jahr	Gerste	Mais	Nichttropische Futterrohstoffe	Tropische Futterrohstoffe	Kleie	Andere Futterstoffe
1902 bis 1905	152 526	89 339	100 551	73 333	73 904	52 868
1907	281 412	136 375	150 229	104 114	148 159	107 590
1908	255 561	81 368	123 788	114 394	117 544	98 862
1909	302 710	87 933	142 638	162 979	126 298	112 546

Auffallend ist die rasche Steigerung des Imports tropischer Futterrohstoffe, wobei wir mehrere unserer Kolonien (Samoa, Kamerun, Ostafrika) mit einigen tausend Tonnen Kopra, Palmkernen und Erdnüssen beteiligt finden. Eine starke Erhöhung würde die Maiseinfuhr nach Beseitigung des Maiszolls von 3 Mark pro Doppelzentner erfahren. Jedenfalls liegt es weit mehr im Interesse der deutschen Land- und Volkswirtschaft der bauerlichen Bevölkerung Gelegenheit zu geben Mais und andere ausländische Futtermittel in Viehprodukte umzuwandeln als Prairievieh und Frostfleisch zollfrei einzuführen und dadurch Millionen unserer auf Viehhaltung angewiesenen landwirtschaftlichen Kleinbetriebe eine ruinöse Konkurrenz zu bereiten.

An dieser Stelle muß auch der produktionsfördernden Wirksamkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften kurz gedacht werden. Durch gemeinsamen Bezug von Futter- und Düngemitteln haben sie ihren bauerlichen Mitgliedern Unkosten und Händlergewinne erspart, durch Analysierung der gekauften Waren in den landwirtschaftlichen Versuchsstationen sie vor Schaden bewahrt; durch Belehrung und Beispiel ihre richtige Verwendung gefördert und so die Technik des Ackerbaus und der Viehhaltung beträchtlich gehoben. Tausendfach gültig ist folgendes Bild, das ein Genossenschafter von dem Einfluß des Spar- und Darlehnskassenvereins in der braunschweigischen Gemeinde Alshausen-Sievershausen entwirft:

»Die Ernten waren früher recht gering, und infolge der Kalkarmut wuchsen die Futterkräuter sehr spärlich, und in den Viehställen war jahraus jahrein Schmalhans Küchenmeister. Aber jetzt sehen unsere Fluren ganz anders aus; nachdem in den letzten Jahren 5000 Zentner Düngekalk, 800 Zentner Thomasmehl, 1000 Zentner Ammoniak-superphosphate, 500 Zentner Chilisalpeter unseren Feldern einverleibt wurden, wachsen Klee, Bohnen und alle anderen Leguminosen ganz vorzüglich bei uns, und alle Viehställe stehen voll bestgenährter Tiere. Getreideernten werden gemacht, wie sie von unseren Nachbarorten, die von der Natur viel besser begünstigt worden sind als wir, nicht gemacht werden.«¹⁷⁾

¹⁵⁾ Siehe Kellner *Die Verfütterung der Zuckerfuttermittel* | Berlin 1909 f., pag. 29.

¹⁶⁾ Als *nichttropische Futterrohstoffe* bezeichne ich Leinsaat, Raps, Rüben, Mohn- und Sonnenblumensamen, als *tropische Futterrohstoffe* Sesam, Palmkerne, Kopra, Baumwollensamen, Erdnüsse, und Erdmandeln, als *andere Futterstoffe* Malzkeime, Reisabfälle, Kartoffelpülphe, Ölkuchen, Ölkuchmehl, Grünfutter, Heu, Spreu und Häcksel.

¹⁷⁾ Siehe Grabeln *Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der ländlichen Genossenschaften in Deutschland* | Tübingen 1908 f., pag. 79.

Die noch unvermindert andauernde Ausbreitung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens wird solche Fortschritte in immer weitere Kreise der ländlichen Bevölkerung tragen. In der gleichen Richtung wirken das sich kräftig entfaltende landwirtschaftliche Vereinswesen, das landwirtschaftliche Unterrichts-, Wanderlehr- und Ausstellungswesen und eine kaum mehr überschaubare Fachpresse.¹⁸⁾

Aber nicht nur von der Quantität und Qualität des in Deutschland produzierten oder eingeführten Futters hängt die Menge der bei uns erzeugbaren tierischen Produkte ab sondern nicht weniger davon, wie man das selbstgewonnene oder käuflich erworbene Futter auszunutzen versteht. Die Grundsätze darüber, wie die Futterstoffe zu verwenden sind, damit die in einer Wirtschaft gehaltenen Tiere unter Wahrung möglicher Rentabilität die höchste Leistung entfalten, bilden den Inhalt der Fütterungslehre, die wiederum auf der Agrikulturchemie und der Ernährungsphysiologie beruht. Nun hat kein Zweig der Landwirtschaftswissenschaft in den letzten Jahren der Praxis so wertvolle neue Erkenntnisse dargeboten wie die Fütterungslehre. Zu danken ist das vor allem den Forschungen und den langjährigen exakten Fütterungsversuchen, die Professor Kellner auf der Versuchstation Möckern durchgeführt hat. Bisher hatte man die Preis- und Anbauwürdigkeit der Futtermittel lediglich nach ihrem Gehalt an verdaulichen Nährstoffen beurteilt, wie sie beispielsweise in den in der landwirtschaftlichen Praxis bis vor kurzem am meisten gebrauchten Wolffschen Fütterungstabellen angegeben waren. Erst Kellner gelang es durch höchst sinnreiche Fütterungsexperimente, bei denen mehrere Jahre hindurch alle Einnahmen und Ausgaben der zur Mast aufgestellten Versuchsrinder genau gemessen, gewogen und chemisch bestimmt wurden, zu ermitteln, welche physiologische Wirkungskraft die verschiedenen Futterstoffe haben. Er fand dabei zunächst, daß je ein Kilogramm der reinen Nährstoffe Stärke, Rohrzucker, Fett und Eiweiß 248, 190, 600 und 235 Gramm Körperfett zu erzeugen vermochte. Im Vergleich zu dieser Wirkung der reinen Nährstoffe ermittelte er dann das Fettbildungsvermögen der mannigfach zusammengesetzten selbstproduzierten und Handelsfuttermittel, wobei sich herausstellte, daß dieses Vermögen bei vielen Stoffen, zum Beispiel den Rauhfutterarten, der Kleie und den Rückständen der Gärungsgewerbe, ihrem Gehalt an verdaulichen Nährstoffen, also dem bisherigen Bewertungskriterium, keineswegs entsprach. Um die verschiedenen Futtermittel unter sich vergleichbar zu machen, drückte Kellner ihre Fähigkeit im Tierkörper organische Substanzen aufzubauen, indem er sie auf Stärke als das wichtigste Kohlehydrat bezog, in einer Zahl, dem sogenannten Stärkewert des betreffenden Futtermittels, aus und stellte sodann die mittleren Stärkewerte sämtlicher Futtermittel in einer Tabelle zusammen.¹⁹⁾ Diese Kellnersche Stärkewerttabelle hat rasch Verbreitung gefunden und wird

¹⁸⁾ In gleichem Sinn schreibt Professor Wohltmann, Direktor des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Halle, im *Jahrbuch der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1909, pag. 283: „Es wäre sicherlich eine außerordentlich dankenswerte Arbeit genau zu ermitteln, wie hoch die gesamte Produktion der deutschen Landwirtschaft zu steigern ist, und ich bin überzeugt, daß eine Untersuchung dieser Frage nicht nur dazun wird, daß unsere landwirtschaftliche Produktion gerade in dem letzten Jahrzehnt außerordentlich angewachsen ist, sondern auch zeigen wird, daß dieses in noch weit höherem Maß in der Zukunft möglich ist. Denn die große Förderung, welche die deutsche Landwirtschaft durch die Wissenschaft, den landwirtschaftlichen Unterricht und aus den Kreisen hochintelligenter Praktiker heraus gerade in den letzten 30 bis 40 Jahren erfahren hat, fängt jetzt erst an im Volk Allgemeingut zu werden.“

¹⁹⁾ Siehe Kellner *Die Ernährung der landwirtschaftlichen Nutztiere* (Berlin 1909) und *Grundsätze der Fütterungslehre* (Berlin 1908).

bald in der Mehrzahl der rationell geleiteten Betriebe die wissenschaftliche Unterlage bei der Bemessung und Zusammenstellung der Futterrationen und bei der Auswahl und Bewertung der anzubauenden oder anzukaufenden Futterstoffe bilden. Pflanzen und vegetabilische Stoffe, deren in ihrem Stärkewert ausgedrücktes Fleisch- und Fettbildungsvermögen in einem ungünstigen Verhältnis zu ihrem Preis oder ihren Produktionskosten steht, werden künftig, falls sie nicht sonst überwiegende Vorzüge aufweisen, nicht angebaut oder angekauft werden, und die verfügbaren Futtervorräte werden den Tieren in solcher Menge, Zusammensetzung und Zubereitung (zum Beispiel Stroh erst nach seiner Aufschließung) gegeben werden, daß ihre nun erkannte ernährungsphysiologische Wirkungskraft möglichst ausgenutzt wird. Es leuchtet ein, daß in dem Maß wie diese wissenschaftlichen Errungenschaften Gemeingut der Praxis werden, mit der selben Futtermenge und dem selben Arbeitsaufwand mehr tierische Produkte erzeugt werden können als bisher, so daß also eine Steigerung der Produktivität der Tierhaltung und Tiermästung, und zwar zunächst der deutschen als der zur Aneignung solcher Fortschritte fähigsten, das volkswirtschaftlich erfreuliche Ergebnis ist.

Während Kellner nachgewiesen hat, daß Futtermittel von gleichem Gehalt an verdaulichen Nährstoffen und daher von scheinbar gleichem Wert teilweise erhebliche Verschiedenheiten in ihrem Vermögen tierische Substanzen zu bilden aufweisen, haben die seit einigen Jahren sich rasch über Norddeutschland ausbreitenden Kontrollvereine umgekehrt gezeigt, daß unsere Haustiere früher nicht gekannte und auch durch andere als die von diesen Vereinen angewandte Mittel nicht erkennbare Verschiedenheiten in ihrem Futterverwertungsvermögen zeigen. Da ich die Methoden und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kontrollvereine hier bereits geschildert habe,²⁰⁾ will ich jetzt nur bemerken, daß diese Vereine durch Ausmerzung der als schlechte Futterverwerter erkannten Tiere und durch Anpassung der Art und Menge des Futters an die individuelle Leistungsfähigkeit der futterdankbareren und deshalb weiter gehaltenen Tiere gleichfalls auf eine viel rationellere Ausnutzung des vorhandenen Futters als sie sonst üblich und möglich ist hinwirken. Die mit Sicherheit zu erwartende weitere Ausbreitung der Kontrollvereine wird daher, zumal da sie immer mehr nicht bloß die Milch- sondern auch die Fleischleistung der Rinder zu kontrollieren anfangen, ebenfalls eine erhebliche Steigerung nicht bloß der Produktion sondern auch der Produktivität der deutschen Tierhaltung zur Folge haben.

Eine besondere Bedeutung haben die Kontrollvereine und ihre Verbände dadurch erlangt, daß sich unter ihrem Einfluß eine gründliche Wandlung im Betrieb der deutschen Tierzucht anbahnt. Bis vor kurzem wurde von der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* und den sehr zahlreichen Züchtervereinigungen allzuviel Gewicht auf die Erzielung und Bewahrung bestimmter Körperproportionen, Detailformen und als Rassemerkmale geltender Farben und Abzeichen gelegt und darüber die privat- und volkswirtschaftlich weit wertvolleren Eigenschaften der Frühreife, der Futterausnutzung, der Milchergiebigkeit und Mastfähigkeit, der Energie, Widerstandskraft und Ausdauer vielfach vernachlässigt. Die nach ihrer äußern Erscheinung einem idealen Rasse-

²⁰⁾ Siehe meinen Artikel *Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Viehhaltung und Viehzucht in den Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 419. und die Rubrik *Landwirtschaft*, ibid., 1910, 2. Band, pag. 1163.

typus entsprechenden Tiere wurden auf den Ausstellungen prämiert, in die Herdbücher aufgenommen und zur Zucht benutzt, während hochleistungsfähige, aber mit einem Fleck an der unrechten Stelle oder einer sonstigen Abweichung vom konventionellen Schönheitsideal behaftete Tiere von der Zucht ausgeschlossen werden mußten. Gegenüber dieser manchmal beinahe sportsmäßig betriebenen Formen-, Farben- und Rassezucht vertreten die überwiegend bäuerlichen Kontrollvereine und mit ihnen angesehene wissenschaftliche Vertreter der Tierzuchtlehre²¹⁾ den Gedanken, daß allein erwiesene wirtschaftlich wertvolle Leistungen in der Fleisch- und Fetterzeugung, der Milchsekretion, der Reproduktion für den Zuchtwert wie für den Nutzwert eines Tieres ausschlaggebend sein sollen. Diese unter der Devise *Zucht auf Leistung* kämpfende Richtung ist in siegreichem Vordringen begriffen, und es scheint nur eine Frage kurzer Zeit zu sein, daß die auch auf dem Gebiet der Viehzucht führende *Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft* auf ihren Wanderausstellungen wenigstens die Rinder nicht mehr allein nach dem Exterieur sondern vor allem nach dem Ergebnis von Leistungsprüfungen beurteilt und prämiert. Ein erfreuliches Anzeichen der beginnenden Sinnesänderung war es unter anderm, wenn vor einem Monat auf der Jubiläumstagung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* der Vorsitzende der bisher widerstrebenden Tierzuchtabteilung es tadelte, daß bei den rotweißen Niederungsschlägen »ein teilweise unberechtigter Formalismus oftmals der praktischen Nutzfähigkeit entgegensteht«. Wenn nach dem Sieg der neuen Richtung Hunderttausende deutscher Landwirte das Produktionsvermögen und die Futterverwertungsfähigkeit jedes ihrer Tiere so genau kennen zu lernen suchen wie es bisher erst einige Tausende tun, und sie alle nur mit den erwiesenermaßen leistungsfähigsten Stämmen weiterzüchten, so kann auf diesem Weg, nach den bisher erreichten Resultaten zu urteilen, das Leistungsniveau der deutschen Viehbestände und damit ihre Bedeutsamkeit für die Versorgung des deutschen Volks mit tierischen Produkten ganz außerordentlich erhöht werden.

Kaum minder wichtige Wandlungen wie auf dem Gebiet der Zucht sind gegenwärtig auf dem der Aufzucht zu beobachten. In weiten Distrikten Mittel-, West- und Süddeutschlands, wo bisher Stallhaltung des Nutzviehs und leider auch des Zucht- und Jungviehs allgemein üblich war, sieht man mehr und mehr ein, daß ein lebenskräftiger gegen Tuberkulose und andere Krankheiten widerstandsfähiger Nachwuchs nur dann aufgezogen werden kann, wenn man den jungen Tieren sommerüber Weidegang gewährt. Es sind daher hier in den letzten Jahren besonders unter dem Eindruck der verdienstvollen Untersuchungen Professor Falkes-Leipzig²²⁾ zahlreiche kapitalintensiv bewirtschaftete Dauerweiden für Jungvieh geschaffen worden. Wo die Anlage solcher Weiden auf den eigenen Grundstücken nicht möglich ist, schließen sich die Bauern zu Weidegenossenschaften zusammen. Am 1. Januar 1908, etwa ein Jahr nach dem Einsetzen dieser Bewegung, gab es in Deutschland bereits 56 Weidegenossenschaften, und noch immer werden neue begründet.²³⁾ Auch sie werden

²¹⁾ Bahnbrechend wirkte das Buch des Professors Pott *Der Formalismus in der landwirtschaftlichen Tierzucht* (Stuttgart 1899). Siehe auch Hansen *Die Rindviehzucht im In- und Ausland* (Leipzig 1905), 1. Band, pag. 22 und Lehmann *Ober Leistungszucht im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1909, pag. 198.

²²⁾ Siehe Falke *Die Dauerweiden, Bedeutung, Anlage und Betrieb derselben unter besonderer Berücksichtigung intensiver Wirtschaftsverhältnisse* (Hannover 1907) und *Biologische Beobachtungen über das Wachstum der Weidetiere* (Hannover 1910).

²³⁾ Siehe hierüber Busse *Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen* (Hannover 1909), pag. 130, und die Rubrik *Landwirtschaft* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 2. Band, pag. 1163 ff.

zu einer bessern Versorgung Deutschlands mit tierischen Produkten beitragen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß im nächstjährigen preußischen Etat eine Summe von 100 000 Mark zur Förderung der Einrichtung von Genossenschafts- und Gemeindeweiden und zur weitem Verbreitung des Kontrollvereinswesens neu eingestellt ist.

Zu solchen Verbesserungen im praktischen Zucht- und Aufzuchtbetrieb kommen, weite Ausblicke eröffnend, große naturwissenschaftliche Entdeckungen. Endlich scheint die Biologie auf dem besten Weg zu sein in dem Modus der Vererbung Gesetzmäßigkeit zu erkennen. Nachdem im Jahr 1900 das Hauptwerk des 1884 verstorbenen Brünner Augustinerpaters Gregor Mendel²⁴⁾ fast gleichzeitig von Tschermak, Correns und De Vries aufgefunden wurde, arbeitet die Biologie in allen an der wissenschaftlichen Forschung teilnehmenden Ländern eifrig daran die wieder entdeckten Mendelschen Vererbungsgesetze durch Pflanzen- und Tierexperimente zu verifizieren und weiter auszubauen. Der Hauptsitz dieser jüngsten Wissenschaft, des Mendelismus, sind die Vereinigten Staaten geworden, wo besonders die von der Carnegiestiftung ins Leben gerufenen biologischen Forschungsstätten in Cold Spring Harbor (New York), Tucson (Arizona) und anderen Orten und zahlreiche zoologische, botanische und landwirtschaftliche Institute mit Pflanzen und kurzlebigen, sich rasch vermehrenden Tieren Kreuzungsexperimente vornehmen, um immer klarer das Gesetzmäßige in den scheinbar so regellosen Vorgängen der Variation und Vererbung zu erkennen. Was die bisherigen Ergebnisse dieser Forschungen anlangt, so muß natürlich auf die biologische Fachliteratur verwiesen werden;²⁵⁾ hier kann nur betont werden, daß diese Studien eine gar nicht zu überschätzende Bedeutung für die Praxis der Tier- und Pflanzenzüchtung erlangen dürften. Diesen für die Erweiterung des Nahrungsspielraums so wichtigen Betätigungen ist damit die Aussicht eröffnet aus einer fast intuitiv geübten Kunst eine auf sicheren naturwissenschaftlichen Grundlagen ruhende Technik zu werden. Über diese praktische Tragweite des Mendelismus äußerte sich Professor Plate, der Nachfolger Haeckels in Jena, in einem in der *Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde* gehaltenen Vortrag:

»Statt des frühern langwierigen und unsichern Selektionsverfahrens können wir jetzt in kurzer Zeit die rein vererbenden Individuen von den ihnen äußerlich gleichen inkonstanten trennen, und wie der Chemiker die verschiedenen Elemente und Moleküle zu immer neuen Stoffen zusammensetzt, so kann auch der Biologe die wechselnden morphologischen, physiologischen und konstitutionellen Erbinheiten nahverwandter Organismen mannigfaltig kombinieren oder zusammengesetzte Charaktere wie etwa die Wildfarbe des Meerschweinchens in ihre Bestandteile auflösen. Damit eröffnet sich ein weiter fruchtbringender Weg der wissenschaftlichen und praktischen Arbeit. Ist es doch zum Beispiel Biffen gelungen durch Kreuzung einer ertragreichen, aber sehr rostempfindlichen Weizensorte (*Michigan Bronze*) mit einer immunen, aber sonst nicht beachtenswerten Sorte einen Bastard zu erzeugen, der Immunität und Körnerreichtum vereint, wodurch in rostreichen Jahren allein in Deutschland Hunderte von Millionen Mark erspart werden können.«²⁶⁾

²⁴⁾ Das Werk Mendels *Versuche über Pflanzenhybriden* ist neuerdings in Ostwalds *Klassikern der exakten Wissenschaften* wiedergedruckt worden.

²⁵⁾ Die wichtigste und zusammenfassendste Arbeit ist Bateson Mendels *Principles of Heredity* (Cambridge 1909). Unter den zahlreichen amerikanischen Publikationen ist das Werk des Leiters der auf Long Island begründeten *Station for experimental Evolution* hervorzuheben: Davenport *Inheritance in Poultry* (Washington 1906). In der deutschen Literatur ist zu nennen: Correns *Über Vererbungsgesetze* (Berlin 1905) und Johannsen *Elemente der exakten Erblichkeitslehre* (Jena 1909). Zentralstelle für Originalarbeiten und kritische Literaturberichte in Deutschland ist das in München erscheinende *Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie*.

²⁶⁾ Siehe Plate *Über Vererbung und die Notwendigkeit der Gründung einer Versuchsanstalt für Vererbungs- und Züchtungskunde* (Berlin 1910), pag. 17.

Und der als Theoretiker und Praktiker der Pflanzenzüchtung gleich ange-
sehene Professor von Rümker-Breslau sprach sich kürzlich in der Saatzucht-
abteilung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* über den volkswirtschaftlichen
Wert der Vererbungsstudien wie folgt aus:

»Dr. Schull vom *Carnegieinstitut* zu Cold Spring Harbor und Dr. East, Direktor des
Busseyinstituts für angewandte Biologie der *Harvarduniversität* in Boston, haben sehr
interessante Experimente gemacht über den Einfluß der Selbst- und Fremdbefruch-
tung bei Mais; sie haben festgestellt, daß jemehr Heterozygoten [das heißt verschiedene
in der zweiten Generation nach einer Kreuzung aufspaltende Erbcharaktere] in einer
Form vereinigt sind, desto üppiger entwickelt sich die Nachkommenschaft in ihren
vegetativen Organen. Was Schull am Mais festgestellt hat, eröffnet weite Perspek-
tiven und hat eine eminent praktische Bedeutung nicht nur für die Pflanzenzucht son-
dern auch für die Tierzucht. Er zeigt uns deutlich den Weg, wie wir Kreuzungen
zu machen haben, um schnellwüchsige Produkte für den Konsum zu gewinnen:
schnellwüchsige, gut mastfähige Hammel, schnellwüchsige Schweine und dergleichen.«⁷⁾
Unter diesen Umständen muß der von den beiden Gelehrten gemachte Vorschlag
auch in Deutschland ähnliche Institute für angewandte Variations- und Ver-
erbungsbiologie zu errichten warnu befürwortet werden, da seine Verwirkli-
chung, von der Tragweite dieser Studien für die Biologie des Menschen selbst
abgesehen, dazu dienen kann unsere Versorgung mit vegetabilischen und ani-
malischen Erzeugnissen reichlicher und produktiver zu gestalten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die deutsche Tierproduktion noch
überaus ausdehnungsfähig und im allgemeinen noch nicht genötigt ist Inten-
sitätssteigerungen mit Kosten zu erkaufen, die rascher wachsen als der Produk-
tionserfolg. Daher ist die Erwartung berechtigt, daß Deutschlands Erzeugung
an tierischen Produkten mit der Bevölkerung und dem Wachsen ihres Bedarfs
auch im nächsten Jahrzehnt wird gleichen Schritt halten können, ohne daß die
Preise unmaßig steigen. Es kommt nur darauf an die produktiven Kräfte in
der inländischen Landwirtschaft zu möglichster Entfaltung zu bringen. So-
weit dazu der Staat und andere öffentliche Verbände beitragen können, dürfen
die in den verschiedenen Vertretungskörperschaften tätigen Parteigenossen
ihre Mitwirkung nicht versagen.

XX

WILHELM SCHRÖDER · DAS PROJEKT DES ZWANGSZWECKVERBANDS FÜR GROSS BERLIN



NICHT zum erstmal beobachtet man die Erscheinung, daß die deut-
sche Sozialdemokratie und die preußische Verwaltung gewisse We-
senverwandtschaften zeigen. Beiden Körperschaften ist der Zug
zur Strammheit, ist Organisations- und Verwaltungstalent eigen,
beide wissen sich auch schwierigen Hindernissen zum Trotz geltend
zu machen. Beide werden dieser Eigenschaften wegen beneidet, die Sozial-
demokratie von ihren gesamten Feinden, die preußische Verwaltung von den
Nachbarstaaten. Wenn die Interessenten des Preußentums die Sozialdemokra-
tie am erbittertsten bekämpfen, so kommt hierbei ohne Zweifel auch ein Stück
Unbehagen darüber zum Ausdruck, daß die Partei, der die weltgeschichtlich
notwendige Demokratisierung und Sozialisierung des Staates und der Gesell-
schaft obliegt, so verteufelt viele gleichartige Züge mit dem sich bedroht füh-
lenden *altpreußischen Geist* aufweist und daher mit so fröhlicher Unbefau-

⁷⁾ Siehe von Rümker *Was können wir von der Saatzucht des Auslands lernen?* im *Jahrbuch der
Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1910. pag. 54.

genheit an ihre Aufgabe herangehen kann. Leute von objektiverm Urteilsvermögen werden allerdings bedauern, daß die politische Kurzsichtigkeit der preußischen Staatslenker es nicht über sich vermocht hat der großartigen sozialdemokratischen Bewegung so gut es gehen wollte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sie werden die Regierung dafür anklagen, daß sie es nicht verstand den gewaltigen Kräften in unserer Partei vor allem durch rechtzeitige Konzessionen an den demokratischen Gedanken und durch das Zugeständnis der Gleichberechtigung einen vom Standpunkt der heutigen Ordnung aus heilsamen Weg zu weisen und so zu verhindern, daß die doch nun einmal unvermeidliche Entwicklung etwa auch die äußere Struktur des Staatswesens erschüttere. Indessen helfen da keine Meditationen; man muß mit dem rechnen, was ist, und nicht mit dem, was hätte sein können.

Daß aber auf der andern, eben unserer sozialdemokratischen Seite, allen behördlichen Drangsalierungsversuchen zum Trotz das Gute vorurteilslos betrachtet wird, auch wenn es vom Gegner kommt, hat sich in der Angelegenheit der preußischen Zweckverbandsgesetze gezeigt, die den Landtag zurzeit beschäftigen. Der Zufall wollte, daß gerade an dem Tag, an dem der Entwurf für Groß Berlin, der uns hier einzig beschäftigen soll, in der Presse veröffentlicht wurde, eine von nicht weniger als 126 Groß Berliner Gemeindevertretern besuchte Konferenz zur Erörterung der Zweckverbandsfrage tagte. In dieser Versammlung waren alle Diskussionsredner mit dem vortrefflichen, völlig auf den Einheitsgedanken gerichteten Referat des Stadtverordneten Hugo Heimann einverstanden. Es versteht sich, daß in der einstimmig gutgeheißenen Resolution grundsätzlich die Eingemeindung gefordert, und daß ferner dem auf das Selbstverwaltungsrecht gerichteten Programm der Partei entsprechend die Errichtung freiwilliger Zweckverbände als erstrebenswert betont wurde. Weiter erhielt die Regierung einen verständlichen Tadel dafür, daß sie ohne jedes Befragen der Gemeinden den Entwurf vorbereitet und in selbtherrlicher Weise in deren wichtigste Rechte eingegriffen habe. Jedoch trug die Resolution den Tatsachen durchaus Rechnung; sie hat in ihrem wesentlichsten Teil folgenden Wortlaut:

»Lassen die in den verschiedenen Gemeindeverwaltungen vorhandenen einander widersprechenden bürgerlichen Klasseninteressen die Gründung freiwilliger Zweckverbände nicht zustande kommen, so erscheint der gesetzliche Zwangsverband als ein Mittel die nachteiligen Folgen der kommunalen Zersplitterung einzuschränken. Ein derartiger Zwangsverband darf allerdings nicht nur auf wenige Gebiete kommunaler Verwaltung beschränkt werden. Er muß vielmehr, um den Gemeinden die Lösung ihrer sozialen Aufgabe zu erleichtern und einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlich starken und den wirtschaftlich schwachen Gemeinden zu schaffen, möglichst weite Gebiete kommunaler Tätigkeit umfassen. Nur in enger Fühlung mit den beteiligten Gemeinden kann ein solcher Verband in ersprießlicher Weise vorbereitet werden, wie seine gedeihliche Tätigkeit und Fortentwicklung nur auf der Grundlage freier Selbstverwaltung möglich ist.«

Wie trostlos sieht es demgegenüber auf bürgerlicher Seite durchweg um die Beurteilung dieser wichtigen Angelegenheit aus, und welche Widerwärtigkeiten mußten sich dank der Kurzsichtigkeit der bürgerlichen Kommunalverwaltungen Groß Berlins erst herausbilden, bis überhaupt von oben herab der jetzige Eingriff erfolgte.

Die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustands hat sich mit jedem Jahr mehr fühlbar gemacht; die an allen Ecken und Enden hervortretenden Mißstände schreien zum Himmel, und zum nicht geringen Teil ist es Berlin selbst, das un-

ter den künstlichen Schranken, die seiner Entwicklung gesteckt sind, zu leiden hat. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 hatte Berlin mit den 67 in der amtlichen Statistik der Stadt in Berechnung gezogenen Vororten insgesamt 3 702 962 Einwohner; am 1. Dezember 1905 betrug die Einwohnerzahl 3 210 447. Mithin ergibt sich in 5 Jahren eine Bevölkerungsvermehrung von 492 515 oder 15,34 %. Wie ungleich aber ist die Verteilung dieses Zuwachses! Die Reichshauptstadt selbst nahm in den 5 Jahren von 2 040 148 auf 2 064 153, also nur um 24 005 Einwohner oder 1,18 % zu. Die übrigen 468 510 entfielen auf die Vororte, die mithin ihre Einwohnerzahl um 468 510 oder 40,03 % vermehrten. Wären im Norden und Nordosten Berlins nicht noch etliche Flächen mit Häuserblocks zu besetzen gewesen, so wäre diesmal schon eingetreten, was bei der nächsten Volkszählung wahrscheinlich geschehen wird: eine Abnahme der Bevölkerung nämlich, von der man im Grunde heute schon reden kann. Wie sehr infolge der Citybildung die innere Stadt an Einwohnern abnimmt, zeigt ein Vergleich der Volkszählungen von 1875, 1900 und 1910. Die 7 Berliner Stadtteile, die die eigentliche innere Stadt bilden, nämlich Berlin, Alt Kölln, Neu Kölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt, Friedrichstadt und Friedrichwilhelmstadt hatten zusammen 1875 noch 172 589 Einwohner. Ein Vierteljahrhundert darauf, 1900, war diese Zahl auf 123 934 und 1910 bereits auf 91 879 gesunken. Die Entvölkerungstendenz macht sich sogar schon in Stadtgebieten geltend, die vor wenigen Jahrzehnten noch als proletarische Vorstädte galten, und die sich bis 1900 denn auch überaus stark vermehrt haben. So wuchs die Luisenstadt von 1875 bis 1900 von 220 039 auf 306 512 Einwohner an; dann aber trat bis 1910 eine Bevölkerungsabnahme auf 266 443 ein. Für die Tempelhofer und Schöneberger Vorstadt lauten die korrespondierenden Zahlen 107 392, 289 003 und 265 134, für die Oranienburger Vorstadt 78 359, 139 145 und 126 266. Ebenso nimmt im Spandauer Viertel, in der Tiergartenvorstadt, in der südlichen Rosenthaler Vorstadt, ja selbst im östlichen Moabit infolge des Baues von großen Fabrik- und Handelsgebäuden die Bevölkerung ab, während, wie erwähnt, die Berlin benachbarten Vororte eine geradezu riesenhafte Zunahme aufweisen. Ganz besonders aber gereicht die Entvölkerung dem eigentlichen Berlin insoweit zum Schaden als die bessere Wohngelegenheit in den mit allem Komfort der heutigen Zeit ausgestatteten Häusern der westlichen Vororte sowie die geringeren Abgaben, wie wir im einzelnen noch sehen werden, gerade die wohlhabenden Bevölkerungsschichten zum Fortzug aus Berlin ange reizt haben.

Selbstverständlich stehen die 3¼ Millionen Menschen, die das heutige Groß Berlin bilden, in jeder Hinsicht im Zusammenhang mit einander, und bezeichnenderweise sind es gerade die Organe des selben Staats, der sich der rechtlichen Vereinigung heute widersetzt — nachdem sie früher an der Kurzsichtigkeit der Berliner Kommune gescheitert war: darüber weiter unten —, die diesen Zusammenhang jedes in ihrer Weise anerkennen. Das Berlin der Postverwaltung geht weit über das Weichbild hinaus; es ist aber anders abgegrenzt als das der Justizverwaltung, und beide unterscheiden sich wieder vom Berlin der Polizeiverwaltung. Soweit Groß Berlin in rein baupolizeilicher Hinsicht in Betracht kommt, wird von einer Zentralstelle aus gehandelt. Handelt es sich aber um die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Anlage von Straßen und Plätzen, so ist jede Gemeinde selbständig. Die Berliner Krankenhäuser werden sehr stark von den Vororten in Anspruch genommen; fällt es

aber Berlin aus Zweckmäßigkeitgründen ein auf seinem in Rummelsburg gelegenen Grundstück ein Krankenhaus zu errichten, so erhebt diese Gemeinde Einspruch und sucht dem Berliner Magistrat sein Vorhaben dadurch unmöglich zu machen, daß sie schnell einen neuen Fluchtlinienplan aufstellt, der das Krankenhausgrundstück gerade in der Mitte durchschneidet. Mehrere Vorortgemeinden beziehen von Berlin ihren Gas- und Wasserbedarf; die Behörden solcher Vororte aber, in denen Berliner Anstalten gelegen sind, erheben nicht allein von Berlin die üblichen Gemeindeabgaben, die im Etat manches Vororts eine sehr erhebliche Rolle spielen, sondern suchen etwa bei der Neuverlegung von Wasserröhren Berlin zur Abgabe von geradezu lächerlich hohen Anerkennungsgeldern zu zwingen und hintertreiben durch ihre Einsprüche das im Interesse der Gesamtheit dringend notwendige Werk auf Monate und Jahre hinaus. In der Armenpflege gibt es ein umständliches Rechnen wegen der Rückerstattungen für Personen, die eine Gemeinde vorläufig auf Kosten der andern verpflegt hat. Berlin erstattete 1905 an Weißensee in dieser Hinsicht 10 011 Mark, hatte aber von Weißensee 10 414 Mark zu erhalten. In Berlin ist die Armenpflege verhältnismäßig gut ausgebildet. Während im Jahr 1908 hierfür auf den Kopf der Bevölkerung 5,5 Mark und in Charlottenburg 5,1 Mark kamen, entfielen in Rixdorf auf den Kopf der Bevölkerung nur 1,8, in Lichtenberg 1,9, in Wilmersdorf 1,9, in Schöneberg 1,9 Mark. Teilweise haben die bedeutend geringeren Ausgaben für diesen Verwaltungszweig im Mangel an Mitteln ihren Grund, teilweise auch in der größern durchschnittlichen Wohlhabenheit der Bevölkerung. Immerhin aber ist Berlin auch hier die melkende Kuh. In dem Bericht, den der Oberbürgermeister von Berlin am 3. September 1906 in der Eingemeindungsfrage an den Minister des Innern erstattete, liest man die Klage, daß Personen, die erst kurz vor ihrer Verarmung nach Berlin übersiedelten, die Armenpflege der Stadt auffallend häufig in Anspruch nehmen; namentlich traf dies auf hochbejahrte Personen zu. Ähnliche Verhältnisse findet man bei den Kranken- und Irrenhäusern.

»Die Kranken werden aus denjenigen Vororten, die Krankenhäuser nicht haben, zum Teil bevor sie der Krankenpflege bedürfen, nach Berlin geschafft, müssen dort von der Stadt als dem vorläufig verpflichteten Armenverband oder als dem Landarmenverband in Pflege genommen werden, und Berlin muß selbst in den Fällen, wo ein endgiltig verpflichteter Armenverband in Anspruch genommen werden kann, den größten Teil der Kosten tragen, da der reglementsmäßig zu erstattende Verpflegungssatz von 1 Mark für den Verpflegungstag die wirklich entstandenen Kosten bei weitem nicht deckt.«

Ebenso steht es mit den Heimstätten und dem Obdachlosenasyll der Stadt; auch für die Fürsorgeerziehung werden Klagen der erwähnten Art erhoben, und nicht minder, soweit das Bereich der Berliner städtischen Stiftungsdeputation in Betracht kommt.

Bei der Betrachtung des Armenwesens ist schon auf die große Differenz in den Ausgaben der Einzelgemeinden hingewiesen worden. Nicht minder grell tritt der Unterschied auf dem wichtigen Gebiet des Volksschulwesens zutage. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen hierfür im Jahr 1908 an Ausgaben in Berlin 10,3 Mark, in Friedrichsfelde 12,4, in Lankwitz 10,8, in Reinickendorf 10,2, in Weißensee 9,7, in Rixdorf 8,4, in Schöneberg 6,7, in Wilmersdorf 5,9 Mark. In Prozenten der Einkommensteuer betragen die Ausgaben für das Volksschulwesen in Berlin 53,6, in Rixdorf 120,4, in Britz 119,7, in Lichtenberg 116,3, in Weißensee 128,6, in Reinickendorf 103,6. Hingegen war der Prozentsatz in Charlottenburg 31,2, in Schöneberg 34,0, in Wilmersdorf 22,0 und in Grune-

wald gar nur 7,4. Während also die ärmeren Vororte zum Teil weit mehr als ihre ganzen Einnahmen an Einkommensteuer für Volksschulzwecke hergeben müssen, spielen in den wohlhabenden Vororten die Ausgaben für diese Zwecke zum Teil überhaupt kaum eine wesentliche Rolle.

Die schon erwähnte Denkschrift des Berliner Oberbürgermeisters weist erklärlicherweise mit besonderer Schärfe auf die Steuerunterschiede in Groß Berlin hin. Für das Jahr 1902-1903 wurden an Gemeindeeinkommensteuer als Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhoben in Grunewald 15 %, in Niederschöneweide 75 %, in Wilmersdorf 90 %, in Charlottenburg 97 %, in Berlin und 11 anderen Orten seiner Umgebung 100 %, in Rixdorf hingegen 150 %, in Boxhagen-Rummelsburg 160 %, in Reinickendorf 165 % und in Britz 233 $\frac{1}{3}$ %. Wenn der Privatmann, der in Berlin in dem erwähnten Jahr die höchste Gemeindeeinkommensteuer, nämlich 68 507,95 Mark gezahlt hat, in Grunewald seinen Wohnsitz genommen hätte, so würde er für das Jahr über 58 000 Mark an Steuern gespart haben. Mittlerweile ist allerdings teilweise unter dem Druck der staatlichen Aufsichtsbehörde eine Tendenz zum Ausgleich bemerkbar geworden. So erhob im Jahr 1910 mit Ausnahme von Grunewald, das einen Zuschlag von 45 % nahm, keine Gemeinde unter 100 % Zuschlag. Aber die Tendenz zur Abwanderung nach dem Westen ist bei der wohlhabenden Bevölkerung eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen.

Die Erkenntnis, daß diese Zustände, die sich in einem frisch-fröhlichen Krieg des einen Ortes gegen den andern äußern, auf die Dauer unhaltbar werden, datiert nicht erst von gestern. Sie ist, was immer wieder hervorgehoben zu werden verdient, vor bald 20 Jahren bereits bei der Regierung hervorgetreten. Der damalige Minister von Herrfurth präsentierte 1893 der Gemeinde Berlin einen Vorschlag, dessen Verwirklichung das gegenwärtige Stadtgebiet von 6349,47 Hektar Umfang auf mehr als das Doppelte, nämlich auf rund 13 200 Hektar vergrößert haben würde. Die Krähwinkelnatur der damals im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung maßgebenden Herren begriff nicht, was mit diesem Angebot zu beginnen war; sie ließ sich von dem Drängen der paar Sozialdemokraten nicht weiter stören. Als den guten Leuten allmählich die Vorteile einer großzügigen Eingemeindung aufgedämmert waren, hatte die Regierung aus Furcht vor einer Förderung der Sozialdemokratie und aus Abneigung gegen die Berliner Kommunalverwaltung den Eingemeindungsplan wieder fallen lassen; und sie sucht seitdem mit ansehnlichem Erfolg Berlin selbst durch den bekannten *Kranz blühender Vorortgemeinden* das Dasein sauer zu machen. Nebenher ging die fiskalische Entwaldungspolitik und die städtefeindliche Verkehrspolitik, von der in dieser Zeitschrift bereits die Rede war.¹⁾ Schließlich wurde das Groß Berliner Elend und mit ihm leider auch der einseitige Interessenkampf der Groß Berliner Gemeindekörperschaften ärger und ärger, und es entwickelten sich die Zustände, die vorhin geschildert wurden. Am 11. Mai 1908 überreichte der Berliner Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, die die Gründung eines freiwilligen Verkehrszweckverbands zum Ziel hatte. Im ersten Augenblick schien die Sympathie hierfür nicht nur in Berlin sondern auch in den Vororten weite Wellen zu schlagen. Aber je mehr in dieser Angelegenheit verhandelt wurde, je stärker machte sich, von der Direktion der *Großen Berliner Straßen-*

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Berliner Verkehrspolitik und Linke Das Berliner Verkehrsproblem* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 2. Band, pag. 987 ff., und 1910, 3. Band, pag. 1619 ff.

bahn mit allem Raffinement gefördert, der Egoismus der einzelnen Kommunalverwaltungen geltend. Um des Linsengerichts willen, das die Gesellschaft dem einen und dem andern Vorort in der Gestalt etlicher Verkehrsverbesserungen bot, überantwortete man ihr auf viele Jahrzehnte hinaus die zur Festigung ihrer Stellung notwendigen Konzessionsverlängerungen und ließ Zweckverband Zweckverband sein. In geradezu beschämender Deutlichkeit offenbarte sich bei dieser Gelegenheit, wie unfähig die auf Grund des Dreiklassenwahlrechts und des Hausbesitzerprivilegs gewählten Interessentenkreise zur Förderung des Gemeinwohls sind, in welch ungünstiger Weise in den Händen dieser Gruppen die Spuren von Selbstverwaltung, die sich in den preußischen Gemeindeverfassungen finden, zum Schaden der Gesamtheit ausgenutzt werden.

Bei solchen Zuständen war es eine Erlösung, als schließlich die preußische Regierung in der Gestalt des Retters auftrat und dem Landtag die eingangs erwähnten Gesetzentwürfe vorlegte. Was bieten diese Entwürfe? Während der für ganz Preußen bestimmte Entwurf eines Zweckverbandsgesetzes im wesentlichen auf dem Grundsatz der freiwilligen Vereinbarung benachbarter Gemeinden basiert, will der neben ihm laufende und einzig für uns in Betracht kommende Entwurf eines Zweckverbandsgesetzes für Groß Berlin durch gesetzlichen Zwang die Vereinigung für bestimmt umgrenzte Zwecke und Gebiete herbeiführen. Die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Deutsch Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau sowie, was besonders von Belang ist, die ganzen Landkreise Teltow und Niederbarnim sollen ob mit ob ohne ihren Willen zu einem Zweckverband vereinigt werden, dem folgende Zuständigkeiten obliegen: 1. Regelung des Verhältnisses zu öffentlichen, auf Schienen betriebenen Transportanstalten; 2. Beteiligung an der Feststellung der Baufluchtpläne für das Verbandsgebiet und gutachtliche Mitwirkung an dem Erlaß von Bauordnungen; 3. Erwerbung und Erhaltung größerer, von der Bebauung freizuhaltender Flächen (Wälder, Parks, Wiesen, Schmuck-, Spiel-, Sportplätze). Als Organe des Zweckverbands sollen die Verbandsversammlung, der Verbandsausschuß und der Verbandsdirektor dienen. Die Verbandsversammlung setzt sich aus Abgeordneten der Städte und Kreise zusammen; sie soll 99 Mitglieder zählen, die auf die Verbandsmitglieder derart verteilt werden, daß kein Mitglied mehr als ein Drittel der Stimme haben darf. Berlin stellt 33 Mitglieder sowie den Vorsitzenden in der Versammlung und im Ausschuß, Charlottenburg stellt 11, Rixdorf 8, Schöneberg 6, Wilmersdorf 4, Lichtenberg und Spandau je 3, der Kreis Teltow 16 und endlich der Kreis Niederbarnim 15 Stimmen. Der Oberbürgermeister von Berlin ist der Vorsitzende dieser Körperschaft. Damit Berlin nicht durch das Stimmengewicht der übrigen Verbandsmitglieder vergewaltigt werde, ist das Korrektiv der Zweidrittelmehrheit für Beschlüsse vorgesehen, die besonders kostspielige Bahnunternehmungen oder besonders tiefe Eingriffe in die auf dem gleichen Gebiet liegenden Rechte der Verbandsglieder betreffen. In allen anderen Fällen genügt die einfache Mehrheit zur Fassung gültiger Beschlüsse. Der Geldbedarf soll durch Mitgliederbeiträge aufgebracht werden.

Die Aufnahme, die dieser Gesetzentwurf unter den bürgerlichen Kommunalpolitikern Berlins und der Vororte gefunden hat, ist alles eher denn erhehend. In Spandau war man der Aufnahme in den Zweckverband grundsätzlich entgegen, weil die Stadt zu sehr von Berlin abgelegen sei und nur große Kosten, aber keinen Nutzen von der Neubildung habe. Dabei rücken die behauten Stra-

Benreihen von Charlottenburg und Spandau von Jahr zu Jahr näher an einander. In Berlin betrachtet der Magistrat nach einem im *Berliner Tageblatt* veröffentlichten Bericht den Zweckverband als den sichern Weg zur Entkapitalisierung Berlins zugunsten der schwächeren Nachbargemeinden. Andererseits war das Oberhaupt einer dieser schwächeren Nachbargemeinden, der Bürgermeister von Friedrichsfelde, der Ansicht, daß der Entwurf nur den westlichen Vororten einen erheblichen Nutzen bringe, wohingegen die nördlichen, östlichen und südöstlichen Vororte die Kosten zu tragen hätten. Während die Stadtverordnetenversammlung von Schöneberg in anerkanntenswerter Einsicht des Zusammenschlusses sich grundsätzlich für die Eingemeindung in Berlin aussprach, befolgte die Kommunalvertretung der dieser Stadt benachbarten und durch ihre Lage bevorzugten Gemeinde Wilmersdorf in der Angelegenheit eine Politik ganz besonders hervorstechenden Eigennutzes. In einem am 18. Januar 1911 von der konservativ-nationalliberalen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung gutgeheißenen Vertrag ließ man sich von der *Großen Berliner Straßenbahn* und ihren Tochtergesellschaften schnell noch einige Sondervorteile auf dem Gebiet des Verkehrswesens konzedieren und überantwortete den Gesellschaften dafür unter Verzicht auf das Recht zur Erhebung von Gebühren die Straßen der Stadt bis ans Ende des Jahrhunderts, nämlich bis zum 31. Dezember 1999. In § 4 des Entwurfs ist bestimmt, daß für die Eingriffe des Verbands in die Rechte der Einzelgemeinden eine Entschädigung zu leisten ist, daß aber diese Verpflichtung fortfällt, wenn die Rechte privaten Unternehmern gegenüber erst nach dem 1. Dezember 1910 erworben sind. Das Wilmersdorfer Vorgehen hat mit Recht dem Gedanken Raum gegeben, daß derartige zu letzter Stunde erwirkte Sondervorteile in dem Gesetz überhaupt als rechtswidrig hingestellt werden müßten.

Im einzelnen ist an dem Gesetzentwurf gewiß mancherlei zu bessern. Und namentlich wäre eine Erweiterung des Aufgabenkreises zu befürworten. Das Gebiet, auf das der Zwangsverband sich vorerst beschränken soll, ist noch zu eng begrenzt. Der Verband müßte vor allem auch auf das Armen-, Schul- und Steuerwesen ausgedehnt werden, wenn er die Übel, die der Groß Berliner Wirrwarr geschaffen hat, einigermaßen lindern soll. Aber diese Bedenken haben nicht das geringste mit der vom Eigennutz diktierten Kirchturmspolitik zu tun, die die bürgerlichen Kommunalvertreter der Stadt Berlin und der Vororte gegen den Zweckverbandsgedanken mobil macht. Mag die preußische Regierung Tadel dafür verdienen, daß sie einen erheblichen Teil der Übel noch bestehen läßt, so bedeutet der Entwurf doch wenigstens den Anfang zum Bessern, und in dieser Erkenntnis wird er, wie zu hoffen steht, auch auf dem Weg, den er noch zurückzulegen hat, von sozialdemokratischer Seite aus beurteilt werden.

XX

WILHELM HAUSENSTEIN · VOM INTERNATIONALEN WERT DER MALEREI



M Ziel der sozialen Entwicklung steht der Weltsozialismus. Er bedeutet das Äußerste an wirtschaftlicher Gemeinschaftlichkeit, das wir uns vorstellen können. Er wird auch dem Verkehr der Kunstgüter von Land zu Land einen heute unausmeßbaren Aufschwung geben. Die internationalen Zusammenhänge der Kunstakte werden die innigste Intimität erreichen; es wird sich zeigen, bis zu welcher Grenze eine

internationale Kunstsprache möglich ist. Allein wir sind bei der Betrachtung des Problems nicht auf eine spekulative Erörterung zukünftiger Möglichkeiten angewiesen. Sie wäre gegenüber dem Konkretesten des Konkreten, in Dingen der bildenden Kunst, wohl ziemlich wertlos. Keine Phantasie reicht aus hier ins werdende hinaus sinnenfällige Einzelkonsequenzen zu konstruieren. Das beste Material liefert doch die unbezweifelbare Tatsächlichkeit des historisch bereits Erschienenen. Im Bereich der Geschichte findet sich eine Fülle von Beispielen kosmopolitischer künstlerischer Kontakte. An diesen Exempeln lassen sich die Gefahren und die heilsamen, grandiosen Möglichkeiten kosmopolitischer Kunst studieren.

Die Kunstgeschichte weltwirtschaftlich und verkehrstechnisch schwächer entwickelter Zeitalter zeigt naturgemäß national stark betonte Kunstleistungen. Nicht als ob der nationale Akzent sich affiziert hätte: so geschmacklos ist allein die unsichere *vaterländische* Ästhetik etlicher insulanerhaft bornierter Zeitgenossen. Wohl waren jene Alten (Giotto, Botticelli, Ghirlandajo, Signorelli) Söhne höchst spezifischer Rassen, von denen jede in einer bestimmten, örtlich eng umschriebenen Schulgemeinschaft und Gesamtkultur wurzelte. Aber diese Meister hielten sich von aller Beschränktheit dennoch frei; sie haben im Besondern eine Größe, vor der sich die Kinder einer bis zur äußersten Heimatlosigkeit freizügigen Zeit erschüttert beugen. Noch lieber gehen wir zu den Niederländern. Die Brüder Eyck, Dierk Bouts, Memling, dann Bruegel, Rembrandt, Hals, schließlich Ruysdael, Goyen, Cuypp: alle haben ihre Kunst in der Sphäre einer spezifischen Nationalkultur entwickelt. Bruegel bereist Italien bis zur Meerenge von Messina; er lehnt dabei die Versuchungen der italienischen Renaissance gleichmütig ab, zeichnet — wie später Corot in Rom tat — italienische Landschaft, doch ganz auf heimatliche Art, kehrt zurück und findet trotz aller pathetischen Nacktheiten des Humanismus die Modelle für seinen figuralen Monumentalstil in den mit dickem Wollfries und derbem Rindsleder bekleideten Brabanter Bauernkloben, trotz aller Raummusik und aller elyseeischen Sinnlichkeit tizianischer Dämmergärten die Gegenstände seiner monumentalen Landschaftskunst in den weißen Wintern des Antwerpener und des Brüsseler Landes. Rembrandt setzt die heilige Familie in das Gelaß eines holländischen Gevatters Zimmermann und stellt vor den Gekreuzigten einen Joseph von Arimathia, der in einer Kommune an der Amstel das Bürgermeisteramt bekleidet. Frans Hals leistet das Größte, wenn er mit robustem Pinsel eine Zigeunerin oder einen Fischerjungen oder ein Fischermädel oder einen flötenden Filou heimatlicher Vorstädte himmelt. Und unsere deutschen Vorfahren? Grünewald, der Herrliche, gibt seinen Christusleibern höchste Kraft der Muskulatur, mächtige Organisation der Fleischmassen, rücksichtslose Eindringlichkeit des sinnlichen Gesamtphänomens, kurz michelangelleske Wucht, ohne von Michelangelo viel erfahren zu haben. Gleiches leistet Baldung Grien, der andere, im Bild der Ringenden; und in der Darstellung der vom Tod geküßten Frau gelingt ihm ein Frauenakt von venezianischer Fülle und Eurhythmie, ohne daß er mit Giorgione oder Tizian etwas zu tun gehabt hätte. Wie ist das möglich? Die Kunst ist ein Geschöpf der allerintensivsten Sinnlichkeit; ihre Macht erwächst aus der eindringlichen Durcharbeitung einer absolut konkreten Einzelaufgabe. Auf der Bahn ihrer Entwicklung stößt sie *mutatis mutandis* allenthalben autonom auf die nämlichen Probleme. Dies ist

gar keine Frage mehr, daß in der unerbittlichen, radikalen Einseitigkeit, in der bedingungslosen statischen Ruhe nationalen, ja lokalen Kunstschaffens ein integrierendes Element aller dauernd wertvollen Kunst gegeben ist. Man mag die These weiterbelegen: So ist der sublimen Reiz des Dixhuitième, die chevalereske Inbrunst der Kunst Watteaus, die helle, bürgerlich breite Pracht der Stillleben Chardins, die blütenartige Aktmalerei Pragonards und sein entzückender Kinderporträtstil mit spezifischen Etappen der Pariser Kultur des Jahrhunderts straff verbunden. In Hunderten von Rötelskizzen studierte Watteau die subtilsten Bewegungen der Régenceherren; hier lag die Voraussetzung seiner Größe; er hätte diese Größe nie so positiv erreicht, wenn er jemals das unheilbare Unglück gehabt hätte einen prix de Rome zu erhalten.

In der Tat war für viele national gewachsene künstlerische Kulturen die Berührung mit landfremder Ästhetik ein offenkundiger Ruin. Quinten Matsys oder gar Barend van Orley, der zwischen Leonardo und Raffael hin und her pendelte, oder Jan van Mabuse oder Michael Coxie bedeuten mit ihren *peintures italianisantes* die unerquicklichste Dekadenz der altniederländischen Malerei. Man betrachte den Adam und die Eva Coxies und denke dabei einen Augenblick an das erste Menschenpaar Memlings oder gar an jene schönsten Akte, die jemals gemalt worden sein mögen, an das erste Menschenpaar des Genter Altars: die routinierte humanistische Politur der Akte Coxies wird erschreckend ausdruckslos und unreell. Ein näheres Beispiel. Man betrachte einen Frauenakt von Burne-Jones; oder vielleicht gar den widerlichen Konditorklassizismus Leightons und seiner Psyche, die mit Recht die künstlerischen Sehnsüchte kleiner Putzmacherinnen stillt. An diesen Dingen ist zuletzt nur noch das eine tröstlich, daß sie die Nation der prüdesten Gouvernanten auch einmal mit keuscher Nacktheit kitzeln. Oder man begegnet einer modernen japanischen Bronze: Das Scheusal sieht aus, als wäre aller Plunder der Geislinger Volksbeglückter eigens zu dem lauteren Zweck erfunden eine der feinsten künstlerischen Kulturen, die es je gab, schonungslos zu erwürgen.

Alle diese Erscheinungen sprechen gegen die Möglichkeit einer organischen internationalen Kunstsprache. Wo liegen in der Geschichte die Beispiele für eine edle Form internationaler künstlerischer Mitteilungen?

Es gibt eine stolze Armee von Künstlern, die ihren kosmopolitischen Beziehungen einen großartig gesteigerten Stil abgewonnen haben. Theotokopuli war Grieche und fand seine mächtige, an kühnen Problemen reiche Sprache im Land des Velasquez, des Ribera, des Zurbaran. Holbein brauchte England, um seinen deliziösen Stil zu finden, jene silberne Kühle der physiognomischen Linie, jene brokatene Ruhe des Ornaments, jene überlegende, gesammelte Festigkeit. Dürer freilich wird manchem trotz der Apostel, die vielleicht die erhabenste Kreuzung der deutschen Spätgotik mit der italienischen Renaissance geblieben sind, in jenen Werken teurer sein, die vor der venezianischen Reise entstanden sind; und Cranach wird seit Worringers tiefgründiger Analyse von vielen deutlicher als ein graziler, pikanter Stilbruch empfunden, dem man zuweilen nur noch mit bedingtem Vergnügen in den Weg kommt. Allein in diesen beiden Fällen handelt es sich um äußerst nuancierte Probleme, über die sich kaum etwas Positives sagen läßt. Wir gehen weiter und kommen zu Rubens. Dies Zeichen ist berauschend. Hier wird zum erstenmal in der Geschichte der

Malerei voll offenbar, was ein starker, wahrhaft überlegener und zeitreifer Kosmopolitismus zu leisten vermag. An dieser Erscheinung schmelzen alle Argumente, die den Künstler auf sein angestammtes Heimatrecht beschränken wollen, dahin. Tizian und Veronese sind mit der flämischen Seele zu einer komplexen Einheit zusammengewachsen. Rubens hat nicht etwa das Renaissance-schema adoptiert: Er hat es an der körperlichen Schwere und an der animalischen Blondheit seiner Walloninnen und Flamminnen zu einem absolut neuen, durch und durch originalen Spezifikum entwickelt. Die Verhältnisse liegen bei Delacroix analog. Es ist offenbar, daß dieser größte aller französischen Maler aufs stärkste von Rubens und Constable bestimmt war. Aber wer käme auf den närrischen Einfall zu behaupten, der Nachweis dieser Einflüsse sage über Delacroix irgend etwas Definitives aus? Die Frauen des Sardanapal wären in ihrer pompösen orientalischem-romantischen Leiblichkeit, in der wunderbar lasziven Hingebung ihrer Bewegungen, in dem konzertierenden Schwung der Gruppenkomposition sicher nicht gemalt worden, wären nicht der Belgier, die venezianische Schule oder etwa noch ein Florentiner wie Bronzino vorangegangen. Sicherlich hätten den Franzosen nie jene brandenden Farbentemperature geschüttelt, die wir bewundern, wäre nicht die gewitterig aufwühlende Koloristenleidenschaft des mit Shakespeare nahverwandten Engländer gewesen. Doch nein, Delacroix wäre dennoch geworden, wiewohl er sich mit jeder Seite seines Tagebuchs unendlich demütig und dankbar auf Rubens beruft. Seine Kunst wäre vielleicht einsiedlerisch, aber sie wäre. Rubens und Delacroix gaben dem Gallier am Ende doch nur die letzte Vollendung weltmännischer Kultur.

In allen diesen Fällen schlug die Kunst den gleichen Weg ein: Sie erkannte, daß in allen Ländern unter gewissen kulturhistorischen und individualgeschichtlichen Voraussetzungen die nämliche künstlerische Problematik irgend einmal zur Diskussion kommt, daß sie in günstigen Klimaten vollendet aufgelöst wurde, und daß man am Vollendeten die Fragen schärfer formulieren, die Probleme deutlicher empfinden lernt. Rubens sah an den Venezianern nicht die fertige Formel sondern die Problemstellung, Delacroix an Rubens nicht die Resultate sondern alle jene Antezedenzen, die dem Laien verhüllt bleiben und dem Künstler die eigentlichen Genüsse und Qualen bereiten. Spricht Delacroix von Rubens, so tut er es nie vom fertigen Bild; er redet von den Verfahren, die es hervorschimmern läßt, von den Schwierigkeiten, bei denen es einsetzt.

Zwischen Rubens und Tizian, zwischen Delacroix und Rubens bestand neben der internationalen eine intertemporäre Beziehung. Die Angelegenheit wird minder kompliziert, wo die kosmopolitischen Beziehungen sich zeitgenössisch entwickeln. Intertemporäre Beziehungen werden gesucht, wo zeitgenössische Anregungen ausbleiben. So griff Manet auf Velasquez zurück, Ribot auf Ribera. Sie taten es nicht aus individueller Geschmackswillkür sondern aus objektiver Notwendigkeit. Die Zuneigung der französischen Meister aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts zu den alten Spaniern, an der auch der allen Überlieferungen feindselige Courbet teilnahm, war entwicklungsgeschichtlich unentbehrlich: man mußte erfahren, wann und wo in der Vergangenheit zum letzten Mal ein ganz großes Wort gesprochen, und wann es vergessen worden war. Es ist das Ereignis, das sich im Verhältnis eines Marées zu den Renaissanceitalienern wiederholte. Es ist das Ereignis, das auch im Verhältnis

der Barbizonschule zu den holländischen Landschaftern des 17. Jahrhunderts wiederkam.

Aber gerade am Beispiel der Barbizonschule zeigt sich deutlich, wie sehr intertemporärer und internationaler Zusammenhang den Großen nur zur Augenschärfung dient, und wie das Wesen einer künstlerischen Internationale überhaupt zu begreifen ist. Der *paysage intime*, das Akquisit der Barbizonschule, ist genau gesehen aus sich selber erblüht. Nur wenige Kunsthistoriker betrachten die von den Franzosen sogenannte *première école de Fontainebleau*. Sie blühte am Ende des 18. Jahrhunderts; die Fontainebleauer Schule aus den Glanztagen des ersten Franz wird in diesem Zusammenhang von den Franzosen nicht mitgezählt. Wir haben uns ganz an eine ziemlich gedankenlose Vulgärdarstellung gewöhnt: die Schule von Barbizon, die zweite von Fontainebleau, sei von Ruysdael und Constable geschaffen, also sozusagen ein britisch-holländischer Import. Tatsächlich war aber schon in der Ära Ludwigs XVI. der köstliche Landschaftenrealismus Louis Gabriel Moreaus am Werk; der *Louvre* hat zwei glänzende Proben der Hand dieses hochgenialen Künstlers, der vor Constable sagte, was Constable sagen sollte. Auf Moreau folgten Bruandet und Georges Michel, Lantara und Demarne. Und selbst vor Moreau hatte Claude Joseph Vernet ähnlichem Streben gedient: Man kennt die voll realistischen, mit perlgrauen Atmosphären durchsponnenen römischen Ansichten viel zu wenig. Und Vernet leitet zu einem andern Kulturkreis hinüber, zu einem künstlerischen Phänomen, das gleichartig aus der zeitgenössischen Welt Venedigs, Wiens, Dresdens erblühte: zu Canalettos prächtig sachlichen Stadtbildern und Parklandschaften. Drei Kulturen, die sich wirtschaftlich, sozial, politisch ähnelten, erzeugten von einander unabhängig verwandte künstlerische Probleme und verwandte Lösungen. Constable war, wiewohl er von Delacroix und Géricault — der ihm den Franzosen vorstellte — im Pariser Salon von 1823 als eine unbegreifliche, Traditionen sprengende Neuerung betrachtet wurde, im objektiven Ablauf der Entwicklung doch nur die angelsächsische Legitimation eines künstlerischen Strebens, das im Frankreich des *ancien régime* abseits von den offiziellen Ehren bereits imponierende Gestalt gewonnen hatte. Hier ist, wenn irgendwo, der Sinn und das Recht einer internationalen Kunstsprache völlig hell. Der internationale Wert der Kunst besteht nur da, wo Probleme organisch erwachsen sind, nur da, wo kosmopolitische Ebenbürtigkeit gleichgereifte künstlerische Energien zu vielfältiger Freude zusammenführt. Die Internationale darf nicht klichieren.

Die Deutschen waren naturgemäß im Rückstand, wenn sich auch in einzelnen Künstlern wie dem trefflichen Mannheimer Ferdinand Kobell verwandte Stimmungen regten. Im ganzen waren unsere Vorfahren um eine Generation, ja um zwei und mehr zurück: wie sie es auch ökonomisch und politisch waren. Barbizon hatte längst seine Hochblüte erreicht, Constable gar war längst abgestorben, als Lier, Schleich, Spitzweg anfangen bei den Fontainebleauern in die Schule zu gehen; und die Barbizonbewegung ist historisch bei uns noch kaum im Ausklingen, denn noch blühen den Deutschen die feinsten Spätmeister des *paysage intime* wie Wenglein oder Schönleber oder Posehinger. Rapider fortschreitende oder jüngere Geister hatten sich inzwischen an neuere Heroen der französischen Malerei angeschlossen. Thoma ging zu Courbet und malte unter diesem Einfluß in den siebziger Jahren die schönsten Dinge, die er je

hervorbrachte: Man mag sich im Karlsruher *Thomamuseum* und in der Hamburger *Kunsthalle* überzeugen. Als er sich mit anzweifelbarer Naivetät auf den Standpunkt der nationalästhetischen, ja lokalästhetischen Autarkie zurückschraubte, da begann er schwach zu werden. Selbst der Allerstärkste der deutschen Generation, die 1870 in junger Kraft stand, begann in Paris die sinnliche Welt zu begreifen: Leibl öffnete sich die Augen am jungen französischen Impressionismus, bis ihn die internationale Sprache des Kriegs zu seinem bittersten Verdruß vertrieb. Es ist eins der ergreifenden Dokumente für den internationalen Wert der Kunst, daß in der Zeit, in der ein fürchterlicher Kampf die beiden Nationen auseinander schleuderte, die französische Malerei die neue deutsche zum Leben aufweckte. Leibl ging nach Aibling hinaus und schuf die Bilder aus dem bayrischen Voralpenland. Er hatte die französischen Anregungen dankbar in einen neuen, eigenen, örtlich und persönlich bedingten Stil hineinverarbeitet.

Man müßte auch noch von Liebermanns innigem Verhältnis zu Josef Israels erzählen; und noch von vielen andern. Namentlich drei Erscheinungen drängen sich da noch vor allen anderen herbei: Toulouse, Gauguin, van Gogh. Bei ihnen erlebte die internationale und intertemporäre Expansion der Malerei ihre bislang extremste Möglichkeit. Die drei lehnten alle näherliegenden Überlieferungen wie etwas geschichtlich Erledigtes ab und stellten die stärkste kosmopolitisch-intertemporäre Spannung her, die wir noch erlebten. Gauguin und Gogh malten, als blickten sie zum Anfang aller malerischen Entwicklung zurück und sähen dort anonyme Werke vorzeitlicher Primitiver, Werke, die mit den elementarsten Schwierigkeiten der bildenden Kunst zu ringen entschlossen sind. Gauguin und Lautrec aber gingen nicht nur in der Zeit zurück. Sie gingen auch in die geographische Weite: Gauguin nach Tahiti, Lautrec, wiewohl nur in leidenschaftlichen Träumen, nach Japan. Lautrec und Outamaro: dieser Fall faßt noch einmal die wesentliche Bedeutung des Problems zusammen. Man kann unmöglich die japanische Kunst besser kennen und zugleich radikaler, einseitiger ein Montmartrois bleiben. Der geschichtliche Augenblick scheint da zu sein, in dem Länder der verschiedensten Zonen sich der selben künstlerischen Urproblematik bewußt werden, in dem sich alle Welt auf den ursprünglichen sinnlichen Menschen reduziert, in dem die künstlerischen Instinkte aller oder vieler Nationen entdecken, daß überall die gleiche Sinnlichkeit den gleichen künstlerischen Elementarbefriedigungen zueilt. So sammeln wir peruanische Keramik; so entzücken wir uns an der ornamentalen Simplizität persischer Miniaturen, so an den impressionistisch belebten Höhlenzeichnungen der Buschmänner und an den Renntierbildern der Tschuktschen. So entdeckte der Pariser Lautrec, daß die Kunst des Meisters von Yoshivara ihm längst eine latente Bekanntschaft war. Überall wird die selbe potentielle Energie freigemacht.

Es sind noch Einzelfragen fällig bis in die Unendlichkeit. Da mag uns heifallen, wie genial der starke Barbareninstinkt der Merowinger sich in Kunstgewerbe, Architektur und Malerei mit römischen und byzantinischen Mustern auseinandersetzte; er bog sich gewaltig einen nordischen Stil zurecht. Und dann mag uns das läppische Bild unseres Verhältnisses zur Antike beschämen. Wir wußten wenig mit ihr zu beginnen, als wir selber nichts zu geben hatten. Wenn man zu sagen wagt, daß Guys, der Tuschzeichner, der in Paris das Bois,

die Bordelle und die Animierkneipen frequentierte, antiker gewesen sei als Canova oder Thorwaldsen oder selbst als Hildebrand, so wird man noch immer für wahnsinnig gehalten. Und schließlich denken wir der Chinoiserieen, die von Gillot und Watteau für Boudoirs gemalt und von den Modelleuren zu Sèvres oder Meißen in Porzellanerde geformt wurden. Wir denken der ganzen ästhetischen Kuriositätenpolitik, die je geübt wurde und in den Händen instinktreicher und schöner Frauen doch noch immer nicht so merkwürdig war, daß sie den hohen Namen des *Stils* verdient hätte. Und es kommen alle die furchtbaren Jünglinge, die sich einem insipiden Japonismus ergeben; kurz, alle die verzweifelten Stilkonfusionen dieser annoch anarchischen Zeit, die nach tausend geborgten Originalitäten riechen und die künstlerische Internationale diskreditieren. Aber genug: Der ästhetische Hexensabbath erdrückt. Wir bleiben bei den Hauptlinien.

Und da wird am Ende klar, daß das ganze Problem von wirtschaftlichen und überhaupt soziokulturellen Problemen nicht zu trennen ist. Die flämischen *italianisants* standen in einer Zeit relativen Verfalls der allgemeinen Kultur ihrer Heimat, in einer Zeit des beginnenden Aufstiegs der absolutistischen Sonne. Der deutsche Klassizismus florierte abstrakt wie ein Professor in der Zeit eines Tiefstands unserer wirtschaftlichen, sozialen, politischen Kultur. Das ist eine Seite. Zum andern fällt auf, daß die äußerlichste Form internationaler Kunstbeziehungen, die Kuriositätensammlung im Sinn hochfürstlicher Kunstkammern des 17. und 18. Jahrhunderts, in denen neben wundervollen Gemälden präparierte Mißgeburten zu sehen waren, und Hofärzte als Kustoden fungierten, beinahe eine spezifische Note jener Zeit genannt werden darf, einer Zeit desorganisierten Luxuriosität. Wir wollen hoffen, daß die sozialistische Kultur der Zukunft dazu beitragen werde die künstlerische Internationale in dem Geist zu pflegen, in dem sie von Delacroix verstanden wurde. Es wird gesagt, daß der Aristokrat in Rubens — das Wort in seinem offiziellen Sinn — dem künstlerischen Kosmopoliten nicht immer genützt habe. Aber verlassen wir dies Feld, damit wir nicht zu dialektisch-metaphysischen Phantasieen gelangen.

Das Ergebnis der Geschichte wenigstens steht fest. Es besagt, daß das künstlerische Bedürfnis an den künstlerischen Problemen einer bestimmten Örtlichkeit selbständig heranreifen müsse, wenn es internationaler Anregung mit Glück teilhaftig werden soll, und daß diese Anregung sich wieder in örtlich, sozial, persönlich determinierte, bedingungslos konkrete, sinnlich erlebte Einzelaufgaben umsetzen müsse. Diese Forderung hat mit der fatalen Firma *Heimatkunst* nicht das mindeste zu tun. Die Historie verkündet nicht dunkelhaft nationale Abschließung sondern ein Ineinandergehen der Menschheit und ihrer künstlerischen Triebe. Und sie verkündet: Aller Reichtum der Erde ist nur dazu da in jeder künstlerischen Seele frei verarbeitet zu werden. Wir ertragen nur, was wir begreifen. Die künstlerische Internationale soll nicht zu unorganischen Bildungen entarten. Eine künstlerische Kraft sei tätig, an welcher Stelle sie wolle; es ist nicht nötig, daß der Maler seinem heimischen Zivilstandsregister trenn bleibe. Aber die Kraft werde irgendwo fest und werde örtlich wirksam. So trägt sie zur breiten Entfaltung des künstlerischen Reichtums gleichgestimmter Menschheit bei.

XX

HERMANN MATTUTAT · NACHTARBEIT UND RUHEZEIT IM BÄCKERGEWERBE



In allen Arbeitskämpfen der letzten Jahrzehnte wurde — soweit die freien Gewerkschaften in Frage kommen — der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit stets eine besondere Bedeutung beigelegt und sie fast immer allen anderen Forderungen vorangestellt. Die in dieser Richtung aufgewandten Bemühungen blieben nicht erfolglos. Trotz des äußerst heftigen Widerstands der Unternehmer ging es mit der Arbeitszeitverkürzung vorwärts, und mit Genugtuung können die Gewerkschaftsberichte konstatieren, daß es mit der Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation in immer weiterem Umfang möglich geworden ist die Arbeitsdauer herabzusetzen und dadurch den Arbeitern wichtige soziale Vorteile zu sichern. Für die übergroße Mehrheit der gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft ist es so — und zwar ohne gesetzliche Unterstützung — aus eigener Kraft gelungen eine 9- bis 10stündige Arbeitszeit durchzusetzen. Zugleich konnte eine erhebliche Einschränkung der früher bei jeder Gelegenheit üblichen Überzeit- und Nachtarbeit herbeigeführt sowie die Sonntagsruhe oder doch ein entsprechender Ruhetag in der Woche erobert werden. Freilich mußte erst die Gesetzgebung den Arbeitern zu Hilfe kommen, ehe es gelang die Unternehmer von der Durchführungsmöglichkeit eines wöchentlichen Ruhetags zu überzeugen. Leider hat man aber in diesem Punkt keine ganze Arbeit gemacht sondern sich — wie wir es auf sozialpolitischem Gebiet nur zu oft beobachten können — mit halben Maßnahmen begnügt, so daß nach wie vor für einzelne Kategorien von Arbeitern die Sonntagsruhe größtenteils, wenn nicht ganz, illusorisch gemacht wird.

Am ungünstigsten sind in dieser Beziehung die im Bäckereigewerbe beschäftigten Arbeiter gestellt. Die frühere unbeschränkte Beschäftigungsdauer der Gehilfen und Lehrlinge hat zwar durch die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 einer Festlegung der Arbeitszeit auf 12 Stunden weichen müssen. Aber noch immer entfallen auf die große Mehrzahl der Arbeiter mindestens 82 bis 84 Arbeitsstunden pro Woche, und ein freier Sonntag oder wenigstens ein Ruhetag in der Woche steht ihnen nicht zur Verfügung. Allen anderen Arbeitern, die an Sonntagen zu arbeiten haben, muß, falls die Sonntagsarbeit länger als 3 Stunden beträgt, entweder an jedem 3. Sonntag für volle 36 Stunden oder an jedem 2. Sonntag mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends oder in jeder Woche während der zweiten Hälfte eines Arbeitstags, spätestens von 1 Uhr des Nachmittags ab, freigegeben werden. Die Gehilfen und Lehrlinge in den Bäckereibetrieben dagegen müssen einen solchen gesetzlichen Schutz entbehren; ihre Beschäftigung ist an den Werktagen für 12 Stunden, an den Sonn- und Festtagen für 10 Stunden zulässig, was tatsächlich eine Sonntagsruhe ausschließt. Zwar bestimmt die Bundesratsvorschrift, daß jedem Arbeiter mindestens an jedem 3. Sonntag die zum Besuch des Gottesdienstes erforderliche Zeit gewährt werden muß; allein diese Bestimmung hat nicht den geringsten praktischen Wert.

Es ist genügend bekannt, wie von den Unternehmern die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf 12 Stunden bekämpft worden ist, und welche Mühe sie aufgewandt haben, um die Bäckereiverordnung wieder zur Aufhebung zu bringen. Wer die Äußerungen der Bäckermeister und ihrer Organe vernahm,

konnte zu der Meinung kommen, daß das Bäckereigewerbe mit jener Verordnung direkt dem Untergang entgegengetrieben werde. Allmählich verstummte aber das Geschrei, da sich die Regierung dadurch nicht erweichen ließ. Man gewöhnte sich an die festgesetzte Arbeitszeit, und das Bäckergewerbe ging nicht zugrunde, sondern es erweist sich für die darin Selbständigen noch immer als durchaus lohnend und auskömmlich. Obwohl nach den seitherigen Erfahrungen die Arbeitszeitverkürzung als durchaus berechtigt und als durchführbar anerkannt werden muß, sich zugleich aber auch die Notwendigkeit einer weitem Beschränkung der Arbeitszeit klar erwiesen hat, so widersetzen sich doch die Unternehmer allen solchen Bestrebungen und Forderungen auf das hartnäckigste; ein Verzicht auf einen Teil ihrer heutigen Ausbeutungsfreiheit erscheint ihnen undenkbar. Leider ist die gewerkschaftliche Organisation der Bäcker noch zu schwach, um den Unternehmern auf dem Weg des gewerkschaftlichen Kampfes eine andere Anschauung beizubringen. Die eigenartigen Verhältnisse des Bäckerberufs erschweren die Organisations- und Werbetätigkeit unter den Arbeitern derart, daß eine weitere allgemeinere Ausdehnung des Bäckereiarbeiterschutzes nicht von jener sondern nur von der Gesetzgebung erwartet werden kann. Dieser fällt also vor allen Dingen die Aufgabe zu sich mit den Arbeitsverhältnissen der Bäckereiarbeiter zu beschäftigen und für deren Besserung Sorge zu tragen, umsomehr als eine Änderung der heutigen Betriebs- und Arbeitsweise in den Bäckereien, die in gesundheitlicher und hygienischer Hinsicht alles zu wünschen übrig läßt, nicht nur im Interesse der Bäckereiarbeiter sondern auch in dem aller Konsumenten geboten ist.

Die schädlichen Wirkungen einer übermäßig langen Arbeitszeit auf die Gesundheit des Arbeiters im allgemeinen sind so hinreichend festgestellt, daß sie hier nicht mehr erörtert zu werden brauchen. Im Bäckereibetrieb werden diese aber noch dadurch verschärft, daß die Arbeiter des Nachts arbeiten müssen, was ein normales Leben ausschließt. Unter den gesundheitsschädlichen und demoralisierenden Einflüssen der Nachtarbeit muß auch der widerstandsfähigste Organismus verhältnismäßig bald nachgeben und schließlich zusammenbrechen. Den Beweis hierfür liefert die außerordentlich hohe Krankheitsziffer, die das Bäckergewerbe aufweist, und die ein ständiges Steigen erkennen läßt. Aus der folgenden Krankenstatistik der Berliner und der Dresdener Krankenkasse der Bäcker geht das deutlich hervor:

Jahr	Dresden		Berlin	
	Von 100 Mitgliedern erkrankten	Durchschnittliche Krankheitstage pro Mitglied und Jahr	Von 100 Mitgliedern erkrankten	Durchschnittliche Krankheitstage pro Mitglied und Jahr
1898	28,5	5,2	33,5	8,1
1899	29,1	5,0	32,5	6,4
1900	31,4	4,9	28,6	7,2
1901	32,5	5,5	37,5	9,8
1902	34,0	5,6	32,5	9,2
1903	41,5	6,5	33,5	9,6
1904	38,0	7,3	32,8	10,4
1905	42,0	7,0	31,5	9,8
1906	42,0	7,5	32,7	10,5
1907	48,0	7,7	31,4	9,9
1908	49,0	8,8	45,2	15,0

Auch die Sterblichkeit an den Berufskrankheiten der Bäcker, als die besonders Lungenschwindsucht, Erkrankungen der Atmungsorgane, Rheumatismus und Herzleiden, Magen-, Darm-, Nieren- und Leberleiden in Frage kommen, ist eine ungemein hohe. Das muß umso mehr auffallen als sich die große Mehrzahl der Bäckereiarbeiter in einem verhältnismäßig jugendlichen Alter befindet, das in anderen Gewerben die Krankheits- und Sterblichkeitsziffer herabdrückt. Dabei kommen in den vorstehenden Zahlen die ungünstigen Gesundheitsverhältnisse des Bäckereigewerbes nicht einmal zum vollen Ausdruck. Hierfür sorgt die starke Fluktuation im Bäckergewerbe, die alle älteren und gesundheitlich nicht mehr ganz widerstandsfähigen Elemente aussondert und in andere Berufe hinübertreibt. Die Ursachen dieses ungünstigen Stands der Dinge sind neben der übermäßig langen Arbeitszeit, der mangelhaften Befriedigung des Ruhebedürfnisses und der Nachtarbeit vor allem in den allgemein ungünstigen Arbeitsverhältnissen der Bäckereiarbeiter zu finden. Überwiegend liegen die Arbeitsräume der Bäckereibetriebe in den einer Luft- und Lichtzufuhr nur schwer zugänglichen Kellerräumen, die nur zu oft allen hygienischen Anforderungen Hohn sprechen. In diesen zum Teil engen, überhitzten, dumpfigen und stauberfüllten Räumen müssen die Arbeiter Nacht für Nacht 12 bis 13 Stunden und mehr zubringen und in der intensivsten Weise arbeiten. Infolge der zunehmenden Einführung von Teigknet- und Teilmaschinen hat die Intensität der Arbeit in den Bäckereien ganz erheblich zugenommen, so daß man sich über die hohen Krankheitsziffern nicht mehr zu wundern braucht.

Obwohl somit die Verhältnisse in den Bäckereibetrieben eine sehr deutliche Sprache reden und immer dringender eine Abhilfe erheischen, zeigen Regierung wie Unternehmer nicht das geringste Entgegenkommen. Schon im Jahr 1905 hatten die Bäckereiarbeiter aus mehreren hundert Städten des deutschen Reichs eine Petition an den Bundesrat eingereicht und darin unter Darlegung der bestehenden Mißstände um die reichsgesetzliche Einführung eines wöchentlichen 36stündigen Ruhetags gebeten. Man würdigte sie nicht einmal einer Antwort. Wohl aber erhielten die Bäckermeister am 10. Juli 1908 auf ihren Protest gegen die Petition der Arbeiter folgende Mitteilung des Reichskanzleramts:

»Die Eingabe vom 15. November 1907 betreffend die Einführung einer 36stündigen Ruhezeit im Bäckergewerbe ist dem Bundesrat vorgelegt worden. Da der Bundesrat in seiner Sitzung vom 19. Juni dieses Jahres beschlossen hat den Eingaben einer Reihe von Bäckerhilfsversammlungen um die gesetzliche Festlegung eines 36stündigen Ruhetags beziehungsweise Einführung der Sonntagsruhe im Bäckergewerbe keine Folge zu geben, sehe ich die dortige Eingabe als erledigt an.«

Der Bundesrat hat sich also nicht bewogen gesehen das Verlangen der Arbeiter auf seine Berechtigung hin zu prüfen; dabei hatten sich auf Veranlassung der Gewerkschaft der Bäcker auch noch zahlreiche Ärzte, Hygieniker und Sozialpolitiker für die Schädlichkeit der Nachtarbeit im Bäckerberuf und für die unbedingte Notwendigkeit einer 36stündigen Ruhezeit pro Woche ausgesprochen. Dieses Verhalten des Bundesrats im Jahr 1908 veranlaßte den Vorstand des Zentralverbands sich mit einer Petition an den Reichstag zu wenden, in der um Schaffung eines Gesetzes über die wöchentliche 36stündige Ruhezeit der Bäckereiarbeiter gebeten wird. Zahlreiche Versammlungen der interessierten Arbeiterkreise nahmen zu dieser Petition in zustimmendem Sinn Stellung. Im Reichstag kam die Petition noch nicht zur Verhandlung; die Arbeiter reichten deshalb ihre Wünsche von neuem ein und unterbreiteten zugleich eine Denkschrift, die das Resultat der von dem Bäckerverband bei Ärzten, Hygieni-

kern und Sozialpolitikern veranstalteten Umfrage über die Notwendigkeit einer 36stündigen wöchentlichen Ruhezeit enthält. Diese Gutachten beschränken sich zum großen Teil nicht nur auf den Gegenstand sondern erstrecken sich auch auf die Nachtarbeit der Bäcker, deren gesetzliches Verbot als notwendige und ausführbare Maßnahme bezeichnet wird.

Welche Stellung von den Bäckermeistern zu der Forderung der Arbeiter eingenommen wird, zeigen die Ausführungen auf dem 15. Verbandstag der Bäckereinnungen *Germania* im Jahr 1908 in Hannover. Der betreffende Referent äußerte sich folgendermaßen:

»Wir müssen uns erst einmal fragen: Zu welchem Zweck ist der 36stündige Ruhetag eigentlich gefordert worden? Meine Herren, ein vernünftig denkender Mensch, der Handwerker, der Bäcker sein will, er mag Geselle oder Meister sein, der wird einen solchen Blödsinn überhaupt nicht an den Bundesrat eingeben. 36 Stunden Ruhe in der Woche! Weshalb 36? Haben Sie, meine Herren, 36 Stunden frei in jeder Woche? Hat Ihre Familie 36 Stunden frei? Haben Sie am Sonntag nicht mehr zu tun als die Gesellen? Die ganze Familie ist in Anspruch genommen, die Gesellen haben um 8 Uhr Ruhe. Dieses Verlangen ist ja nur gestellt worden zu Agitationszwecken. Man weiß es selbst in den Kreisen derer, die diesen Antrag gestellt haben, daß er niemals durchgehen kann und auch nicht durchgehen wird. Man hat ihn nur gestellt, um eben fortwährend hetzen zu können. Meine Herren, will man nun annehmen, der 36stündige Ruhetag würde wirklich eingeführt, so möchte ich einmal fragen, ob der Geselle dafür Lohn haben will. Gewiß. Will er Kost haben, wenn er sie sonst im Hause hat. Gewiß. Das will er haben, aber er will 36 Stunden nichts tun. 36 Stunden sind jedenfalls deshalb gewählt worden, damit der Geselle sich in den letzten 12 Stunden von den Strapazen der ersten 24 Stunden erholen kann.«

Diese unglaublich niedrige Auffassung von der Bedeutung des von den Arbeitern geforderten Ruhetags findet sich auch auf Seiten des sogenannten *handwerkstreuen* Gesellenverbands, der gleichfalls dessen Durchführung als unmöglich bezeichnet und sich mit der Forderung einer 16stündigen Sonntagsruhe an Stelle der gegenwärtig vorgeschriebenen 14 Stunden begnügen will. Auf dem angeführten Innungstag wurde auch eine derartige Verlängerung der Sonntagsruhe beschlossen, die Herren Innungsmeister fühlten sich aber bis jetzt noch nicht bewogen diesen ihren Beschluß auch praktisch durchzuführen. Danach haben die Bäckereiarbeiter von dem guten Willen der Unternehmer nichts zu hoffen. Hier kann nur durch Zwang etwas erreicht und, wie bei der Durchführung der 12stündigen Arbeitszeit, nur durch eine gesetzliche Regelung den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung getragen werden.

Die von den Unternehmern angeführten Gründe sind ganz unstichhaltig; es ist sowohl die Aufhebung der Nachtarbeit wie auch die Einführung des wöchentlichen Ruhetags möglich und durchführbar.

Hauptsächlich sind es zwei Einwände, die gegen die Abschaffung der Nachtarbeit und den wöchentlichen Ruhetag erhoben werden. Die Beseitigung der Nachtarbeit soll zur Folge haben, daß den Konsumenten in der Frühe nicht mehr das übliche frische Gebäck geliefert werden könnte. Die Einführung eines wöchentlichen Ruhetags würde außerdem die ganz unerfüllbare Anforderung der Einstellung von Aushilfskräften mit sich bringen, so daß in beiden Beziehungen eine schwere Schädigung des Gewerbes einträte. Was nun den ersten Einwand anlangt, so wäre es sicher kein allzu großer Schaden für das konsumierende Publikum, wenn es zugunsten des Wegfalls der Nachtarbeit der Bäckereiarbeiter für sein Morgenfrühstück auf die ofenwarmen Semmeln verzichtete. Ein gesetzliches Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien

würde es bald daran gewöhnen und zugleich für alle Bäckereibetriebe die selben Verhältnisse schaffen, so daß auch von einer Schädigung der einzelnen Betriebsunternehmer nicht mehr die Rede sein dürfte. Wie aber auch bei Wegfall der Nacharbeit immerhin noch der Gewöhnung und dem Geschmack des Publikums Rechnung getragen werden kann, zeigt das Beispiel der *Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen* in Frankfurt am Main, die für ihre Bäckerei die 9stündige Arbeitszeit eingeführt hat. In der Zeit von 1 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends wird das gesamte Brot für den folgenden Tag sowie die am nächsten Morgen benötigten Semmeln hergestellt, in der Weise, daß diese zuletzt aus dem Ofen kommen. Am andern Morgen um 5 Uhr werden sie in die einzelnen Anstalten der Gesellschaft gebracht und dort etwa bis 7 Uhr konsumiert. Diese Einrichtung hat sich durchaus gut bewährt, und aus den Kreisen der Konsumenten sind keinerlei Klagen oder Beschwerden laut geworden; man hat die getroffene Änderung, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nicht einmal bemerkt. Auf ähnliche Weise könnte man heute allgemein die noch übliche Nacharbeit der Bäcker überflüssig machen, wenn eben nur der gute Wille dazu vorhanden wäre; daran fehlt es indessen freilich sowohl bei den Unternehmern wie bei der Regierung. Daß es ohne Nacharbeit sehr wohl geht, zeigt auch das Beispiel von Italien, Norwegen, Finnland, dem Kanton Tessin sowie verschiedener Städte Schwedens und Australiens, wo die Nacharbeit in den Bäckereien verboten ist. In Holland befindet sich ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der das gleiche Verbot vorsieht. Damit ist auch für Deutschland der Weg gewiesen.

Ähnlich liegen die Dinge hinsichtlich des wöchentlichen Ruhetags. Seine Durchführbarkeit ist im vollsten Maß nachweisbar. Schon seit einer Reihe von Jahren besteht im Regierungsbezirk Münster in Westfalen die volle Sonntagsruhe in den Bäckereien und Konditoreien und diese Einrichtung hat sich für Arbeiter wie für Arbeitgeber gut bewährt. Auf Grund der dortigen Erfahrungen hat der Regierungspräsident in Düsseldorf durch Verfügung vom 14. Juli 1908 für die Kreise Barmen, Elberfeld, Mettmann, Lennep, Krefeld Stadt und Land, Kempen, Moers, Geldern, Grevenbroich, München-Gladbach Stadt und Land, Essen Land, Mühlheim (Ruhr) Land, Ruhrort und Rees mit Ausnahme einiger Orte eine ununterbrochene Sonntagsruhe von mindestens 15 Stunden festgelegt, und auch dort haben sich die beteiligten Kreise sehr bald an diese Änderung gewöhnt. Hieran mag, wie die Begründung der von den Arbeitern eingereichten Petition hervorhebt, der Umstand mit beigetragen haben, daß in jenen Bezirken schon von alters her eine Anzahl Bäckereien vom Sonnabend zum Sonntag keine Backwaren herstellte. Solcher Gegenden gibt es in Deutschland noch mehr, und es würde dort überall keine Schwierigkeiten machen den Wünschen der Arbeiter zu entsprechen. Schwieriger gestaltet sich die Sache in den Großstädten, wo das Publikum daran gewöhnt ist auch des Sonntags frische Backware zu erhalten. Daß es aber auch hier möglich ist den Arbeitern den 36stündigen Ruhetag pro Woche zu verschaffen, zeigen die vorhandenen Tarifvereinbarungen.

Der Bäckerverband hat am 1. August 1907 mit 101 Genossenschaften, die 1374 Bäcker und Konditoren beschäftigen, einen Tarifvertrag abgeschlossen, der neben einer 8stündigen Arbeitszeit in kontinuierlichen und einer 9stündigen Arbeitszeit in den kleineren, nicht kontinuierlichen Betrieben nur 6 Arbeits-

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Reichstag Am 3. Dezember hatte der Reichstag wieder einmal eine Konsumvereinsdebatte.

Anlaß dazu gab ein konservativer Antrag, der Maßregeln gegen den Niedergang des Handwerks verlangte. Selbstverständlich sind für diesen Niedergang nach konservativer Ansicht in erster Linie neben den Warenhäusern die bösen Konsumvereine verantwortlich. Herr Pauli, der ja für diesen Punkt Spezialist ist, führte das mit der gewohnten Sachkenntnis aus. Er behauptete zunächst, daß die Konsumvereine — und zwar fast ohne Ausnahme — sozialdemokratisch seien. Diese sozialdemokratischen Konsumvereine, die einen jährlichen Umsatz von 270 Millionen Mark haben, hätten sich eine Zentrale geschaffen, die jährlich für 44 Millionen Mark Eigenprodukte herstellte. Herr Pauli verwechselte offenbar die Eigenproduktion der Konsumvereine mit der der *Großeinkaufsgesellschaft*. Mit diesen 270 Millionen Umsatz überflügeln die Konsumvereine noch den Umsatz der Warenhäuser, der nur 216 Millionen betrage — auch wieder ein nicht unerheblicher Rechenfehler —, sie seien also noch viel »gefährlicher« als diese. Als Mittel zur Bekämpfung der Konsumvereine empfahl Herr Pauli ihre »stärkere Heranziehung zu den Steuern« sowie die Unterdrückung der Beamtenkonsumvereine auf dem Verwaltungsweg. Das Zentrum, vertreten durch Herrn Euler, das im Rheinland und anderswo sich so eifrig mit der Gründung von Konsumvereinen beschäftigt, wagte es nicht ein offenes Wort zur Verteidigung dieser Organisationen zu sagen. Herr Euler vermied ein Eingehen auf die Arbeiterkonsumvereine und beschränkte sich auf eine Verurteilung der Offiziere und Beamten, die »den Bürgerstand verlassen, um sich an Konsumvereine anzuschließen«. Ebenso wenig hielt es der Freisinnige Pachnicke für nötig sich der Angegriffenen anzunehmen. Das geschah erst durch den Sozialdemokraten Brühne. Dieser wies zunächst die Behauptung zurück, daß die Arbeiterkonsumvereine sozialdemokra-

tisch seien, was schon durch die starke Beteiligung anderer Bevölkerungskreise, speziell auch der Handwerker, widerlegt werde. Im übrigen sei von einer Bekämpfung höher stehender Wirtschaftsformen durch Niedersteuerung nicht viel zu erhoffen, was man an dem Beispiel der Warenhäuser sehe, die sich trotz Warenhaussteuer kräftig weiterentwickelten. Der Nationalliberale Findel ging noch einen Schritt weiter als Herr Pauli. Er meinte, daß die Konsumvereine sich weit über das hinaus entwickelt hätten, was dem Schöpfer der deutschen Genossenschaftsbewegung als Ideal vorgeschwebt hätte; ja es müsse sogar ernstlich die Frage gestellt werden, ob die Konsumvereine überhaupt noch in den Rahmen des Genossenschaftsgesetzes hineinpaßten, und ob sie dann noch ferner legalisiert werden könnten. Vor allem dürfe der Staat nicht mehr stillschweigend mit ansehen, wie manche seiner Organe direkt oder indirekt solche Bestrebungen unterstützten. Natürlich haute auch der Antisemit Raab in die selbe Kerbe, indem er Umsatzsteuern für die Konsumvereine und Warenhäuser, Unterdrückung der Beamtenkonsumvereine usw. forderte.

Die Debatte kam nicht zum Abschluß; sie soll nach Erledigung der Etatsdebatten fortgesetzt werden.

× ×
Seminar für Genossenschaftswesen Mehrfach im preußischen Abgeordnetenhaus geäußerten Wünschen entsprechend soll nunmehr in Halle ein Seminar für Genossenschaftswesen errichtet werden, das den Zweck hat Personen, die sich praktisch im Genossenschaftswesen betätigen wollen oder aus anderen Gründen sich auf diesem Gebiet praktische und theoretische Kenntnisse erwerben wollen, die Gelegenheit zur notwendigen wissenschaftlichen Ausbildung zu geben. Der neue preußische Etat wird bereits die nötigen Mittel hierzu fordern. Das Seminar, das seinen Sitz in Halle haben wird, ist berechtigt Prüfungen abzuhalten und Diplome auszustellen. Seine Leitung ist Professor Conrad übertragen worden. Wie die *Blätter für Genossenschaftswesen* mitteilen, sind für das Sommersemester

folgende Vorlesungen in Aussicht genommen: Professor J. Conrad *Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Genossenschaftswesens*, Professor E. Loening *Das Genossenschaftsrecht*, Professor Brodnitz *Bank- und Versicherungswesen mit Bezug auf die Genossenschaften*, Ökonomierat Dr. Rabe *Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen*, Dr. Felber *Kaufmännische Buchführung*, Professor Dr. Crüger *Genossenschaftswesen des Handwerks und des Kleinhandels*, Dr. Wolff *Die Konsumvereine*.

×
Italien: Genossenschaftstag 1910
 Die Konsumvereinsbewegung ist in Italien im Vergleich zu anderen Gliedern der Kooperation nicht besonders stark entwickelt. Zwar existierte eine Unmasse von Vereinen, aber diese sind — von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — meist schwach, was vor allem seine Ursache in der großen Zersplitterung der Bewegung hat. So ist es möglich, daß in Mailand, dem Sitz des größten italienischen Konsumvereins, der *Cooperativa di Milano*, noch 26 andere Vereine ihr Leben fristen können. Nach einer von Luigi Buffoli, dem Präsidenten dieser Genossenschaft, aufgestellten Berechnung, existieren gegenwärtig in Italien über 1400 Konsumvereine, die zusammen über 365 000 Mitglieder, 18 Millionen Mark Kapital und einen Umsatz von 154 Millionen Mark verfügen. Infolge dieser Zersplitterung sind auch die seitherigen Bestrebungen auf Organisierung des gemeinsamen Einkaufs der Konsumvereine, um die sich besonders die *Società Umanitaria* in Mailand große Verdienste erworben hat, so gut wie erfolglos geblieben. Um so begrüßenswerter ist das Ereignis des am 6. und 7. November in Mailand abgehaltenen 1. nationalen Kongresses der Konsumvereine. Das Sekretariat des italienischen Genossenschaftsbunds, dem die Genossenschaften aller Arten angehören, hatte diesen Kongreß einberufen, der ausschließlich den Interessen der Konsumvereine dienen sollte, und zu dem auch die dem Verband nicht angehörenden Konsumvereine des Landes zugelassen waren. Der Hauptzweck des Kongresses, auf dem über 600 Konsumvereine durch 480 Delegierte vertreten waren, war die Diskussion der Frage der Bildung einer Großeinkaufsgesellschaft, zu der Lorenzo Ponti das Referat hatte. Er widerlegte die von

dem Gegner des genossenschaftlichen Großeinkaufs, Luigi Buffoli, von jeher gegen diesen erhobenen Einwände, die vor allem in dem Hinweis auf die geringe finanzielle Leistungsfähigkeit der italienischen Konsumvereine, die großen Entfernungen der Halbinsel und dem stark von einander abweichenden Geschmack der Bewohner der einzelnen Gegenden bestehen, und empfahl den Genossenschaften den Anschluß an das Mailänder Konsortium, das für die lombardischen Konsumvereine eine Art Großeinkaufsagentur eingerichtet hat. Nach einer längern, sehr eingehenden Debatte nahm der Kongreß einstimmig eine Resolution an, in der die Einsetzung einer Kommission von 9 Mitgliedern beschlossen wurde, die im Verein mit dem Mailänder Genossenschaftskonsortium ein genaues Projekt ausarbeiten und dieses den Konsumvereinen vorlegen soll. Die Kommission wurde denn auch gleich gewählt und hielt ihre 1. Sitzung nach Schluß des Kongresses in Mailand ab, auf der beschlossen wurde, daß das in Form einer Genossenschaft zu gründende Unternehmen sich zunächst als Agentur betätigen, später aber auch zum selbständigen Verkauf wie zur Errichtung eigener Fabriken und landwirtschaftlicher Unternehmungen übergehen solle. Für jede Stadt oder Stadtteil soll nur eine Genossenschaft als Mitglied zugelassen werden. Des weitern beschäftigte sich der Kongreß ganz allgemein mit der Organisation der Konsumenten und stimmte hier der von dem Referenten Vergnani vorgeschlagenen Resolution zu, die betont, daß der gegenwärtige wirtschaftliche Niedergang nur bekämpft werden könne, wenn die Produktion und Distribution der Waren der privaten Spekulation entzogen und unter die Kontrolle der organisierten Konsumenten gestellt werde. Am 2. Tag wurde die Steuerpolitik der Regierung den Konsumvereinen gegenüber behandelt. Buffoli referierte über die Besteuerung der Überschüsse, Canepa über die Besteuerung des Zuwachswerts der Geschäftsanteile. Die italienischen Konsumvereine haben nämlich die Gewohnheit die nicht zur Verteilung gelangenden Überschüsse den Geschäftsanteilen gutzuschreiben, wodurch diese allmählich einen den Nominalwert weit übersteigenden Wert erhalten. Dieser

Zusatzwert wird vom Fiskus einer ziemlich hohen Besteuerung unterworfen. Ebenso werden von den Überschüssen ungefähr 10 % weggesteuert, was zur Folge hat, daß die Konsumvereine ihre Waren mit möglichst geringem Aufschlag verkaufen, wodurch wiederum die Ansammlung der nötigen Fonds verhindert wird. Der Kongreß protestierte energisch gegen dieses Vorgehen des Fiskus und forderte den Genossenschaftsbund auf sein möglichstes zu tun, um die Konsumvereine vor dieser Ungerechtigkeit zu bewahren.

× ×

Kurze Chronik Das soeben abgelaufene Jahr brachte dem *Zentralverband deutscher Konsumvereine* einen Zuwachs von 50 neuen Mitgliedern, so daß die Zahl der Verbandsvereine am 1. Januar 1911 1169 betrug. Auch die Zahl der Revisionsverbände hat sich von 7 auf 9 vermehrt, durch die Teilung des übergroßen süddeutschen Verbands in 3 Verbände, den *Verband württembergischer Konsumvereine*, mit Th. Gauß-Stuttgart als Direktor, den *Verband bayrischer Konsumvereine* mit C. Barth-München und den *Verband süddeutscher Konsumvereine* mit V. Liebmann als Direktor. × Die *Unterstützungskasse* des *Zentralverbands*, deren Vermögen nunmehr auf 1½ Millionen gestiegen ist, wird am 1. Januar mit der Auszahlung der Renten beginnen. × Der Umsatz der *Großeinkaufsgesellschaft* im letzten Jahr wird auf schätzungsweise 90 Millionen Mark angegeben, gegen 75 Millionen im Jahr 1909. Die Tabakfabriken der Gesellschaft können eine Steigerung ihres Umsatzes feststellen; auch die Seifenfabrik war während der 6 Monate ihres Betriebs gut beschäftigt. × Am 25. November 1910 feierte Conrad Barth, Ausschubmitglied des *Zentralverbands* und seit 1892 Direktor des *Verbands süddeutscher Konsumvereine* seinen 70. Geburtstag. × Professor Dr. Franz Staudinger hat im Auftrag des *Zentralverbands* eine Studienreise nach England zwecks Untersuchung des genossenschaftlichen Unterrichtswesens unternommen, deren Resultate er in einer Artikelserie in der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* mitteilt. × Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat im Berichtsjahr 1909-1910 einen Umsatz von 18 636 559

Mark erzielt, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 2 033 003 Mark bedeutet. Der Verein, der sich im letzten Jahr den Konsumverein Leipzig-Eutritzsch angliederte, steigerte seine Mitgliederzahl auf 45 111. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug am 30. Juni 1214. × Die projektierte *Verschmelzung* der Konsumvereine Mainz, Wiesbaden und Biebrich zu einem *Bezirkskonsumverein*, für den auch die Verwaltungen der 3 Vereine eintraten, wurde leider auf den Generalversammlungen der beiden letztgenannten Vereine abgelehnt, weil die Mitglieder von der Einrichtung eines *Genossenschaftsrats* eine *Schmälerung* ihrer *demokratischen Rechte* befürchteten. × Auf eine Eingabe des deutschen Handelstags an die Bundesstaaten um *Aufhebung des Steuerprivilegiums* der Konsumvereine hat das badische Finanzministerium eine Antwort gegeben, aus der hervorgeht, daß bei den badischen Konsumvereinen nicht nur von keinem Privilegium die Rede sein kann, sondern daß im Gegenteil die Konsumvereine geradezu unter einer *Ausnahmegesetzgebung* stehen, insofern sie der *Gewerbe- und Einkommensteuer* unterworfen sind, während die *landwirtschaftlichen, die Kredit- und die kleingewerblichen Genossenschaften* davon befreit sind. × Der *Verband italienischer Genossenschaften* hat dem italienischen Ministerpräsidenten und Genossenschafter Luzzatti zum Dank für seine Verdienste um die Schaffung und Förderung des *Genossenschaftswesens* in Italien eine *goldene Medaille* gestiftet, die ihm am 15. Januar feierlich überreicht wurde. × Im November 1910 hat die im raschen Aufblühen begriffene *ungarische Großeinkaufsgesellschaft Hangya* ihr neues großes Heim bezogen. Das neben ihrem früheren Warenlager gelegene 5stöckige Gebäude ist mit einer Kaffeerösterei, einer *Gewürzmüllerei*, einer *Schlosser-, Tischler- und Seilerwerkstätte* verbunden. × Der *Verband der russischen Konsumvereine* beabsichtigt zum *Andenken Tolstojs*, der immer Sympathieen für die *Genossenschaftsbewegung* gezeigt hat, in *Moskau* eine *ständige Genossenschaftsschule* zu gründen.

× **Literatur** Wie bis vor kurzem die politische, so kämpft gegenwärtig in Frankreich die *genossenschaftliche Bewegung* um

Einheit. Wie die Leser dieser Rundschau wissen, sind die beiden sich gegenüberstehenden Richtungen die um die Genossenschaftsbörse gescharten sozialistischen und die in der *Union coopérative* organisierten neutralen Konsumvereine, beide etwa gleich stark, beide im Besitz einer Großeinkaufsgesellschaft, eines eigenen Organs usw. Der vorjährige Kongreß in Paris hat die Frage der Einigung ein bedeutendes Stück ihrer Lösung nähergeführt. In der selben Richtung zu wirken bemüht sich eine von Eugène Fournière verfaßte und von Albert Thomas in seiner Sammlung *Les Documents du Socialisme* veröffentlichte kleine Schrift *L'Unité Coopérative* (Paris, Rivière). Fournière versucht, wie alle Einiger, den feindlichen Brüdern nachzuweisen, daß sie eben im Grunde doch Brüder sind, daß die trennenden Momente gering und äußerlich, die Ideale, das innerste Wesen die gleichen sind. Er ist ein Anhänger der Rochdaler Genossenschaftsschule, der modernen Genossenschaftsbewegung; wie wir in Deutschland sagen würden; für ihn ist die Genossenschaft eines der wichtigsten Mittel zur Sozialisierung der Gesellschaft, und zwar in einem Grad, daß er den Ausdruck *sozialistisches Genossenschaftswesen* einfach als Pleonasmus empfindet. Aber gerade darum will er keine geschlossenen Genossenschaften, die dadurch, daß sie ein bestimmtes politisches Glaubensbekenntnis von ihren Mitgliedern fordern, die Bewegung hemmen und zersplittern. »Öffnen wir die Genossenschaft allen, so werden wir Sozialismus treiben, nicht den Sozialismus der Worte und Versprechungen sondern den Sozialismus der Taten und der Wirklichkeit.« In diese Worte klingt die anregend geschriebene und auch in theoretischer Beziehung wertvolle Arbeit Fournières aus.

WISSENSCHAFT

Hygiene / Benno Chajes

Eugenik

Am 28. und 29. Juli 1910 fand im Haag eine Konferenz der neomalthusianischen Liga statt. Daß die Idee des Neomalthusianismus immer neue Anhänger — auch in Arbeiterkreisen — gewinnt, liegt in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen begründet; denn in der Bourgeoisie sowohl wie in der Arbeiterbevölkerung hat ein allzu reicher Kindersegen ohne

Zweifel eine Verschlechterung der Lebenshaltung zur Folge. Wenn nun von den Anhängern der erwähnten Lehre die Säuglingssterblichkeit als überzeugendes Moment für die Richtigkeit ihrer Bestrebungen angeführt wird, so dürften sie — wenn sie sich nur darauf stützten, was jedoch nicht der Fall ist — durch deren Herabsetzung durch hygienische Maßnahmen *ad absurdum* geführt werden. Man braucht kein Anhänger der neomalthusianischen Theorie zu sein, und muß doch diese Bestrebungen unter den heutigen Verhältnissen als gerechtfertigt anerkennen, besonders da, wie die Konferenz im Haag zeigte, die Propaganda der Eugenik mit in deren Programm aufgenommen wurde.

Selbst Professor Forel, dessen Vortrag *Malthusianismus oder Eugenik?*, den er auf der Konferenz gehalten hat, bei Reinhardt in München im Druck erschienen ist, muß trotz seiner abweichenden Auffassung zum Teil die Berechtigung des Neomalthusianismus anerkennen. Man kann jedoch mit dem Grundgedanken des Vortrags an Stelle des Neomalthusianismus eine Eugenik im Sinn Francis Galtons zu setzen durchaus einverstanden sein. Ob Forels Argumente absolute Durchschlagskraft haben, kann im Rahmen dieser Rundschau im einzelnen nicht untersucht werden. Erwähnt sei nur, daß Forel meines Erachtens manche noch gar nicht geklärte Rassenprobleme mit allzu großer Bestimmtheit als gelöst hinstellt und behandelt. Im übrigen seien nur einzelne Sätze angeführt, deren Bedeutung nicht verkannt werden soll, und die gleichwohl in ihrer Formulierung zu Einwendungen Anlaß geben können. »Es ist nicht wahr, das betone ich noch einmal, daß hauptsächlich nur schlechte Erziehung, schlechtes Beispiel, Armut und Elend an dieser geistigen Minderwertigkeit die Schuld tragen. Wäre dies so, so würde sie bei den Wohlgenährten und Reichen nicht vorkommen, während sie tatsächlich dort in ihrer Art ebenso wütet.« Ferner nennt Forel als Ursachen für die Minderwertigkeit den Alkoholgenuß, die schlechten sozialen und ökonomischen Verhältnisse, endlich sexuelle Exzesse und Prostitution etc. Endlich sei noch folgender Ausspruch angeführt, der in gewisser Hinsicht den Standpunkt Forels besonders verdeutlicht: »Ein 24-jähriger Jüngling, der ein tüchtiges 18-jähriges Mädchen heiratet, tut eine gute soziale Tat, wenn er mit ihr 8 bis sogar 12 Kinder zeugt. Allerdings setzt

dieses verbesserte soziale Zustände voraus.«

Im Zusammenhang mit diesen Fragen steht auch der Vortrag Dr. A. Grotjahn's *Das Problem der Entartung*, veröffentlicht im *Archiv für soziale Hygiene*. Grotjahn bespricht darin in großzügiger Weise das Entartungsproblem und hofft, daß durch das Zusammenarbeiten von Medizinern und Soziologen die Erkenntnisse auf dem Gebiet der Entartungslehre erheblich vermehrt werden, und daß schließlich mit Hilfe der Eugenik eine rationelle Aufbesserung des menschlichen Arttypus bedingt werden wird.

× Aufgaben der Faßt man die Rassen-
sozialen Me- hygiene im Sinn Grotjahn's
dizin als einen Zweig der sozialen

Hygiene respektive sozialen Medizin auf, so wird man in der Antrittsvorlesung des bekannten Wiener Sozialhygienikers Dr. Ludwig Teleky einen vorzüglichen Umriss der Aufgaben und Ziele der sozialen Medizin, die ja auch die Rassenhygiene umfaßt, finden. Teleky bezeichnet die soziale Medizin als Grenzgebiet zwischen den medizinischen Wissenschaften und den Sozialwissenschaften. Sie hat die Einwirkung gegebener sozialer und beruflicher Verhältnisse auf die Gesundheitsverhältnisse festzustellen und anzugeben, wie durch Maßnahmen sanitärer oder sozialer Natur derartige schädigende Einwirkungen verhindert oder ihre Folgen nach Möglichkeit behoben oder gemildert werden können. Ihre Aufgabe ist es auch darauf hinzuweisen, wie die Errungenschaften der individuellen Hygiene und der klinischen Medizin jenen zugänglich gemacht werden können, die einzeln und aus eigenen Mitteln nicht imstande sind sich diese Errungenschaften zunutze zu machen. Sie hat den Ärzten das wissenschaftliche Rüstzeug zu liefern, dessen sie bei ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Versicherung und der sozialen Fürsorge bedürfen. Auch die Wandlungen in der Stellung des Arztesstands sowie die hier sich geltend machenden Entwicklungstendenzen hat sie zu studieren.

× KurzeChronik Im Alter von 66 Jahren
starb Professor Joseph
Forster, der das Fach
der Physiologie an der tierärztlichen
Hochschule zu München vertrat. Er

war der treue und langjährige Mitarbeiter Pettenkofers und hat ihn bei seinen Arbeiten aufs nachdrücklichste unterstützt. × Frankreich hat den Tod eines seiner bedeutendsten Internisten zu beklagen: Professor Huchard, der besonders auf dem Gebiet der Kreislaufstörungen grundlegende Arbeiten produziert hat, starb in Paris, 66 Jahre alt. × Einer der Altmeister der deutschen Chirurgie, Franz König, ist im Alter von 79 Jahren gestorben. König hatte mehrere Dezennien das eine Ordinariat der Chirurgie an der Berliner Universität inne und hat sich sowohl als Gelehrter wie auch als Lehrer einen Weltruf geschaffen. Sein Lehrbuch gilt auch heute noch als ein mustergiltiges gediegenes Werk. Besonders auf dem Gebiet der Kriegschirurgie und der Behandlung der Gelenkerkrankungen hat er Großes geleistet. Im Jahr 1904 verzichtete er freiwillig auf seinen Lehrstuhl und die Leitung der chirurgischen *Charité* Klinik, da er jüngeren Kräften Platz machen wollte. × In Schöneberg wurde von den städtischen Körperschaften beschlossen 2 Schulärzte im Hauptamt — an Stelle von 8 bisher im Nebenamt tätigen — anzustellen; sie sollen gleichzeitig die Fürsorgestellen für Tuberkulose- und Säuglingsfürsorge verwalten. Es soll dadurch eine Zentralisierung der gesamten städtischen sozialmedizinischen Institutionen erzielt werden. Schöneberg hat im übrigen schon vor Jahresfrist als erste Großstadt Preußens eine besoldete Staatsratsstelle, die von einem Arzt besetzt ist, zu diesem Zweck eingerichtet. × In Wien ist ein Konflikt zwischen den Leitern der Universitätskliniken und der Regierung ausgebrochen; die Kliniker protestieren gegen die Unterstellung der staatlichen Krankenanstalten unter das Regime des niederösterreichischen Landtags. Sie fürchten, daß durch die Herrschaft der Christlichsozialen eine gedeihliche wissenschaftliche Arbeit und Lehrtätigkeit illusorisch würde.

× Literatur Wer die Schädigungen
kennt, die durch die *Bile*
und *Platen* und ähnliche
Bücher in gesundheitlicher Beziehung an-
gerichtet werden, der wird mit der Ten-
denz des Buches Dr. Jenny Sprin-
gers *Die Aratin im Hause* / Dresden,
Groh/ einverstanden sein. Mit erfreu-
licher Schärfe erklärt und begründet die
Verfasserin die Schädigungen durch das

Kurpfuschertum und sucht durch rationale Belehrung ihm das Wasser abzugrahen. Daß jeder den Wunsch hat seinen Körper und die verschiedenen Erkrankungen kennen zu lernen, denen er unterliegen kann, ist nur natürlich und auch vom hygienischen Standpunkt wünschenswert. Ob eine direkte Notwendigkeit für ein so groß angelegtes Buch vorliegt, mag dahingestellt bleiben. Aufklärende und äußerst preiswerte Werke in populärer Form, die wirklich auch von der ärmsten Arbeiterfamilie angeschafft werden können, sind bereits vorhanden; ich verweise nur auf das vom Reichsgesundheitsamt herausgegebene *Gesundheitsbüchlein*. Die Darstellung der gesamten menschlichen Pathologie im vorliegenden Werk geht doch wohl zu weit. Meines Erachtens nehmen zum Beispiel die allzusehr ins Detail gehenden Darstellungen und Abbildungen außerordentlich seltener Geschwulstformen übergebührlich den Raum in Anspruch und lassen bisweilen nur eine ganz kurze Betonung wichtiger Schäden zu, beispielsweise derer, die durch das grobe Schwindelunwesen auf kosmetischem Gebiet hervorgerufen werden. Daß eine derartig unnötig detaillierte Schilderung auch in psychischer Beziehung für den Leser nicht ganz harmlos ist, ist eine Tatsache, die der Verfasserin als erfahrener Ärztin sicherlich bekannt ist. Manche der kolorierten Tafeln wäre sicherlich besser fortgeblieben, da sie doch nur ein ganz ungenaues Bild der dargestellten Krankheiten geben; anschaulich und gut sind die Tafeln zu Anfang des Buches, die die anatomischen Präparate darstellen. Muß man so einzelne Teile des Werkes bemängeln, so ist auf der anderen Seite die Behandlung der Kapitel über die Ernährung, Kleidung, Kranken- und Kinderpflege und anderes mehr als vorzüglich zu rühmen. Als hygienischer Ratgeber und als Mahnung in Krankheitsfällen rechtzeitig ärztliche Hilfe nachzusuchen kann das Buch Jenny Springers sicherlich sehr viel Gutes stiften. Bei einer Neuauflage könnte Überflüssiges in Text und Bildern entfernt und dadurch der Preis des Buches reduziert werden.

Rechtswissenschaft / Otto Lang

Strafrechtsfälle Wertvolle Dokumente für die Kultur- und Sittengeschichte liefert die Strafrechtspflege in reicher Fülle. In seiner

Vorrede zum *Deutschen Pitaval* empfahl Schiller diese Zusammenstellung interessanter Rechtsfälle als unterhaltende Lektüre, durch die der Leser in seiner Menschen- und Gesetzeskenntnis gefördert werde. Die Förderung in der Erkenntnis der gesellschaftlichen und politischen Zustände, die wir der Zeitungs- und Literatur verdanken, wird nicht niedriger anzuschlagen sein. Nur eine kleine Ausbeute aus den letzten zwei Monaten:

1. Am 10. November 1910 begann vor der 3. Strafkammer in Berlin der Prozeß gegen die 35 Angeklagten, die wegen Widerstand, Zusammenrottung, Sachbeschädigung, Körperverletzung und ähnlicher Delikte aus Anlaß der Moabiter Unruhen in der Zeit vom 21. bis zum 27. September vor Gericht gestellt wurden. Die Staatsanwaltschaft beabsichtigte den Prozeß politisch zu fruktifizieren, indem sie die sozialdemokratische Partei als verantwortlichen Urheber der Unruhen wenigstens vor den Richterstuhl der öffentlichen Meinung zitieren wollte. Staatsanwalt Stetzner: »Die wahren Anführer sitzen leider nicht auf der Anklagebank. Die haben es verstanden sich im verborgenen zu halten.« Der Reichskanzler in der Budgetdebatte: »Die moralische Mitschuld der Sozialdemokratie an den Moabiter Unruhen bleibt bestehen.« Während der Verhandlung werden die an den Unruhen beteiligten Polizeibeamten demonstrativ dekoriert. Am 11. Januar 1911, nach 44tägiger Verhandlung, in der mehrere hundert Zeugen einzuvernehmen waren, wird das Urteil gefällt. 3 Angeklagte werden freigesprochen, die anderen zu Freiheitsstrafen von insgesamt 148 Monaten verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich der noch nicht 18 Jahre alte Arbeiter Meyer, über den das Gericht 9 Monate Gefängnis verhängt. Die schwerste Strafe, 3½ Jahre Gefängnis, trifft einen Arbeiter, der, wie er behauptet, in Notwehr einen Polizisten durch einen Messerstich in den Unterleib verwundet hat. Das Gericht ging hier um ein volles Jahr über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus. Nach durchgeführter Beweisverhandlung, durch die ungläubliche Übergriffe der Polizei konstatiert werden, erklärt der Erste Staatsanwalt, er habe nie behauptet, daß die sozialdemokratische Partei die Unruhen angezettelt, gewünscht oder herbeigeführt habe. Und in der Urteilsverkündung gibt der Vorsitzende zu, »daß Mißgriffe der Polizei vorgekommen sind, und daß die Polizei-

beamten ihre Befugnisse weit überschritten haben.

2. Weitere 18 Personen, die wegen schwererer Vergehen angeklagt sind, werden vor das Schwurgericht gestellt. Unter den Geschworenen findet sich nicht ein einziger Arbeiter. Auf der Geschworenenbank sitzen nur Unternehmer: 2 Kaufleute, 2 Handwerksmeister, 5 Fabrikbesitzer, 2 Chemiker und 1 Apotheker. Der Zimmermann Cornelius Meeden, der beschuldigt ist einen Stein gegen einen Polizisten geworfen und ihn am Ohr gestreift zu haben, erhängt sich im Gefängnis, nachdem sein Gesuch um Haftentlassung abgewiesen worden war.

3. Vor der Strafkammer in Greifswald hat sich der freisinnige Rittergutsbesitzer Becker wegen Beleidigung des konservativen Landrats von Maltzahn zu verantworten. Becker hatte nicht etwa in der Presse oder in Versammlungen sondern in behördlichen Eingaben, die also nur wenig Personen zur Kenntnis gelangen, den Landrat angegriffen. Der stärkste Ausdruck: Maltzahn — der, nebenbei bemerkt, schon im Jahr 1901 im preussischen Abgeordnetenhaus wegen seiner politischen Treibereien angegriffen worden ist — sei ein politischer Agent des agrarischen Demagogentums. Der Beweis für die Berechtigung seiner Anschuldigung wird Becker dadurch außerordentlich erschwert, daß die Beamten von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit nicht entbunden werden. Der Staatsanwalt beantragt den zwar liberalen, aber sonst gutbeleumundeten Angeklagten mit 9 Monaten Gefängnis zu bestrafen. Das Gericht, das ihm den Milderungsgrund zubilligt, daß er in der Erregung handelte, »weil auf Seiten der Gegner manches vorkam, was ihn reizen und aufregen konnte«, verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis und zur Tragung aller Kosten; diese belaufen sich auf annähernd 50 000 Mark.

4. Der Pastor Breithaupt ist Leiter der Fürsorgeanstalt in Mielschin. Er mißbraucht sein Züchtigungsrecht in wahrhaft barbarischer Weise: Die armen wehrlosen Jungen haben wegen nichtiger Verfehlungen 50, 100, ja 200 Stock- und Peitschenstrieche zu erleiden. Zahlreiche Personen: ein zweiter Geistlicher, der Arzt, der Inspektor, die Schwester Olga und andere Anstaltsbeamte, haben Kenntnis von den Scheußlichkeiten, die in Mielschin verübt werden: Niemand tut dem unmenschlichen Treiben Einhalt. Erst die Veröffentlichungen des *Vorwärts* veranlassen die Behörden zum

Einschreiten. Die Berliner Strafkammer hält eine 8monatliche Gefängnisstrafe und eine Geldbuße von 990 Mark für eine ausreichende Sühne.

5. Vor dem Schöffengericht in Göttingen erhebt die Staatsanwaltschaft gegen H. Lesch, Mitinhaber einer Präzisionswagenfabrik, Anklage wegen Diebstahls im Betrag von $\frac{1}{2}$ Pfennig. Er wird beschuldigt seinem Konkurrenten Sartorius ein Briefkuvert entwendet zu haben. Nach durchgeführter Beweisverhandlung spricht ihn das Gericht gemäß dem Antrag des Staatsanwalts frei.

6. Am 22. Dezember 1910 verurteilt das Reichsgericht die beiden englischen Offiziere Brandon und Trench wegen Spionage zu je 4 Jahren Festungshaft. Sie sind teils geständig teils überführt im Auftrag des englischen Nachrichtensbüreaus zahlreiche Aufnahmen deutscher Küstenbefestigungen und anderer Verteidigungseinrichtungen gemacht zu haben. Die Kenntnis dieser Dinge ist für die englische Regierung nur für den Fall eines Angriffs auf das deutsche Küstengebiet von Wert.

7. In Kopenhagen wird der ehemalige Minister Alberti — auf dessen Initiative die Einführung der Prügelstrafe in Dänemark zurückzuführen ist — wegen Urkundenfälschung und Betrug im Betrag von 15 Millionen Kronen zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

8. Der französische Gewerkschaftsführer Durand wird unter der Anklage des Mordes vor das Schwurgericht in Rouen gestellt: Er soll das Verbrechen dadurch verübt haben, daß er während des Kohlenverladerstreiks in einer Versammlung zur Ermordung eines Arbeitswilligen Namens Dongé aufforderte. Die bürgerlichen Geschworenen sind von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugt, bejahen aber die an sie gestellten Fragen, »um ein Beispiel zu statuieren« und gegen den Terrorismus der Arbeiterorganisation zu demonstrieren. Gestützt auf diesen Wahrspruch wird Durand zum Tode verurteilt. Die Geschworenen, die die Tragweite ihres Spruches erst jetzt erkennen, schrecken nun selbst vor den Folgen ihrer Tat zurück und reichen ein Begnadigungsgesuch ein. Präsident Fallières wandelt kurz vor Jahreschluß die Todesstrafe in 7 Jahre Gefängnis um und verhütet dadurch den Ausbruch eines Generalstreiks. Die Frau des Getöteten Dongé erhebt öffentlich Protest gegen diesen Akt der Klassenjustiz und wehrt sich für Durand, »der nur unbedachte Worte geäußert, aber selbst keine Gewalttat verübt hat«. Die französischen

Arbeiter beharren darauf, daß es bei der Begnadigung nicht sein Bewenden haben dürfe, vielmehr die Revision des ganzen Prozesses zugelassen werden müsse. Die bürgerliche Presse — dies- und jenseits des Rheins — verurteilt den *Durandrummel*, der alles Sinnes entbehre, nachdem doch der Präsident *Guade für Recht* habe ergehen lassen.

X
Elsaß-Lothringen: X
Verfassung

Kurz vor Jahresschluß sind die Grundzüge der Verfassung bekannt gemacht worden, die Elsaß-Lothringen erhalten soll. Sie lassen auch bescheidene Wünsche unerfüllt und verraten nichts von dem Vertrauen, das allein den Prozeß der Assimilierung, der bis heute durch die Bevormundung und Zurücksetzung immer wieder unterbrochen wurde, beschleunigen könnte.

Nachdem Frankreich im Präliminarfrieden vom 26. Februar 1871 auf alle seine Rechte auf Elsaß-Lothringen verzichtet hatte, wurden die staatsrechtlichen Verhältnisse durch das Reichsgesetz vom 9. Juni 1871 geregelt. Das eroberte Gebiet erhielt nicht Rang und Rechte eines Bundesstaats sondern wurde als *Reichsland*, als Provinz des Deutschen Reiches erklärt. Die dem Gesetz beigegebenen Motive brauchten die Wendung: »Die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen ist das erhabende sichere Ergebnis der gemeinsamen Kriessaktion, durch welche Deutschland seine Einheit und Größe wiedergewonnen hat. Es sind diese Lande das äußere Pfand der Einheit des Deutschen Reiches . . . Deshalb sollen die wiedergewonnenen Gebiete als ein untrennbares Ganzes dem ganzen Reich einverleibt, nicht einem Bundesstaat überantwortet, nicht unter mehrere geteilt werden.« Die Staatsgewalt wurde also von Anfang an durch den Kaiser ausgeübt. Eine Vertretung im Bundesrat wurde den Reichslanden nicht zugestanden, ebensowenig eine gesetzgebende Behörde. Die Landesgesetze wurden von den gesetzgebenden Organen des Reichs, also vom Reichstag und Bundesrat, erlassen. Der oberste Beamte war anfänglich ein Oberpräsident, den § 10 des Reichsgesetzes vom 30. Dezember 1871 mit unbeschränkter Machtfülle ausstattete. Der Diktaturparagraph gab ihm das Recht »bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle Maßnahmen zu ergreifen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich hält«, ohne Rücksicht auf die geltenden Gesetze. Im Jahr 1874 wurde der Landesausschuß geschaffen als ein

nur begutachtendes Organ. Seither sind noch zwei organisatorische Neuerungen eingeführt worden, die jedoch am staatsrechtlichen Verhältnis von Elsaß-Lothringen zum Reich nichts änderten. Im Jahr 1877 wurden die Befugnisse des Reichstags auf den Landesausschuß übertragen: für die Landesgesetze, die nach wie vor vom Kaiser erlassen werden, ist nun außer der Zustimmung des Bundesrats die des Landesausschusses notwendig. Und seit dem Jahr 1879 werden die Befugnisse, die bisher dem Reichskanzler zustanden, durch den in Straßburg residierenden Statthalter ausgeübt. Er ist aber, gleich wie der Landesausschuß, ein Organ des Reichs, so daß also mit diesen Änderungen für die Autonomie von Elsaß-Lothringen gar nichts gewonnen war: Es blieb und ist heute noch Reichsprovins, ein Vasallenstaat. Auch die Aufhebung des Diktaturparagraphen /1902/, die schon Jahre hindurch vom Reichstag mit wachsender Majorität beschlossen, vom Bundesrat aber beharrlich verweigert worden war, trug zur *Pazifizierung* wenig bei.

Was nun, 40 Jahre nach der Annexion, die Reichsregierung der elsaß-lothringischen Bevölkerung zugestehen will, ist folgendes: Die Reichslande erhalten für die Landesgesetzgebung eine eigene gesetzgebende Behörde, auf die die bisher vom Bundesrat und vom Reichstag ausgeübten Befugnisse übergehen. Diese Behörde setzt sich aus 2 Kammern zusammen; die eine besteht aus 36 Mitgliedern, von denen ihr 18 kraft ihres Amtes angehören, während die übrigen 18 vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats ernannt werden. Die andere Kammer soll aus direkten Wahlen hervorgehen, das Wahlrecht aber weder ein gleiches noch ein allgemeines sein. Grundeigentümer, Beamte, im Kirchen- und Staatsdienst stehende Personen und Rechtsanwälte erwerben das Wahlrecht durch 1jährigen Wohnsitz im Wahlkreis, alle anderen Personen durch 3jährigen Wohnsitz, und erst vom 25. Altersjahr an. Den Personen, die das 35. Altersjahr zurückgelegt haben, werden 2 Stimmen, den ganz gesetzten Wählern von mehr als 45 Jahren 3 Stimmen zugestanden. An dem staatsrechtlichen Verhältnis von Elsaß-Lothringen zum Reich wird dadurch wieder nichts geändert, wenn man davon absieht, daß es nun noch komplizierter und unklarer wird. Elsaß-Lothringen bleibt Reichsland, und der Kaiser Träger der landesherrlichen Gewalt, die er auf den Statthalter überträgt.

Daß sich nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch bürgerliche Kreise gegen eine solche Wahlordnung auflehnen, ist begreiflich. Soweit aber die Vorlage einen Fortschritt bringt, wirkt er nicht versöhnend und einigend sondern wird von der Bevölkerung wie ein allzu lang und grundlos verweigertes Recht hingenommen.

×
**Jugend-
strafrecht**

×
Letzten Oktober fand in Washington der 8. internationale Gefängnis Kongreß

statt. Zum Interessantesten, was uns die Teilnehmer von ihren zahlreichen Exkursionen zu erzählen wissen, gehören ihre Mitteilungen über die Behandlung der straffälligen und der verwahrlosten Jugend. Nur mit tiefer Beschämung lesen wir, die wir noch unter dem Eindruck des Mietschiner Prozesses stehen, daß in den Vereinigten Staaten sich das fest eingelebt und aufs beste bewährt hat, was wir für Deutschland kaum anzuregen wagen. Der Gedanke, daß diese jungen Leute nicht bestraft sondern gebessert, erzogen, mit guten beruflichen Kenntnissen ausgerüstet und dahin gebracht werden sollen, daß sie sich in der Freiheit zu halten vermögen, ist in manchen Staaten der Union in musterhafter Weise verwirklicht. Der erstmalig bestrafte Jugendliche wird auf unbestimmte Zeit in das Reformatory, die Besserungsanstalt, verbracht. Herrscht hier auch strenge Disziplin und sind die Anforderungen, die an die jungen Leute gestellt werden, nicht gering, so wird die Ein- und Unterordnung des einzelnen und die Anspannung seiner Kräfte doch nicht durch schulmeisterliche Härte und rohe Strafen erzielt sondern durch methodische Erziehung, die im Zögling das Selbstgefühl und die Freude an der Arbeit weckt, indem sie ihn zu einem Beruf heranbildet. Damit geht Hand in Hand gesunde Körperpflege: Turnübungen nach den Klängen eines selbstgeleiteten Orchesters. Die Freiheit wird aber nicht mehr eingeschränkt als der Erziehungszweck es erfordert: Es wird den Zöglingen, solange sie sich gut halten, nicht verboten etwa ein Tier zu halten oder Blumen zu ziehen, eine Zeitung zu lesen, zu rauchen, sich mit Musik zu beschäftigen. Was überall so wohlthuend auffällt: Keine schulmeisterliche Pedanterie, keine Schablone, kein Paragraphenkultus sondern persönliche Behandlung und treffliche erzieherische Methode. Fast wie ein Märchen mutet uns an, was uns von der Erziehung der 12- bis 16jährigen

Jungen erzählt wird, die durch einen Fehltritt zu erkennen gegeben haben, daß sie Gefahr laufen zu verwahrlosen und zu verwildern. Je 20 bis 25 dieser Burschen bilden mit den Hauseltern eine Familie und bewohnen zusammen ein Haus auf dem Lande. Das Leben hat nicht den Zuschnitt der Besserungsanstalt sondern eines freundlichen wohnlichen Heims. Auch hier steht die Vermittlung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten im Vordergrund: indem die Kinder für den Daseinskampf ausgerüstet werden, wird in ihnen die Freude an der Arbeit geweckt und deren erzieherischer Wert aufs rationellste ausgenutzt. Auch hier das erfolgreiche Bemühen das Kind nicht durch pedantische Reglementiererei zur Maschine zu erniedrigen sondern durch Gewährung zuträglicher Freiheiten das Verantwortungs- und Ehrgefühl in ihm zu stärken. Ein Mittel besteht darin, daß jedem Kind gestattet wird sich nach seinen Neigungen eine Aufgabe zu stellen, der es sich nun mit besonderem Ehrgeiz widmet. Ein Junge verwendet seinen Fleiß auf die Zucht eines Tieres, der andere widmet sich dem Gemüsebau, ein dritter pflegt eine künstlerische oder technische Fertigkeit. Gelegentliche Ausstellungen bieten den Kindern Gelegenheit die Früchte ihres Fleißes zu zeigen. »Man muß«, erzählt G. Stammer, ein Strafanstaltsbeamter, in den *Blättern für Gefängnis kunde*, »man muß es gesehen haben, wie ein kleiner Strick von 6 Jahren das selbstgezogene Fohlen im Geschirr vorfuhr; wie ein anderer kaum drei Käse hoher Junge mit seinem preisgekrönten Bullen fertig wurde, ein dritter mit seinen Milchkühen Triumphe einheimen konnte, ein anderer mit seinen Tauben, seinen edelrassigen Hunden, seinen fast 3 Zentner schweren Melonen. Ein sprühendes Leben, ein Vorwärtsstreben und Vorwärtsdrängen teilte sich einem jeden von uns ausnahmslos mit. Ein Rechtsanwalt aus Kiew versicherte mir, ihm seien Tränen in die Augen gekommen; mir selbst war es nicht anders gegangen.« Ja, uns kommen auch Tränen in die Augen. Aber aus anderen Gründen.

×
Kurze Chronik Erfreulicherweise ist die Zahl der jugendlichen Gefängnissträflinge in ständiger Abnahme begriffen. Vor 10 Jahren belief sich ihre Zahl in Preußen im täglichen Durchschnitt noch auf 1562, im Jahr 1908 nur noch auf 581. Es hängt das damit zusammen, daß

von der bedingten Strafaussetzung ein immer häufigerer Gebrauch gemacht wird. Im Jahr 1898 erfolgte sie in 3374 Fällen, im Jahr 1908 aber in 10 359 Fällen. X Der *Berliner Anwaltsverein* protestiert mit gutem Grund gegen die mißbräuchliche Verhängung von Ungebührstrafen. Im Moabiter Prozeß wurde ein Rechtsanwalt wegen der Äußerung, es sei ihm das Wort abgeschnitten worden, mit 100 Mark bestraft. Ein anderer Anwalt büßte die Äußerung, der Staatsanwalt habe durch seinen Strafantrag einen Rekord aufgestellt, mit 50 Mark. Durch die Bemerkung, die Blutflecken der Polizeiorgane werden durch die vom Kaiser verliehenen Orden nicht verdeckt, zog sich ein Anwalt eine Buße von 100 Mark zu. Bei dieser Praxis wächst § 180 des Gerichtsverfassungsgesetzes zu einer wahren Berufsgefahr des Anwaltstands aus. X Der *Reichsanzeiger* hat die Ergebnisse der von 32 Staaten besuchten Haager Wechselerrechtskonferenz veröffentlicht. Ist auf der Konferenz auch nicht eine Einigung erzielt worden, so hat doch der Gedanke eines Weltwechselerrechts starke Förderung erfahren.

X
Literatur Den auf eine stärkere Heranziehung der Laien zur Zivil- und Strafrechtspflege gerichteten Bestrebungen kommen die zahlreichen Schriften entgegen, die rechtswissenschaftliche Materien durch eine populäre Darstellung dem allgemeinen Verständnis näher zu bringen suchen. Das von Dr. A. Elster herausgegebene *Lexikon des Arbeitsrechts* /Jena, G. Fischer/ wird namentlich Gewerberichtern, Arbeitersekretären und Rechtsauskunftsstellen sehr gute Dienste leisten. Dem Zweck des Buches »leicht auffindbare übersichtliche und zuverlässige Auskunft darüber zu geben, was im gegenseitigen Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer Rechtens ist«, entspricht seine Anlage: Es behandelt alle Stichworte der reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag und die Arbeiterversicherung in alphabetischer Anordnung und erleichtert dadurch und durch das eingehende Sachregister, sowie durch die klare Darstellung dem Leser eine rasche und zuverlässige Orientierung. X Einen ähnlichen Zweck strebt auf anderm Gebiet das Buch des Staatsanwalts Dr. K. Heintzmann *Volksnämliche deutsche Strafrechtskunde* /Leipzig, Körner/ an. Die Art der Darstellung ist die nämliche: Alphabetische

Anordnung von 340 Schlagworten aus dem Strafgesetzbuch und den wichtigeren Nebengesetzen. Der Verfasser beschränkt sich auf die Wiedergabe der gesetzlichen Definitionen und Bestimmungen unter Verzicht auf erläuternde und kritische Bemerkungen. Also weniger ein Lese- als ein Nachschlagebuch »für gebildete Laien, insbesondere für Schöffen und Geschworene, sowie für Studierende und angehende Gerichts- und Polizeibeamte«.

KUNST

Bildende Kunst / Trude Friebus

Berlin: Die Uneinigkeiten der *Berliner Sezession*, die wiederholt in die Öffentlichkeit drangen, haben zu einer Konstatierung aufgefordert, die ich nach der jetzt gezeigten graphischen Ausstellung etwa so ausdrücken möchte: Noch selten hat die *Sezession* wohl ein gleich entwicklungsfähiges Bild vom Schaffen ihrer Mitglieder und speziell ihrer älteren, begründenden geboten wie diesmal. Hier zeigen gereifte Kräfte ihr Können, und es ist ein auserlesener Genuß das Spiel dieser reichen Fähigkeiten zu beobachten. Weit umfassend ist der Rahmen dieser Ausstellung. Sie hat darin die historisch gewordenen Schätze aus Privatbesitz und ausländischen Sammlungen zugleich mit den Arbeiten neuerer und jüngerer Künstler vereinigt, so daß die diesjährige Veranstaltung eine prachtvolle ausgesonderte Vorführung des gesamten künstlerischen Geistes in einem sehr beweglichen Entwicklungsstadium bildet. Liebermann, der Führer, spottet aller Bedenken mit ein paar köstlichen Pastellen; Studien zu einem größeren Bild für die *Hamburger Kunsthalle*. Angesichts dieser stets edlern Entfaltung kann man mit Zuversicht auf weitere Werke seines unermüdeten Geistes rechnen. Und regt sich nicht überall das gleiche kraftvolle Fortentwickeln bei den anderen ausgezeichneten Stützen? Ist da ein Stillstand in den Arbeiten *Slevogts*? Diese kleinen Aquarelle, zum Beispiel das *Rote Schloß* und die *Straße in München* sind bei aller Kleinheit ein selten starker Ausdruck der malerischen Eleganz ihres Meisters. Und *Brandenburg*? In dem Blatt *Leidenschaften* hat er eine seltene Monumentalität erreicht; durch rein dastellerische Mittel spricht hier eine Tiefe

des Ausdrucks, wie auch der reizende Einfall in dem Pastell *Mummelsee* mit einem so reifen Humor dargestellt ist, daß sich der alte Vorwurf des allzu Literarischen hier wieder vollkommen erledigt. Prachtvoll ist Käthe Kollwitz. Mir ist sie nie so monumental und nie so warm erschienen wie in diesen Radierungen, die alle das Thema *Mutter und Kind* variieren. Das Blatt *Tod und Frau* hat wieder den wilden grandiosen Ton ihrer besten Schöpfungen. Noch viele sind zu nennen, die neue Gebiete fanden, und neue Kräfte entfalteten, so Ulrich Hübner mit feinen Londoner Aquarellen und Baluschek mit ausgezeichneten malerischen Arbeiten von Maschinenräumen. Hervorragendes bringt wieder Hodler in zirka 80 Zeichnungen, darunter Studien zu seiner *Eurhythmie*. Und der Rhythmus ist hier wie stets sein erstes Problem, der bewegte Körper in ruhevoller Monumentalität gebändigt. Monumental sind ebenfalls die hier gezeigten prächtigen Blätter Alfred Reithels, *Taufe Wittekinds* und *Don Quixote*. Von dem aus *Mappenbesitz* Gezeigten ist nun vor allem eine Sammlung von Handzeichnungen Goyas zu nennen. Diese kleinen prägnanten Sachen sind entzückend in dem silbrigen Licht, wie sie gerade nur der Bleistift bringt. Méryon, ein erst jetzt geschätzter Franzose, schildert das Paris des vorigen Jahrhunderts in kleinen ausdrucksvollen Radierungen. Von Daumier, Géricault, Degas, Renoir, Manet sind charakteristische Arbeiten zu sehen, ebenso von Guys, der mit einer Kollektion zum erstenmal umfassender gezeigt wird. Meist tiefstönige Tuschzeichnungen, die sehr reserviert herausfordernde Stoffe behandeln. Diese sind fast alle in einem Saal vereinigt, eine Gesellschaft, die in einer zweiten Ausstellung wohl ihres gleichen suchen dürfte. Von den Beiträgen lebender Ausländer erwähne ich Erik Wereniskiöld, der prachtvolle Zeichnungen bringt, darunter zwei unheimliche Trollillustrationen aus nordischen Märchen. Munch mit seinem Kolossalwandgemälde *Die Arbeit* wirkt diesmal recht laut und leer. Von den Jüngsten einer ist Rudolf Grobmann. Er zeigt Vorstadtszenen, kleine hellkolorierte Zeichnungen, die etwas an Pascin anklingen, jedoch in ihrer Art etwas allzu Absichtsvolles haben.

Seine besondere Art gibt sich nicht von innen heraus sondern wirkt nur wie eine amüsante Übertragung des wirklich Gesehenen. Mit besonderer Freude bemerkt man die Arbeiten Elisabeth Richters, die ausgezeichnete Studien nach Bauern gebracht hat. Das große Gemälde ist dagegen schwach in der Komposition. Waldemar Rösler-Berlin hat schöne luftige Landschaftszeichnungen, hervorragend sind zwei liebevoll gearbeitete Radierungen von Paeschke, Berliner Kulturdokumente bester Qualität. Hans Meid ist ein bisschen sehr zuversichtlich, seine Begabung scheint sich sehr auf Zufälligkeiten zu verlassen. Walter Klemm hat wieder einen schönen Holzschnitt gebracht, *Eisplatz*, dessen kraftvolle Naivetät an Arbeiten von Bruegel erinnert. Eine Menge Beachtenswertes ist noch in der Fülle der Werke verteilt, zum Beispiel Bachs Zeichnungen aus Marienbad und Maria Slavonas feine Katzenstudien. Aber es ist nicht möglich an dieser Stelle alles zu würdigen.

Unter den Plastikern ist diesmal Barlach mit einer ganzen Kollektion erschienen. Er wirkt mit einzelnen Sachen einfach und warm, man spürt darin etwas vom *alten, heiligen Russland*, aber hier schadet ihm die Quantität, und man hat nur das peinliche Gefühl einer zerstörten Illusion; man sieht plötzlich nur Menschen aus Teig mit der stets gleichen Geste schwammiger Ruhe. Sehr gut ist Langers Studie nach einem Mädchenakt, der in seiner derben Frische den Beschauer immer wieder ganz spontan erfreut. Auch Scheurichs Statuetten sind reizend. Und so wären auch hier noch viele zu nennen, von denen jeder einzelne mit seiner Darbietung dem Ganzen zu einem hervorragenden Gesamteindruck verholffen hat.

×
Keller

×
In der Münchener Neuen Pinakothek hängt ein großes Damenporträt des Präsidenten der *Münchener Sezession*, Albert von Keller. Dies prachtvolle Bildnis aus dem Jahr 1880 ist charakteristisch für den Künstler auf der Höhe seines Schaffens, es ist einer der vollendetsten Ausdrücke seiner großen Begabung. Angesichts dieses Meisterwerks ist es mir immer wieder verwunderlich, daß diesem feinen Künstler

nicht in breiteren Kreisen eine wärmere Würdigung zuteil wurde, und mit umso größerer Freude begrüßte ich im November 1910 die Ausstellung bei Gurlitt, die eine prächtige Gelegenheit bot des Künstlers Bedeutung herded und überzeugend zu erklären.

Keller ist 1845 in der Schweiz geboren, studierte erst Jura und begann dann seine Malstudien etwa 1870. Er ist mit Leibl einer der ersten deutschen Fortentwickler der damals einsetzenden naturalistischen Bewegung geworden, und wenn er sich im Stoff auch wesentlich von der durch Millet und Courbet aktuell gewordenen Bauernmalerei unterscheidet, so ist er in seiner Darstellungsweise doch ein entschiedener Vertreter der neuen künstlerischen Anschauungen gewesen. Sein Stoffgebiet ist vor allem der Salon. Die Behaglichkeit des eleganten Lebens schildert er mit der Leichtigkeit und dennoch festen Gediegenheit, die gerade dieses Thema erfordert, um nicht zu ermüden. Die subtilen Reize von Weichheit und Wärme, die gebändigte Fülle prachtvoller Stoffe und Materiale, schildert er mit sicherem koloristischen Takt. Wird einem auch manchmal ein bischen dumpf im Kopf beim Anblick dieser nur noch kulturhistorisch zu rechtfertigenden Interieurs, dieser Tapezierkastanien, wo die Existenz des hellen Himmels fehlt, so muß man gerade hier die Leichtigkeit der Luftgebung bewundern, die Keller mit einem entzückenden kalten Grau als versöhnenden Klang immer wieder betont. Unter diesen Interieurs ist ein ganz köstliches Bildchen: *Diner* /1888/. Die Eleganz eines guten Hauses, diese ganze vornehme und behagliche Atmosphäre ist hier in dem zurückhaltenden Leuchten von seidnen Kleidern, dem Blitzen schöner Geräte, den dunkleren Nuancen der Herrenanzüge gegeben. Selten hat er die parfümierte Atmosphäre besser gemalt, immer geschieht die Brechung dieses matten Lichtes mit Schwarz und Weiß.

Eine ganze Reihe von Frauenporträts war ausgestellt, darunter eine Menge von Bildnissen seiner schönen Frau. Er malt sie im Straßenanzug, in phantastischer Verkleidung, oder als Mittelpunkt irgend einer farbigen Aufgabe, es sind stets diese eleganten dunklen Harmonieen, die oft altmeisterlich wirken. Dies gilt für das schöne Bildnis im schwarzen Seidenkleid mit der amü-

santen Schürze aus rosa Ornamenten. Dies Bild scheint mir hier das beste. Dieser Klang von Schwarz, Rosa und ganz dunklem Violett hat den stärksten Ton von vornehmer Wärme. Spätere Porträts aus der Zeit, wo er der *Malder eleganten Frau* wurde, sind sehr reizvolle Aufgaben, doch hat er wohl selten wieder diesen ganz unkonventionellen Ton bei aller gesellschaftlichen Reserve gefunden. Seltsam ist in Kellers Wesen ein Hang zum Mystischen, der schon im *Bacchanal* und einigen Frauendarstellungen anklingt, aber hier nicht zum ruhigen Ausdruck gelangt. Stärker dagegen spricht er in seinen 2 Studien zur *Auferweckung*, wo er wieder mit fahlem Grau und tiefem Schwarz eine fast magische Wirkung erreicht. Es klingt vielleicht merkwürdig in einer malerischen Epoche, die kein Schwarz kennt, immer wieder auf die koloristischen Wirkungen, die Keller gerade mit Schwarz erreicht, zurückzukommen; mir scheint dies jedoch seine charakteristische Qualität. Das glückliche Handeln dieser gefährlichen Farbe zeigt ihn nicht bloß als den diplomatischen, geschickten Maler sondern als einen sehr überlegenen Koloristen.

× ×
Berlin: Ver- Wie in dieser Rundschau
einigung bil- (1910, 3. Band, pag. 1724)
dender
Künstler schon berichtet, hat sich im
 November 1910 die *Verreinigung bildender Künstler Berlins* gebildet, die bald darauf ihre 1. Ausstellung eröffnete. Ehe ich zur Besprechung des Gebrachten komme, möchte ich noch über seine äußere Form einiges sagen. Die Ausstellung ist in den schönen Räumen eines alten Berliner Patrizierhauses untergebracht, in denen jedoch die dunklen Tapeten das ohnehin dunkle Licht allzu wenig reflektieren. Man hätte sich hier mit billigen hellen Wandbespannungen helfen sollen. Ferner ist der Erfrischungsraum in allzu improvisierter Weise ausgeführt und scheint mir überhaupt für derartig kleine Veranstaltungen wenig begründet. Zur Beurteilung der eigentlichen Ausstellung bedarf es des speziellen Maßstabs, den ihr ebenso spezielles Programm fordert. Die stark geschäftliche Absicht des Unternehmens schließt ja von Anfang an eine Kritik aus, wie sie an rein künstlerischen Vorführungen geübt werden mag. Das Niveau der Werke ist hier allgemeinverständlich, einem weitem Publikum ent-

gegenkommend; es ist hier ganz bewußt, und nicht etwa *faute de mieux* vermieden Werke höchster künstlerischer Kultur zu bieten. Jedoch ist trotz dieser Einschränkung ein überraschend befriedigendes Gesamtbild erreicht. Aus der Überfülle der Einsendungen hat die Jury zirka 400 Werke sorgsam ausgewählt, die trotz großer Verschiedenheiten ihrer Schulen und Richtungen doch fast alle ein Charakteristisches haben: eine solide, gesunde Art, ohne Pose und Hohlheit, so daß der Absicht gute Kunst verkäuflich zu machen, hier in wirklich erfreulicher Weise entsprochen ist. Die Namen einzelner Künstler zu nennen ist wohl kaum geboten; ich möchte nur noch betonen, wie auffallend gut der Bestand an Frauenarbeit darunter ist.

× **Liebermanns Rücktritt** Die Uneinigigkeiten, die im Vorstand der *Berliner Sesezession* bestanden, sind mit dem Ausscheiden der Maler Beckmann und Leo von König, welcher letzterer aus dem Verband vollständig austritt, als beendet anzusehen. Ferner ist der Maler Emil Nolde, der in einem Brief an den Präsidenten Max Liebermann beleidigende Äußerungen gegen dessen Tätigkeit erhob, aus dem Verband ausgetreten und begegnete so dem Wunsch des gesamten Vorstands, im Gegensatz zu Liebermann selber. Nolde seinerseits hat Klage gegen den Vorstand wegen schwerer Beleidigung erhoben.

Ende Januar fand dann in der *Sesezession* eine Generalversammlung statt, in der Max Liebermann sein Amt als Präsident niederlegte. Auch die Bildhauer Gaul und Klümsch lehnten eine Wiederwahl in den Vorstand ab. Doch bedeutet dieser Rücktritt keine innere Änderung der *Sesezession*. Liebermann begründete seinen Entschluß in einer Rede damit, daß er seit Jahren, besonders seit dem Tod Leistikows, den Wunsch gehabt hätte seines Amtes enthoben zu sein. Er verlasse die *Sesezession* beruhigten Gemüts, und mehr denn je sei er von ihrer innern Kraft überzeugt, ungeachtet aller *Gefährdungen* in der letzten Zeit. Gleichwohl wird die *Sesezession* die bedeutende Persönlichkeit ihres bisherigen Führers wohl sehr schwer vermissen.

Zum Präsidenten wurde dann Lovis Corinth gewählt. Außerdem kamen in den Vorstand Professor August Kraus als Vorsitzender, Hans Baluschek als 1.

Schriftführer, Konrad von Kardorff als 2. Schriftführer; Ernst Barlach, Robert Breyer, George Mosson und Waldemar Rösler. Unter großem Beifall der Versammlung wurde einstimmig Max Liebermann das Ehrenpräsidium mit Sitz und Stimme im Vorstand angetragen. Das Ehrenpräsidium nahm er an, auf Sitz und Stimme bat er aber verzichten zu dürfen.

× **Kurze Chronik** Die neue Ausstellung 1911 der Berliner Akademie der Künste ist am 26. Januar eröffnet worden und wird bis Ende Februar zugänglich sein. Die Ausstellung bringt Werke internationaler Künstler, die Mitglieder oder geladene Gäste sind. Vor allem wird der Londoner Frank Brangwyn gezeigt sowie Arbeiten von Leo Greiner und Werke von Ludwig Knaus, noch aus seinen letzten Schaffensstunden. × In den letzten Novembertagen 1910 war bei Schulte in Berlin die Sammlung La Roche-Bingwald-Basel zur Ausstellung und Versteigerung gekommen. Die prachtvolle Sammlung ist wohl die reichste an Werken neuerer deutscher Künstler und enthält vor allem eine Reihe bisher noch wenig gezeigter Schöpfungen. Herr La Roche-Bingwald erwarb als erster seiner Zeit ein Bild von Böcklin, später noch 3 andere, darunter das *Bergschloß* 1871. In der Sammlung sind frühe, ausgezeichnete Werke von Gabriel Max, von Thoma allein 9 Arbeiten, darunter das wundervolle *Christus und die Samariterin*. Leihls *Spinnerin* /1892/ Trübners *Mohr*, dann die Vertreter der Piloty- und Diezschule, daneben Keller, Stuck, Uhde. Von Berliner Künstlern sind Liebermann und Meyerheim vertreten. × Herr Leonhard Tietz schenkte dem *Wallraf Richards-Museum* zu Köln Courbets schönes Gemälde *Halali*. × Aus der Sammlung Maurice in Paris kam kürzlich eine höchst wertvolle Sammlung von Bronzen zur Versteigerung, Schöpfungen aus den Werkstätten von Giovanni di Bologna, Peter Vischer und Donatello enthaltend. Der Gesamtbetrag belief sich auf 1138000 Francs. × Die Swenigorodskoj-kollektion, die aus 10 runden gold-emaillierten Plaketten mit den Bildnissen der Apostel besteht, hat der bekannte Kunsthändler Seligmann in Paris soeben in Petersburg für 1 Million erworben. Die Plaketten stammen aus

dem 9. Jahrhundert; sie werden im Mai und Juni im Geschäftshaus des Erwerbers, Hotel Sagan, ausgestellt. × Ein großer Teil der Sammlung des Berliner ägyptischen Museums ist seit längerer Zeit geschlossen, da wegen des großen Raum Mangels einzelne Räume total überfüllt sind. Es wird jetzt der Versuch einer Sonderausstellung gemacht, um die Sammlung von Statuen aus älterm Bestand sowie neuere Erwerbungen einmal voll zur Geltung zu bringen. Besondere Beachtung verdient der Kopf der Königin Hatschepsut, ein Porträtkopf in rotem Granit aus der 18. Dynastie. × Für den internationalen Künstlerkongreß Rom 1911 hat sich eine Menge bedeutender Künstler angemeldet. Von den Deutschen Arthur Kampf, der die deutsche Kunstabteilung zusammenstellt; Hildebrand, Stuck, Hodler, auch Lichtwarck, der Direktor der Hamburger *Kunsthalle*. Von den Ausländern sind Rodin, Bernard, Carolus Duran, Trubetzkoi, Walter Crane zu nennen.

× **Literatur** Ein ausgezeichnete Katalog ist Theodor Vollbehrs *Führer durch das Kaiser Friedrich-Museum der Stadt Magdeburg*. Der Verfasser deutet in einer Einführung auf Charakter und Zweck der Sammlung hin. Magdeburg ist durch sein bewegtes Geschick geeignet einen lokalgeschichtlich wertvollen Bestand für ein Museum zu erbringen, auch sind Fachmuseen durch die Abwesenheit spezieller Industrien nicht weiter begründet. So ist hier aus dem geringen überlieferten Material der Stadt und zugleich mit auswärtigen Erwerbungen ein gutes Entwicklungsbild Magdeburgs bis auf die Jetztzeit geschaffen. Hierzu hat Vollbehr detaillierte Führungen durch die einzelnen, nach den verschiedenen Zeistilen eingerichteten Räume verfaßt. Dieser Text ist von einem Kunsthistoriker ersten Ranges geschrieben. Der Besucher wird hier gesprächsweise und doch ganz sachlich über die auch ferner liegenden kunsthistorischen Zusammenhänge unterrichtet, so daß dies Buch nicht nur eine spezielle Erläuterung der gezeigten Gegenstände bleibt sondern zu einem sehr anregenden Übersichtsbild im allgemeinen wird. Ausgezeichnete Photographien der Haupträume des Museums und die Hauptwerke aus den Sammlungen der Malerei und Plastik geben dem Buch einen schönen Schmuck. Kataloge dieser Art sollten wir mehr haben, und

sie müßten vor allem billig genug sein, um jedem Besucher eines Museums eine solche Ausgabe zu ermöglichen. × Von Heinrich Kley sind wieder 100 Federzeichnungen in einem *Skizzenbuch* /München, Langen/ reproduziert. Wer darin blättert, hat nach einer Weile das Gefühl, als hätten ihn Kobolde geneckt, gezaust, mißhandelt, ihn zum Lachen und zum Ärger gebracht: Man kann nicht entscheiden, ob es angenehm oder unangenehm war; jedenfalls war es eine Abwechslung. Kley jongliert wieder einmal mit Organismen, die gerade noch Mensch sind oder es werden wollen. Er gibt wieder eine Fülle komischer Einfälle mit der enorm sichern Kenntnis des nackten Körpers, er schildert Menschliches im Tierleben und umgekehrt. Neben der drastischen Komik klingt ganz leise etwas Tragisches hindurch. Aber der ganze Ton ist stets der frische feste Klang, scharf und bestimmt wie der Strich seiner Feder. × Alles, was in das allgemeine Wissensgebiet der Kunstgeschichte gehört, bespricht das kleine Buch H. O. Wellbergers *Führer durch die Kunstgeschichte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts* /Berlin, Globusverlag/ in abgekürzter Form. Es ist ein guter Ratgeber für diejenigen, die sich dickbändige Kunstgeschichtswerke weder anschaffen können noch mögen. In der praktischen alphabetischen Anordnung seines Inhalts bietet es den Vorteil, daß man sich leicht über einzelne Künstler und deren ganze Kunstepochen unterrichten kann. Das Buch beginnt mit einer Angabe der wichtigsten Kunstgeschichtsliteraten; daran schließt sich ein Überblick über die Hauptepochen der Kunst, und den Hauptteil bildet der eigentliche Kunst-katalog, der mit großer Genauigkeit alles Hauptsächliche des einzelnen Stoffgebiets bringt. 16 Selbstporträts berühmter Meister sind dem Text beigelegt. × In der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ ist in 2 Bänden das kleine Werk E. Cohn-Wieners *Die Entwicklungsgeschichte der Stile in der bildenden Kunst* erschienen. Der Verfasser beabsichtigt hier nicht nur eine Übersicht der verschiedenen Merkmale aller Kunstepochen, sondern er will gerade diese Komplexe von Merkmalen als den Ausdruck eines innern Willens klarlegen. Er zeigt, wie aus den Gesetzen der Weltentwicklung notwendig jene verschiedenen Phasen des künstlerischen Schaffens entstanden, wie sie ihrer fast unmerklichen Zusätze oder Abänderungen allmählich erfuhren, denen wir Nachgeborenen dann die Etiketten der

verschiedenen Stile gaben. So unterscheidet sich dieses Buch von den üblichen Kunstgeschichtswerken, indem es nicht nur eine tote Aufzählung der bestehenden Tatsachen gibt sondern uns die lebendige, organische und stetige Wellenbewegung der Stilgeschichte miterleben läßt. X Interessierte Leser wird *Das Leben Walter Leistikows* von Lovis Corinth / Berlin, Paul Cassirer/ in allen Kreisen finden, die geistige Berührung mit der Moderne haben. Corinth gibt in dem Buch nicht nur eine Biographie seines Freundes, sondern er versucht darüber hinausgehend das künstlerische Berlin der jüngsten Vergangenheit darzustellen und rechtfertigt so den Untertitel *Ein Stück Berliner Kulturgeschichte*. Man wird sich zu der Art, wie bei Corinth die Dinge erscheinen, recht verschieden stellen, die Lektüre des Buches wird man aber auf alle Fälle empfehlen können. Zu beobachten, wie ein bildender Künstler nach eigenem Zeugnis sieht, bringt immer Gewinn. Eine Kritik solchen Buches hat schließlich weniger Wert; es genügt ein Hinweis.

KULTUR

Kolonisation / Gerhard Hildebrand

Mexiko Nach seiner Bevölkerungszunahme von 1895 bis 1900 zu schätzen muß Mexiko im laufenden Jahr die Ziffer von annähernd 16 Millionen Menschen erreichen. Das wären rund 8 auf den Quadratkilometer, während der neben dem kleinen Strelitz am dünnsten bevölkerte deutsche Bundesstaat, Mecklenburg-Schwerin, 1905 mit 47,6 Bewohnern auf den Quadratkilometer die 6fache Bevölkerungsdichtigkeit aufwies. Müssen wir, nach den heimischen Anforderungen an die Steigerung der Wirtschaftsintensität, Mecklenburg als Objekt der innern Kolonisation betrachten und behandeln lernen, so kann die mexikanische Entwicklung im ganzen erst recht nur unter dem Gesichtspunkt der Kolonisation beurteilt werden. Vieles, was über Mexiko besonders wieder anlässlich der letzten Unruhen geschrieben wurde, mußte sich wechselseitig durch unvereinbare Widersprüche aufheben, weil jedesmal die Kernfrage unbeachtet gelassen wurde, von der aus auch die stärksten Widersprüche aufzulösen sind: die Frage nach den Bedingungen für die Entstehung einer dauernden kolonialen Konjunktur in Mexiko. Ob Porfirio Diaz ein Vater

des Vaterlandes und ein weitblickender Kulturpolitiker ist oder ein bis zur Brutalität rücksichtsloser Diktator und Interessenpolitiker; ob die (hauptsächlich nordamerikanischen) Kapitalisten alles ausbeuten, was ihnen unter die Finger kommt, oder ob ihre Unternehmungen hervorragende Kulturwerte von bleibender Bedeutung darstellen; ob das Land einen glänzenden Aufschwung genommen hat oder von einem Zusammenbruch zum andern treibt; ob die Bevölkerung jedem Fortschritt unzugänglich ist oder schmächtig unterdrückt und ausgesogen wird: alle diese Fragen und viele ähnliche, die ebenso gegensätzlich beantwortet werden wie sie hier gestellt sind, spiegeln mit den jeweils bedingt richtigen Bejahungen nur Gegensätze und Widersprüche, die sich aus den inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen Mexikos vollkommen zwanglos erklären lassen.

Zunächst enthalten Bodengestaltung, Klima und gegenwärtige Bevölkerungszusammensetzung so schroffe Gegensatzbildungen in sich, daß die Entstehung einer einheitlichen Kultur von innen heraus eine viel längere Zeitdauer erfordern würde als in einem gleich großen Land mit günstigeren Binnenverhältnissen. Gleichzeitig verhinderten die Schwierigkeiten der Bodengestaltung in Verbindung mit der Entfernung des Landes von den großen Verbrauchszentren des Weltmarkts bis zum Ende des Jahrhunderts sowohl den Ausbau eines allverbindenden innern Verkehrsnetzes wie die Produktion von Massengütern für den Weltverbrauch, die sich wechselseitig bedingen. Für den Weltmarkt kommen nur Qualitätsprodukte in Frage, und zum Unglück des Landes seiner Eigenart entsprechend in der Hauptsache solche, die ganz besonderen Wertschwankungen unterworfen sind. So entfielen im Fiskaljahr Mitte 1907-1908 von 24,78 Millionen Pfund Sterling Ausfuhrwert 9,49 Millionen auf Silber, 2,54 auf Kupfer, 1,08 auf Kaffee, wozu noch weltmarktlich so wechselnd bewertete Erzeugnisse wie Tabak, Sisalhanf (mit seinem wenigstens einmaligen großen Preissturz in den letzten Jahren) und dergleichen kommen. Solange derartige Spezialitäten vorwiegen, ruht natürlich die ganze Wirtschaft Mexikos auf einem unsichern Fundament. Zum Beweis dafür sei nur die eine Tatsache angeführt, daß die Zolleinnahmen von 59,05 Millionen Dollars im Jahr 1907 auf 43,21

Millionen im Jahr 1908 gefallen sind und sich bei der hartnäckigen Ungunst des Weltmarkts für den Hauptteil der genannten Erzeugnisse auch 1910 erst wieder auf rund 53 Millionen Dollars erholt haben. Alle Sünden der mexikanischen Machthaber und Großgrundbesitzer sowie der amerikanischen und europäischen Kapitalisten gegen die Arbeiter und Pachtbauern zugestanden: für die Eigenart der weltmarktlichen Lage Mexikos infolge seiner besonderen Produktions- und Verkehrsverhältnisse können sie doch unmöglich verantwortlich gemacht werden. Diese Eigenart ist es, die den montanen und agrarischen Raubbau auf schwankend bewertete Qualitätsrohstoffe begünstigt und dem mexikanischen Wirtschaftsleben dadurch einen unzuverlässigen Charakter aufgeprägt hat. Hätten die mexikanischen Machthaber ihr Land vor diesem Schicksal bewahren wollen, so hätten sie auch kein amerikanisch-europäisches Kapital zum Ausbau des innern Verkehrsnetzes bekommen, aber dieser Ausbau in beschleunigtem Tempo ist seinerseits wieder Grundbedingung für die Entfaltung wirtschaftlich stabilerer Produktivkräfte. Auch wenn die weltmarktliche Entwicklung neuerdings nicht dazu führte, daß Länder wie Mexiko nach und nach die Konjunktur für die Ausfuhr landwirtschaftlicher Stapelprodukte wie Mais, Reis und Baumwolle oder eine mannigfaltigere Exportkombination von Qualitätserzeugnissen wie Vieh und Fleisch, Häute und Leder, Edelhölzer und Südf Früchte, Kautschuk, Hülsenfrüchte und Kolonialwaren aller Art gewinnen, auch wenn das Land ganz auf die eigene innere Entwicklung angewiesen wäre oder mit Bewußtsein auf eine möglichst selbstgenügsame agrarisch-industrielle Wechselwirtschaft zustrebte: auch dann wäre der Ausbau des innern Verkehrsnetzes mit ausländischen Milliarden für den schnellen Fortgang des Prozesses eine unentzerrbare Notwendigkeit. Außere und innere Verhältnisse aber, wachsende Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts für eine immer größere Kombination von Massen- und Qualitätserzeugnissen und wesentliche Verbesserung der inneren Verkehrsmittel, gestatten seit einigen Jahren in ständig wachsendem Maß die Inangriffnahme von kolonisationstischen Aufgaben großen Stiles, stabilen Charakters und kulturell unwälzender Bedeutung. Vor allem handelt es

sich da — bei dem wie in den meisten kontinentalen Tropenländern extremen Klimawechsel — um künstliche Bewässerungsanlagen, die in weiten Regionen erst die Ackerwirtschaft überhaupt oder regelmäßigen Anbau gestatten und gesicherte Erträge verbürgen. Schon die alte aztekische Kultur war im hohen Grad Bewässerungskultur gewesen und als solche von den spanischen Eroberern lange Zeit fortgesetzt worden. Die Verfallszeit im 18., die Waldverwüstung im 19. Jahrhundert haben mit den künstlichen und natürlichen Bewässerungsanlagen gründlich aufgeräumt. Erst 1908 sind von der Regierung feste Grundsätze für die planmäßige Erneuerung und Ausdehnung von Bewässerungsanlagen aufgestellt worden, nachdem bereits vorher einige großkapitalistische Land-, Eisenbahn- und Elektrizitätsgesellschaften einige äußerst erfolgreichen Anlagen geschaffen hatten. Jetzt stellen der Bund und eine wachsende Zahl von Einzelstaaten alljährlich nicht unerhebliche Summen für Bewässerungswerke zur Verfügung, suchen auch das Privatkapital immer mehr für diese Art von Unternehmungen zu gewinnen. Ganz neuerdings ist dem Bundesparlament ein Gesetzesentwurf vorgelegt worden, wonach den Landeigentümern in vorläufig 10 Zonen unter Kontrolle des Landwirtschaftsministeriums verzinsliche Darlehen für Bewässerungszwecke gewährt werden sollen, deren Gesamthöhe auf jährlich 1,5 Millionen Pesos (über 3 Millionen Mark) festgesetzt ist. Am Rio Nazas im sogenannten *Seendistrikt*, dem Grenzgebiet der Staaten Durango und Coahuila, ist ein Staudamm in Vorbereitung, der nicht weniger als 1800 Millionen Kubikmeter Wasser aufspeichern soll. Hier ist das bisherige Zentrum des mexikanischen Baumwollbaus, und man nennt schon heute diesen Distrikt das amerikanische Ägypten. Weiter nordwestlich am Rio de los Conchos im Staat Chihuahua wird vom gleichen Bauunternehmer, auf Rechnung eines Syndikats von merkwürdigerweise kanadischen Kapitalisten, eine Sperranlage für Bewässerungszwecke gebaut, die nach dem Urteil der britischen Gesandtschaft in Mexiko eine der größten der Erde zu werden verspricht. So kommen im Gefolge der äußeren Weltmarkt- und inneren Verkehrsvorbereitungen auch die finanziellen und technischen Kräfte, die die eigentliche Kolonisation Mexikos erst ermöglichen.

X

X

KurzeChronik Die Baumwollnot veranlaßt Italien die Stromtäler im Innern seiner Kolonie Eritrea durch Verkehrsanschluß für die Baumwollkultur nutzbar zu machen. Die 119 Kilometer lange Bahn Massaua-Asmara soll mit einem Aufwand von 10 Millionen Mark um 95 Kilometer bis Cheren verlängert werden. Damit hofft man 35 000 Hektar unmittelbar für den Anbau zu erschließen, während weitere 50 000 Hektar durch die Anlage von Bewässerungswerken einfacher Art ertragsfähig gemacht werden sollen. Nach dem Gutachten eines Sachverständigen können darauf 120 Millionen Kilogramm Baumwolle gewonnen werden. Im weitem Hinterland stehen noch bedeutend größere Flächen zur Verfügung. X Nach der endgültigen Feststellung der kanadischen Regierung sind während des Rechnungsjahrs vom 1. April 1909 bis zum 31. März 1910 insgesamt 208 794 Einwanderer gegen 146 908 im Vorjahr nach Kanada gekommen, davon 103 798 aus der benachbarten Union und nur 59 790 aus Großbritannien. Von der Nettoauswanderung Großbritanniens ging noch im Kalenderjahr 1909 ein größerer Teil nach der Union als nach Kanada, 1910 allerdings nach den bisher vorliegenden Veröffentlichungen (bis einschließlich November) bei starker Steigerung aller Ziffern über die Hälfte nach Kanada. X Im Kalenderjahr 1910 bezog Deutschland aus seinen Kolonien 8608 Doppelzentner Baumwolle, gegen 5514 Doppelzentner im Vorjahr. Davon stammten 5394 Doppelzentner (im Vorjahr 2958) aus Deutsch Ostafrika und 3214 Doppelzentner (im Vorjahr 2556) aus Togo. Kamerun kann erst nach genügender Ausdehnung der Nordbahn, die den Baumwollgebieten des innern Hochlands zustrebt, an den Lieferungen teilnehmen.

X
Literatur In seinen überaus interessanten *Neujahrsgedanken 1911* berechnet Geheimrat Professor F. Wohltmann im Januarheft des *Tropenpflanzers* den Bedarf Deutschlands an landwirtschaftlichen Stoffen des Auslandes auf über 4 Milliarden Mark im Jahr 1909 und weist nach, daß davon mindestens die Hälfte auf koloniale, das heißt tropische und subtropische Lieferungen entfallen. Letzteres trifft allerdings nur praktisch, nicht

theoretisch zu, da Produkte wie Flachs und Leinsaat, Wolle, viele Öle und Fette, Futterrohstoffe und Futtermittel klimatisch nicht an Tropen und Subtropen gebunden sind. Aber die enorme Steigerung der genannten und der unbedingt tropisch-subtropischen Zufuhren von 1,665 Milliarden Mark im Durchschnitt der Jahre 1902 bis 1905 auf 2,347 Milliarden im Jahr 1909 läßt eine chemisch reine Aussonderung überflüssig erscheinen. Wohltmann zerpfückt dann unerbittlich durch zahlreiche Einzelnachweise »die Fabel von der unerschöpflichen Produktionskraft der Tropenböden«, die nach seiner Auffassung für den, der »die ausgesogenen Eingeborenfelder in Ostafrika, Kamerun und Samoa mit eigenen Augen näher kennen lernte, überhaupt nie bestanden« hat. Er zeigt dann weiter, daß es aus den verschiedensten Gründen unmöglich ist die in der Heimat gewonnenen Erfahrungen über Erhaltung und Bereicherung der Bodenkraft schematisch auf die ganz andersartigen Tropenverhältnisse zu übertragen, betont, daß unsere koloniale Landwirtschaft jetzt überall gezwungen ist »die extensiven und in früherer Zeit lukrativen Methoden zu verlassen und einer intensivern Gestaltung der Betriebe zuzustreben«, und fordert zu dem Zweck unter anderm eine »größere Stetigkeit und Seßhaftigkeit der Landwirte« in den Tropen, die nach seiner Auffassung nicht in letzter Linie einen genügenden Zustrom von weißen Frauen zur Voraussetzung hat. X Wer sich ein von leerer Schwätzeri unbeflüßtes Urteil über die kolonialen Entwicklungsbedingungen verschaffen will, wird sich die Mühe nicht verdrießen lassen dürfen, die es zumal dem landwirtschaftlichen Laien bereitet sich an der Hand von Einzeluntersuchungen, wie sie im *Tropenpflanzers* veröffentlicht werden, eine genauere Vorstellung von den Mühen und Sorgen der kolonialen Produktivitätssteigerung zu verschaffen. Im weitem kolonialwirtschaftlichen Rahmen sind für den gleichen Zweck die laufenden Veröffentlichungen des *Kolonialwirtschaftlichen Komitees* immer wieder zu empfehlen; von ihnen sind zuletzt die Berichte über die Verhandlungen des Vorstands, der Baumwollbaukommission und der neugegründete kolonialtechnischen Kommission im Druck erschienen.



MARIE JOSEPH CHÉNIER / NACH DEM
PORTRÄT VON HORACE VERNET